

#UNSER BREMEN KANN MEHR

WAHLPROGRAMM 2019 DER CDU BREMEN

ENTWURF

INHALT

1.	UNSERE ZIELE UND GRUNDSÄTZE FÜR DIE WAHLEN ZUR BÜRGERSCHAFT 2019	1
2.	BILDUNG.....	5
3.	KINDER.....	11
4.	VERKEHR UND MOBILITÄT	13
5.	WIRTSCHAFT.....	16
6.	ARBEIT	19
7.	HÄFEN UND SCHIFFFAHRT	21
8.	BREMERHAVEN.....	22
9.	BREMEN-NORD	24
10.	POLIZEI UND INNERES.....	25
11.	FEUERWEHR, RETTUNGSDIENST UND KATASTROPHENSCHUTZ	27
12.	VERFASSUNGSSCHUTZ.....	28
13.	BÜRGERSERVICE	29
14.	JUSTIZ.....	29
15.	HAUSHALT UND FINANZEN	31
16.	BAU.....	33
17.	SOZIALES	36
18.	UMWELT UND ENERGIE.....	38
19.	BEIRÄTE	40
20.	KULTUR	40
21.	GESUNDHEIT	42
22.	PFLEGE	45
23.	DIGITALISIERUNG	46
24.	WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULEN	48
25.	SPORT	50
26.	BUNDESWEHR.....	51
27.	VERBRAUCHERSCHUTZ.....	51
28.	LANDWIRTSCHAFT	52
29.	JUGEND	53
30.	SENIOREN.....	54
31.	INTEGRATION	55

32.	GLEICHSTELLUNG	56
33.	TIERSCHUTZ	57
34.	BUND UND EUROPA	57
35.	EHRENAMT, BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND STIFTUNGEN.....	58
36.	PETITION	59
37.	MEDIEN	59
38.	GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN	60

1. UNSERE ZIELE UND GRUNDSÄTZE FÜR DIE WAHLEN ZUR BÜRGERSCHAFT 2019

1.1 Die vor uns liegenden Wahlen zur Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und zu den Beiräten in der Stadt Bremen haben maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft der Gemeinwesen unserer beiden Städte. Wie bereiten wir die Zukunft unserer Kinder so vor, dass auch sie in Vielfalt, Sicherheit und Wohlstand aufwachsen und leben können? Wie bewältigen wir die Herausforderungen durch eine globalisierte Wirtschaft, die insbesondere auch in exportorientierten Hafenstädten wie unserem Bremen und unserem Bremerhaven ganz konkrete regionale Auswirkungen haben? Wie begegnen wir grenzüberschreitenden Problemen wie dem Klimawandel, die auch unsere lokale Verantwortung fordert? Wie nutzen wir Möglichkeiten der Digitalisierung, die auch regionale Chancen eröffnen? Wie stärken wir Standort und Menschen in der Wissensgesellschaft, damit Bremen und Bremerhaven in der zunehmenden Konkurrenz zu anderen Bundesländern, aber auch im internationalen Wettbewerb, gleichzeitig zukunftsfähig und lebenswert bleiben? Wie steigern wir die Aufenthaltsqualität in unseren Städten und wie schaffen wir angemessenen und attraktiven Wohnraum für alle? Wie steuern wir Zuwanderung und Integration zum Wohle aller? An einem entscheidenden Punkt, wo Weichen richtig oder falsch, zügig oder behäbig gestellt werden können, befindet sich unser Stadtstaat. Die CDU-Bremen will mit diesem Programm Angebote für politische Perspektiven, zum Mitwirken der Bürger und zum Handeln der politisch Verantwortlichen unterbreiten. Wir wollen unsere Kleinheit für mehr Geschwindigkeit nutzen. Wir wollen mehr Tatkraft, Entschlossenheit, Beteiligung und Mut in der Politik. Wir wollen Nachhaltigkeit im politischen Denken und Handeln fördern und einfordern. Wir wollen nicht nur vieles anders machen. Wir wollen für die Bremerinnen und Bremer einen politischen Neuanfang statt eines quälenden ‚Weiter-So‘. Dazu wollen wir die stärkste politische Kraft im Land Bremen werden und einen CDU-geführten Senat bilden. Denn: Unser Bremen kann mehr, wenn es besser regiert wird.

1.2 Wir wollen uns den Problemen in Bremerhaven und Bremen stellen. Wir wollen verhindern, dass sich Bremen weiter von anderen Regionen in Deutschland hinsichtlich der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Standards entfernt. Wir wollen den Trend brechen, den überregionale Vergleichsstudien im Bildungswesen dokumentieren und die Zukunftschancen unserer Kinder, auch im Wettbewerb mit anderen, in Ausbildung und Studium verbessern. Wir werden Armutstendenzen, insbesondere bei älteren Menschen und Kindern, nicht länger zusehen, sondern dafür sorgen, dass Lebensleistungen gewürdigt und Lebenschancen gerecht eröffnet werden. Wir wollen Familien unterstützen und müssen insbesondere hier den Wettbewerb mit dem Umland annehmen. Wir brauchen endlich mehr Teilhabemöglichkeiten für Alleinerziehende. Wir werden aktiver als bisher der Segregation entgegenwirken und das zunehmende Gefälle in unseren Städten abbauen. Die CDU-Bremen steht für eine Politik des Ausgleiches, weil klar ist: Die Gleichwertigkeit von Bedingungen in unseren Städten ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, der Attraktivität, der Chancen und der Stabilität. Sie ist in ihrer überregionalen Ausstrahlung auch ein Standortfaktor für Wirtschaft und für Menschen, die uns besuchen oder die hinzuziehen.

1.3 Gesellschaftliche Veränderungen verlaufen immer schneller. Wir erleben sie in unserer privaten Umwelt, am Arbeitsplatz oder medial vermittelt. Politik muss sie besser als bisher vermitteln und gestalten. Beteiligung der Bürger ist uns dabei wichtig, sie schafft nicht nur Fortschritt und Verbesserung vor Ort, sie schafft auch Verständnis und Identifikation. Politik muss diese Prozesse organisieren und moderieren sowie am Ende Entscheidungen herbeiführen und verantworten. Politik muss insbesondere die Umsetzung dieser Entscheidungen schneller als bisher garantieren. Wir wollen Entscheidungsprozesse strukturierter und beschleunigter, sie müssen mit der Veränderungsgeschwindigkeit der Umwelt in Bremen, Bremerhaven und der Welt schritthalten und dazu insbesondere die Möglichkeiten der Digitalisierung offensiv nutzen. Wir wollen politische Beteiligung, wir wollen aber auch eine Politik der Entscheidungsfreude, der sichtbaren Umsetzung und des geordneten Managements von politischen Prozessen. Diese Rolle liegt in der Verantwortung des Bürgermeisteramtes.

1.4 Wohlstand und Gerechtigkeit sind für die CDU-Bremen nie Gegensätze gewesen, sondern zwei Seiten einer Medaille. Das eine gibt es in einer modernen, stabilen und zukunftsorientierten Gesellschaft nie zu Lasten des anderen. Umverteilung oder einseitige Belastung sind weder ein Weg aus der Armut, noch ein zukunftsfähiges Konzept für Wohlstand. Allerdings darf auch

47 nicht Herkunft oder Wohnort über Zukunftschancen entscheiden. Wir wollen Gerechtigkeit insbesondere als einen verbesserten
48 Zugang zu Chancen, zu Bildung und als Unterstützung zur persönlichen Förderung im sozialen Umfeld. Dazu wollen wir mit
49 regionalisierten Konzepten einer zunehmenden Auseinanderentwicklung von Stadtteilen entgegenwirken. Dieses ist nicht
50 nur ein Anspruch unserer Bürgerinnen und Bürger, dieses ist nicht nur im Interesse einer an der Gleichwertigkeit der Lebens-
51 bedingungen interessierten Stadt. Die Förderung von Talenten, die Entwicklung von Potentialen ist auch im Interesse einer
52 Wirtschaft, die um Fachkräfte konkurriert und zunehmend ringt. Unsere Politik spielt nicht Interessen von Menschen, von
53 Stadtteilen oder von Interessenträgern gegeneinander aus. Wir suchen den politischen Konsens durch Beteiligung und Ent-
54 scheidung vor dem Hintergrund gleicher Ziele. Dabei ist Beteiligung Recht und Pflicht zugleich und entspricht unserem Grund-
55 satz, durch Fördern und Fordern gleichzeitig Verantwortung für sich und das Gemeinwesen zu erreichen.

56
57 1.5 Zwischen unseren Städten und den umgebenden Gemeinden verschwimmen Grenzen immer mehr. Menschen nutzen z.B. Ar-
58beitsplätze hier und gute Möglichkeiten der Erholung dort und profitieren gemeinsam vom kulturellen Angebot der Städte. Wir
59 bieten unserem Umland gute und vertiefte Nachbarschaft an, die sich in einer verstärkten Zusammenarbeit äußern soll. Wir
60 profitieren von unserer Selbständigkeit und Deutschland profitiert von einem selbständigen Bremen. Föderalismus kann aber
61 nicht bedeuten, dass wir die Möglichkeiten von Wettbewerb, Zusammenarbeit und Synergien nicht nutzen. Wir werden unsere
62 Selbständigkeit behaupten und ihre Vorteile für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Entwicklung des Standor-
63 tes Bremen entschieden nutzen.

64
65 1.6 Wir verstehen Politik nicht nur als Steuerung von Ressourcen. Auch in der Zukunft wird es in Bremen zum sparsamen Umgang
66 mit Haushaltsmitteln, die sich im Wesentlichen aus den Steuern der Bürger speisen, keine Alternative geben. Wir wollen in un-
67 serem Programm deshalb Politik nicht auf ‚Geldausgeben‘ beschränken, sondern inhaltliche Antworten für unsere Ziele und
68 Aufgaben der Zukunft geben. Dieses schließt ein, Geldausgaben ‚mit der Gießkanne‘ zu vermeiden und Mut zu Schwer-
69 punktsetzungen zu haben. Das Geld folgt den Ideen und deshalb wird sich vieles schrittweise realisieren müssen. Wir verste-
70 hen Politik zudem auch als Managementaufgabe und wollen Prozesse professioneller und schneller als bisher steuern. Die-
71 ses schließt für uns ein, rentierlichen Investitionen in kreative Zukunftsprojekte, z.B. in die Bildung, Gesundheit und Sicherheit
72 unserer Bürgerinnen und Bürger und die Infrastruktur unseres öffentlichen Eigentums Vorrang zu geben.

73
74 1.7 Politik muss sich mehr als bisher an langfristigen Zielen und Perspektiven orientieren. Nachhaltigkeit ist für uns deshalb ein
75 wichtiger Teil gelebter Zukunftsverantwortung und muss als Merkmal politischen Handelns stärker in den Fokus genommen
76 werden. Damit treten qualitative Ziele zunehmend neben quantitative Ziele und kritikloses ‚Höher, Weiter und Schneller‘ muss
77 hinterfragt werden. Ein Maßstab von Politik müssen deshalb vielmehr die Interessen und Möglichkeiten zukünftiger Generati-
78 onen werden, für deren Chancen auf ein ‚gutes Leben‘, wir mehr als bisher im Jetzt Verantwortung übernehmen müssen. Zent-
79 rale Aspekte sind dabei der Schutz unserer Umwelt und der sparsame Umgang mit Ressourcen zur Erhaltung der Schöpfung,
80 aber auch das Entstehen für andere Nachhaltigkeitsaspekte, wie z.B. die Verhinderung von Kinderarbeit, die Durchsetzung so-
81 zialer Standards in Erzeugerländern, mit denen wir ggf. geschäftliche Verbindungen unterhalten, die Vermeidung weiteren Ver-
82 lustes von Biodiversität oder auch die Förderung von Bildung und Beteiligung im globalen Rahmen. Nachhaltigkeit als Kriteri-
83 um einer zukunftsorientierten Politik ist dabei nicht allein Aufgabe eines spezialisierten Ressorts. Sie muss eine allgemeine
84 Maxime werden und ist für uns deshalb eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

85
86 1.8 Bremen und Bremerhaven sind bunt und vielfältig. Hier leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, aber auch mit unter-
87 schiedlichen Lebensstilen und Anschauungen zusammen. Die Lebensqualität in unserem Zwei-Städtestaat basiert nicht nur auf
88 materiellen Grundlagen. Wir wollen ein gesellschaftliches und politisches Klima des respektvollen Miteinanders. Wir werden
89 überall Hass, Intoleranz, Extremismus, Rassismus, Antisemitismus oder anderen Formen destruktivem oder herabwürdigendem
90 Verhaltens entschieden entgegentreten, ganz gleich ob sie uns auf Straßen, am Arbeitsplatz, bei Veranstaltungen oder im In-
91 ternet begegnen. Wir wollen keine Konflikte verkleistern, wir wollen sie mit friedlichen und demokratischen Mitteln der Kom-
92 munikation austragen und bewältigen. Dazu wollen wir aktives Mitwirken und das Engagement der Zivilgesellschaft anre-
93 gen und einfordern, in unserem Politikstil aber auch ein Beispiel geben. Dazu wollen wir einen fairen und sachorientierten

94 politischen Wettbewerb und bieten allen demokratischen Kräften unsere Zusammenarbeit an, wenn es die Sache erlaubt.
95 Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen davor, dass manchen Auswüchsen und Entwicklungen, ganz gleich ob von ‚Links‘,
96 ‚Rechts‘ oder ‚religiös‘ motiviert, auch mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegengetreten werden muss. Die CDU-Bremen steht
97 für einen starken und jederzeit handlungsfähigen Staat, der sich und seine Regeln behauptet.

98

99 1.9 Die Zukunftsfähigkeit unserer zwei Städte wollen wir nicht nur durch eine leistungsstarke Wirtschaft, ein förderndes und for-
100 derndes Bildungswesen und eine öffentliche Hand, die den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger garantiert, sicherstellen. Wir
101 wollen eine Politik und einen Staat, der sich als Partner und Unterstützer seiner Bürgerinnen und Bürger versteht und or-
102 ganisiert. Wir wollen einen Staat, der ehrenamtliches Engagement und zivilgesellschaftliche Initiative wertschätzt und fördert.
103 Der nicht bevormundet oder Aufgaben an sich reißt, die andere besser können. Wir wollen keinen universell zuständigen
104 Staat, aber da wo es einen staatlichen Auftrag gibt, auch eine konsequente Umsetzung dieses Auftrages im Interesse des Bür-
105 gers. Wir wollen einen zweckmäßigen, bürgerorientierten und effizienten Staat, aber keine Bürokratie um der Bürokratie
106 willen. Wir wollen dazu insbesondere die Rahmenbedingungen für gelingende Initiative unserer Bürgerinnen und Bürger schaf-
107 fen. Wir brauchen dazu weniger Ressourcenverbrauch in der Gegenwart und stattdessen mehr Investition und Ausrichtung
108 auf die Zukunft. Unser Programm ist dazu ein inhaltlicher Vorschlag. Zur Diskussion, zur Beteiligung und zur gemeinsamen
109 Gestaltung.

110

111 1.10 Gesellschaft im Wandel ist nicht zuletzt eine vielfältiger werdende Gesellschaft. Zuwanderung sehen wir als Chance, die je-
112 doch gesteuert werden muss. Integration ist eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben, die zukünftig mehr und aktiver als bis-
113 her gestaltet werden muss. Wir bieten unsere Offenheit und einen Platz in unserer Mitte, erwarten aber gelebte Akzeptanz für
114 unsere Kultur, unsere Werte, unsere politischen Grundsätze und unsere Regeln des Zusammenlebens. Die CDU-Bremen sieht
115 Integration als Angebot und Erwartung gleichzeitig.

116

117 1.11 Wichtig ist uns eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Städte, in den sich Menschen, gleich welcher Herkunft, einander
118 gerne begegnen. Die ein Klima der Freundlichkeit und Offenheit leben. Wo Lebensfreude und Lebensmut gefördert und ge-
119 gen Resignation und vermeintliche Perspektivlosigkeit gesetzt werden. Hierzu brauchen wir den Schulterchluss von Politik,
120 Staat und Gesellschaft. Hierzu brauchen wir tätige Unterstützung im Kleinen und Solidarität im Großen. Hierzu werden wir Un-
121 terstützung bieten, aber auch Engagement fordern. Hierzu werden wir verdeutlichen, dass das Gemeinwohl mehr als die
122 Summe der Einzelinteressen ist. Egoismus und Lautstärke ersetzen kein politisches Konzept. Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Konti-
123 nuität und Mut zur Zukunft sind die Markenzeichen unserer Politik. Freiheit und Verantwortlichkeit sind und bleiben die
124 Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft, die die Interessen des Einzelnen mit denen des Gemeinwohls ausgleicht.

125

126 1.12 Wir bekennen uns zu einer Politik der demokratischen Mitte. Radikalität gleich aus welcher Richtung lehnen wir sowohl in
127 der Sache als auch im Ton ab. Politische Mitte heißt für eine Volkspartei nicht Beliebigkeit, sondern Politik mit christlichen, kon-
128 servativ-bürgerlichen und großstädtisch-liberalen Werten und Wurzeln. Wir werden mit allen demokratischen und rechtsstaat-
129 lich orientierten Kräften fair um den besten Weg und um Mehrheiten streiten, aber auch auf der Grundlage von Gegensei-
130 tigkeit zusammenarbeiten, wenn unsere Inhalte in diesem Programm und unsere Grundsätze dieses zulassen. Damit wollen wir
131 einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven leisten.

132

133 1.13 Wir wollen als Bremerinnen und Bremer für Bremerinnen und Bremer Politik gestalten. Als Bremer fühlen wir uns als
134 Norddeutsche innerhalb eines vereinten Europas, mit einer unverwechselbaren regionalen Identität und Prägung, im stolzen
135 Bewusstsein bester hanseatischer Tradition und Tugend. Die hierin angelegten Werte von Offenheit, Toleranz sowie Respekt
136 vor dem Andersartigen empfinden wir als die besten Mittel gegen Nationalismus, Abschottung und Fremdenhass. Un-
137 ser Gefühl der Verbundenheit mit unserem Zwei-Städte-Staat ist Teil unseres Selbstbewusstseins, das sich gegen niemanden
138 richtet. Im Gegenteil: Das Bewusstsein eigener Wurzeln sehen wir als Voraussetzung für Toleranz und Offenheit gegenüber je-
139 dermann, der oder die uns mit der gleichen Grundorientierung begegnet.

140

141 1.14 Wir wissen, dass Programme nur so gut wie ihre Realisierung sind. Wir streben deshalb die Regierungsverantwortung an. Wir
142 wollen die politische Orientierung an Mittelmaß und Durchschnitt genauso überwinden wie den herrschenden Gleichmut und die
143 nicht zu übersehende politische Lethargie, die Bremen in der Vergangenheit erfasst hat und die zunehmend die Wahrnehmung
144 des politischen Bremens bestimmt. Das gelegentlich von außen zu hörende Image Bremens als ‚Graue Maus‘ ist ganz sicher
145 kein zutreffendes Bild. Es zeigt aber, das Bremen unter Wert regiert und dargestellt wird. Wir wollen deshalb gestalten und, wo
146 notwendig, verändern, denn ein bloßes ‚Weiter-So‘ ist keine Option. Wir wollen mit den Bürgern sprechen, wir wollen betei-
147 ligen, wir wollen uns an Taten messen und uns mit anderen vergleichen lassen. Wir wollen Bremen politisches Selbstvertrauen
148 (zurück-) geben, wir wollen besser werden als andere. Wir wollen dazu ein Wahlprogramm in ein Regierungsprogramm des
149 Aufbruchs umsetzen, und dieses schrittweise, aber verlässlich und schnellstmöglich realisieren. Wir legen Ihnen dazu
150 ein konkretes Angebot vor. Aber nicht nur für Sie: Auch für Ihre Kinder, Verwandten, Freunde, Nachbarn und Kollegen(innen).
151 Sie können das Wahlprogramm mit uns (weiter-) entwickeln und Wirklichkeit werden lassen. Mit Ihren Stimmen für die CDU
152 und ihre Kandidatinnen und Kandidaten.

153
154 1.15 Bremen hat viele Traditionen und Chancen, aber mit den Wahlen 2019 wird maßgeblich darüber entschieden, ob wir sie nut-
155 zen. Zu entscheiden ist nicht weniger als Bremens und Bremerhavens Weg in die Zukunft eines neuen Jahrzehntes in einer
156 Welt des nationalen, des europäischen und des globalen Wettbewerbs. Neu ist dabei nicht in erster Linie die Veränderung, son-
157 dern deren Geschwindigkeit und Reichweite in alle gesellschaftlichen Bereiche. Zu entscheiden ist, ob die Weichen für die
158 Zukunft durch Mut und offensivem Annehmen der Herausforderungen und Chancen gestellt werden sollen oder ob wir im
159 ‚Mehr des Selben‘ und im ‚Weiter-So‘ stehen bleiben. Wir werden weder Veränderungen noch Probleme ausblenden, wie es po-
160 litisch ‚Links‘ im Ergebnis macht, noch durch scheinbar einfache Antworten und Wege täuschen und blenden, wie von politisch
161 ‚Rechts‘ üblich. Wir wollen Optimismus, Anpacken, Offenheit und Fortschritt gegen Pessimismus, Nein-Sagen, Spaltung und
162 Zukunftsangst stellen, und auch auf diese Weise ein Zeichen gegen die politischen Ränder setzen, deren politischer Erfolg nicht
163 zuletzt von Zukunftssorgen lebt. Wir wollen Menschen politisch, sozial und wirtschaftlich mitnehmen und so gesellschaftlichen
164 Desintegrationstendenzen entgegenwirken. Unsere Wege dahin sind nicht immer für alle ‚bequem‘, aber unsere Antworten
165 sind klar: Wir wollen unsere Möglichkeiten nutzen, wir werden nicht nur Probleme benennen, sondern, auch mit diesem Pro-
166 gramm, Lösungen für die Probleme aufzeigen. Wir wollen nicht überreden, sondern überzeugen, auch diejenigen, die sich in
167 der Vergangenheit von der Politik abgewandt haben. Dazu wollen wir auf der Grundlage weiterhin zu konsolidierender Finan-
168 zen, einer endlich langfristig wettbewerbsfähigen Bildungslandschaft, moderner Mobilitätskonzepte, wirtschaftskraftstärkenden
169 Investitionen und einer sicheren und attraktiven Stadtgesellschaft den Weg für 2030 ebnen. Wir wollen qualitativ und quan-
170 titativ wachsen. Wir wollen mehr Einwohner in unseren Stadtgemeinden und gleichzeitig unsere oberzentrale Funktion in der
171 Region Nord-Westdeutschland durch partnerschaftliche Zusammenarbeit festigen und ausbauen. Wir wollen durch eine offensi-
172 ve Ansiedlungspolitik für Unternehmen die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven stärken. Wir wollen dieses Wachs-
173 tum auch für mehr qualifizierte, sozialversicherungspflichtige und zukunftsfähige Arbeitsplätze, die Menschen fordern und för-
174 dern, Familien ernähren und Bremen als Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt überregional konkurrenzfähig halten. Die ‚Di-
175 gitalisierung‘ ist dazu ein Schlüsselthema, dass wir als politische Querschnittsaufgabe und als gemeinsame Klammer, z.B.
176 für die Veränderungen in der Verwaltung und ihren Dienstleistungen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, im Gesundheitswe-
177 sen und in der Bildung, aufgreifen und als Chance für einen ‚smarten‘ Standort und eine moderne Stadtgesellschaft nutzen und
178 offensiv gestalten werden. Wir wollen dazu eine Modellregion für digitalen Fortschritt und Aufbruch in Deutschland wer-
179 den. Unsere Vision 2030 sind Städte, in denen gegenwärtige Generationen für sich und insbesondere kommende Generatio-
180 nen lebenswerte Städte erhalten und weiterentwickeln. Und dieses auf der Basis eines ehrlichen und einfachen Grundsatzes:
181 Ressourcen (aller Art) sollen, wenn immer möglich, nur beansprucht werden, wenn sie auch selbst und gegenwärtig erwirt-
182 schaftet oder erneuert werden. Denn auf Kosten anderer, zukünftiger Generationen oder endlicher Ressourcen zu leben, ist er-
183 kennbar verantwortungslos und darf kein bestimmendes Konzept für die Zukunft bleiben. Unser Anspruch an Politik endet so
184 nicht bei kurzfristigen ‚Lösungen‘, ausschließlich für die Gegenwart oder die Legislaturperiode. Für uns müssen sie längerfristig
185 Wege in die Zukunft weisen und damit gleichzeitig unserer Verantwortung für zukünftige Generationen und für die
186 Schöpfung gerecht werden.

187
188

2. BILDUNG

189 2.1 Bildung ist das wichtigste Thema für Gegenwart und Zukunft und ein politischer Kernbereich für die individuelle, aber auch
190 für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Einerseits ist sie durch erworbene Qualifikationen, Kompeten-
191 zen, Motivationen und Einstellungen in einem technologie-, innovations- und exportorientierten Land die wichtigste Ressource.
192 Andererseits wird Bildung in Bremen, im Gegensatz zu ihrer Bedeutung, als das Politikfeld mit den größten Defiziten wahr-
193 genommen. Regelmäßig letzte Plätze in überregionalen Vergleichen trotz des Engagements der Lehrkräfte sind nicht nur
194 ein über Bremens Grenzen weit hinaus gehendes negatives Signal für den Standort Bremen, es sind in erster Linie systema-
195 tisch schlechtere Chancen für unsere Kinder. Spätestens im Wettbewerb um Ausbildungs- und Studienplätze zeigt sich, dass
196 Nachteile in der Bildung zutiefst ungerecht und unsozial sind, denn es kommt hinzu: Nirgends sind die Bildungschancen so
197 abhängig vom sozialen Status der Eltern wie in Bremen und Bremerhaven. Für die CDU-Bremen ist das ‚Politikfeld‘ Bil-
198 dung ‚Das Thema‘ der vor uns liegenden Legislaturperiode. Und dabei geht es auch um die Sicherung der wirtschaftlichen In-
199 teressen sowie der Attraktivität des Standortes oder um die präventive Bekämpfung von Armutstendenzen durch bessere
200 Bildungsvoraussetzungen. Als Schwerpunkt politischer Zukunftsverantwortung wollen wir jedem Kind die individuell beste Bil-
201 dung als wesentliche Voraussetzung für gerechte berufliche Chancen und gelingende soziale Beteiligung mit ‚guter Schule‘
202 bieten. Dieses ist nicht zuletzt auch eine Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Stabilität. Dabei wird es nicht nur um
203 das ‚Was‘ gehen. Insbesondere das ‚Wie‘ der Bildungspolitik, die Umsetzung nach klaren Zielvorgaben und gemeinsam mit den
204 Schulen wird die Bisherige von der zukünftigen Politik unterscheiden. Wir sind der Auffassung: Wir benötigen eine Wende in
205 der Bremischen Bildungspolitik.

206
207 2.2 Bildung ist für uns aber mehr als die Vermittlung von Kompetenzen. Mathematik, Deutsch und Englisch werden ihre grund-
208 legende Bedeutung in unserem Bildungsverständnis behalten. Bildung ist insbesondere in schnelllebigen Zeiten darüber hinaus
209 aber die Erziehung zu einer werte- und normbewussten Haltung, zu Neugier auf eine sich (digital) verändernden Zukunft, zu
210 beruflicher Orientierung, Leistungsbereitschaft und Motivation, zu sozialem Verhalten und Engagement und zur Fähigkeit so-
211 wie Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Lernen in allen Phasen des Lebens muss sich in einer gebündelten Ressortverant-
212 wortung widerspiegeln. Neben der weiteren Integration der frühkindlichen Bildung wollen wir auch die staatlichen Organisa-
213 tionen dem Ressort ‚Kinder und Bildung‘ zuordnen, die im Bereich der Fort- und Weiterbildung systematische Angebote ma-
214 chen wie z.B. die Volkshochschule. Und wir wollen nicht nur eine veränderte Orientierung und Haltung in der Bildungspoli-
215 tik: Bildung muss den Leistungsgedanken wertschätzen und in einer Kultur der Leistungsorientierung an unseren Schulen
216 durch ein gleichberechtigtes ‚Fördern und Fordern‘ umsetzen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die die Herausforderungen der
217 Innovation und der Digitalisierung offensiv aufnimmt und zu wesentlichen Gestaltungselementen zukünftiger Bildung
218 macht. Denn Digitalisierung ist mehr als eine technische Innovation: Sie eröffnet Chancen und Möglichkeiten für ein individuel-
219 leres und ein anderes Lernen, die, wenn sie richtig genutzt und eingesetzt werden, nicht nur zur Effektivität von Schule, son-
220 dern auch zu mehr Gerechtigkeit von Bildung beitragen können.

221
222 2.3 Wir sehen den jüngst fortgesetzten Bildungskonsens, der 2008 bereits zu wesentlichen Übereinkünften zur Struktur des Bre-
223 mischen Bildungssystems geführt hat, als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Verbesserungen im Feld Bil-
224 dung an. Trotz struktureller Stabilität hat Bremen den Anschluss an die anderen Bundesländer verloren. Ein ‚Weiter-So‘ war
225 und ist keine Option. Als politische Kraft mit gestalterischem Anspruch ist es ein wesentlicher Erfolg, aus der Opposition her-
226 aus mit für Kontinuität in der Struktur, aber insbesondere für wesentliche und substantielle Verbesserungen für unsere
227 Schulen gesorgt zu haben, die wir vor Überforderungen schützen müssen. Besonders wichtig ist für uns u.a.

228 2.3.1 die Erhaltung der Zweigliedrigkeit des Schulwesens und die bedarfsgerechte Entwicklungsfähigkeit aller Schular-
229 ten. Das heißt für uns: Wir werden quantitativ und regional Oberschulen und Gymnasien nach den Wünschen der
230 Schülerinnen und Schüler und der Eltern so weiterentwickeln, wie es sich in den ‚Anwahlzahlen‘ und in der Struk-
231 tur der ‚Regel-Standardbewertungen‘ widerspiegelt. Jedes Kind über dem Regelstandard hat nach unserer Auf-

- 232 fassung einen Anspruch auf einen Platz an einem durchgängigen Gymnasium, wenn es dieses gemeinsam mit
233 den Eltern wünscht.
- 234 2.3.2 die personelle Ausstattung der Schulen auf 105% des Solls der Lehrerinnen und Lehrer zu steigern, um dem Un-
235 terrichtsausfall wirkungsvoll begegnen zu können. Unser Ziel ist, dieses zu einer Unterrichtsgarantie weiterzu-
236 entwickeln und die Vertretungsreserven so auszustatten, dass Vertretung in der Regel durch zusätzliche Lehrkräf-
237 te sichergestellt wird.
- 238 2.3.3 die pro Schülerin und Schüler verausgabten Mittel schrittweise auf den hierfür von den anderen Stadtstaaten
239 durchschnittlich veranschlagten Betrag anzuheben. Damit werden wir u.a. den sich auf eine dreiviertel Milliarde
240 Euro belaufenden Sanierungstau an den Gebäuden und in der Ausstattung unserer Schulen schnellstmöglich zu-
241 rückführen, denn auch die Lernumgebung hat einen Einfluss auf die Lernqualität. Der Sanierungsbedarf der
242 Schulen in Bremerhaven ist zusätzlich zu berücksichtigen.
- 243 2.3.4 der frühkindlichen Bildung einen völlig neuen Stellenwert zu geben, um individuelle Chancen und schulische
244 Qualität zu stärken. Dazu werden wir die sprachliche Förderung früher als bisher beginnen, das letzte Kita-Jahr
245 konsequent für eine vorschulische Vorbereitung nutzen und mit der Kostenfreiheit des Kita-Besuches das Ziel ei-
246 ner möglichst hohen gesellschaftlichen und sozialen ‚Reichweite‘ und ‚Nutzungsbreite‘ verbinden.
247
- 248 2.4 Aber klar ist auch: Die Einsicht, dass sich schulische Qualität und die Gerechtigkeit im Bildungswesen Bremens verbessern müs-
249 sen, waren schon Grundlage und Bestandteil der Bildungskonsensvereinbarung von 2008. Dass beides nicht erreicht wurde,
250 zeigt, dass wir nicht in erster Linie ein ‚Erkenntnisproblem‘, wohl aber ein ‚Umsetzungsproblem‘ haben. Die Realisie-
251 rung der Ziele und Vorgaben der 2018 zur Verlängerung des Bildungskonsenses geschlossenen Vereinbarung werden wir durch
252 ein engmaschiges und regelmäßiges Controlling sicherstellen. Dazu werden wir darauf abgestimmte Zielvereinbarungen
253 mit jeder einzelnen Schule ausrichten, der wir gleichzeitig eine auf Verlässlichkeit und daran orientierte Ausstattung garantie-
254 ren werden. Die Bildungsbehörde werden wir stringent entsprechend ihrer Führungs- und Unterstützungsaufgaben so organi-
255 sieren, dass sie besser als bisher die Realisierung der Schwerpunktziele, z.Tl. unter veränderten Rahmenbedingungen
256 wie der Digitalisierung, begleiten und sicherstellen kann: Verbesserung der schulischen Qualität, mehr Chancengerechtigkeit
257 sowie gesellschaftliche Integration und bestmögliche individuelle Förderung, möglichst in einem inklusiven Rahmen.
258
- 259 2.5 Dazu gilt: Die Verbesserung schulischer Qualität ist für uns auch eine Gerechtigkeitsfrage, denn insbesondere Kinder aus
260 problembelasteten sozialen Bereichen sind auf ein leistungsfähiges öffentliches Schulwesen angewiesen. Dabei haben wir dafür
261 gesorgt, dass dieses an klaren Zielen überprüft werden kann: Wir wollen innerhalb der nächsten zehn Jahre in den überregi-
262 onalen Kompetenzvergleichen mindestens den Durchschnittswert der Stadtstaaten erreichen. Mit dem schulischen Abschluss
263 muss Ausbildungs- und/oder Studierfähigkeit im Wettbewerb mit Absolventen aus anderen Bundesländern verbunden sein. Wir
264 werden deshalb eine Qualitätsoffensive mit gebündelten Maßnahmen umsetzen. Dazu gilt es
- 265 2.5.1 die Gründung des unabhängigen Bremischen Institutes, das die Schulen bei Entwicklung und Umsetzung von
266 schulischer Qualität konkret unterstützt, schnellstmöglich zu realisieren
- 267 2.5.2 ein kontinuierliches ‚Kompetenzmonitoring‘ zu etablieren, das, basierend auf den bereits existierenden Ver-
268 gleichstest, individuelle und schulische Leistungseinschätzungen erlaubt,
- 269 2.5.3 die Funktion der Schulleitungen als ‚Qualitätsmanager‘ ihrer Schulen besonders zu betonen und die hierfür not-
270 wendigen Freiräume durch zusätzliche Entlastungsstunden zu schaffen,
- 271 2.5.4 fachfremd erteilten Unterricht in den Schulen deutlich zurückzuführen, sowie
- 272 2.5.5 die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbindlicher als bisher zu gestalten.
273
- 274 2.6 Wirkungsvolle Qualitätsentwicklung beginnt in einer guten Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Sie wird ergänzt, insbe-
275 sondere bei Seiteneinsteigern, durch eine kontinuierliche Weiterbildung, deren Verbindlichkeitsgrad wir erhöhen wollen. Da-
276 bei stellen Zuwanderung und Inklusion, insbesondere aber veränderte Rahmenbedingungen z.B. durch die Digitalisierung oder
277 die Ganztagsbeschulung tiefgreifend veränderte Anforderungen an Kompetenzen und Berufsbild. Wir wollen das Bildung zum
278 ‚Schrittmacher‘ dieser gesellschaftlichen Veränderungen wird. Wir wollen, dass Bildung diesen Entwicklungen nicht ‚hinter-

279 herläuft', sondern an die Spitze der Bewegung kommt. Wir wollen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer nicht länger allein gelas-
280 sen fühlen in der Bewältigung dieser Herausforderungen. Wir werden deshalb die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und
281 Lehrer in Bremen und Bremerhaven mehr als bisher darauf ausrichten. Wir wollen, dass hierbei Kompetenzträgerinnen und
282 -träger aus Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden und durch einen Austausch gewährleisten, dass die neusten
283 Erkenntnisse fachliche und pädagogische Standards in der Bremischen Aus- und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer blei-
284 ben.

285
286 **2.7 Bildungspolitische Qualität und gute Rahmenbedingungen dazu hängen für die Schulen nicht zuletzt von einer zeitgerechten**
287 **und vorausschauenden Planung sowie der bedarfsgerechten Verfügbarkeit von geeignetem Schulraum ab. Unsere Schulen**
288 **müssen besser als bisher in die Lage versetzt werden, sich auf beabsichtigte Veränderungen einzustellen. Insbesondere in der**
289 **Schul-Standortplanung (z.B. hinsichtlich der Zuweisung von Schülerinnen und Schülern, aber auch zu beabsichtigten Verände-**
290 **rungen z.B. in den Bereichen ‚Inklusion‘, ‚Ganztag‘ oder ‚Infrastruktur‘) und in der personellen Disposition ist Transparenz und**
291 **Planbarkeit nicht nur für den Erfolg in der Sache wichtig, sondern auch für die Akzeptanz bei Schulleitungen, Kollegien, Eltern**
292 **und Schülerinnen und Schülern. Zur rechtzeitigen Planung und für die Akzeptanz von Veränderungen ist auch die Entwick-**
293 **lung einer auf gegenseitigem Vertrauen basierenden und ‚auf Augenhöhe‘ geführten Kommunikation zwischen Bildungsbehör-**
294 **de und Schulen notwendig. Anders werden (tiefgreifende) Entwicklungen, z.B. zur schulischen Qualität oder zur offensiven**
295 **Nutzung digitaler Mittel, nicht zu realisieren sein. Dazu werden wir die Verlässlichkeit und Transparenz der behördlichen**
296 **Planungen verbessern, Prozesse und Strukturen hier auf den Prüfstand stellen und ggf. verändern und eine auf Gemeinsam-**
297 **keit beruhende Kultur der Kommunikation mit den Schulen und Beteiligten entwickeln. Insbesondere müssen die Planung und**
298 **Realisierung von Schulneubauten sowie die Sanierung oder bauliche Veränderung von schulischer Infrastruktur deutlich be-**
299 **schleunigt und effizienter gestaltet werden. Hierzu sind nicht nur personelle und strukturelle Veränderungen bei Immobilien-**
300 **Bremen notwendig. Wir wollen die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden deutlich verbessern, Planungsverfahren be-**
301 **schleunigen, Vorschriften entschlacken und straffen, modulare Schulbauweise wo möglich realisieren und, wenn organisatorisch**
302 **und finanziell sinnvoll, private Partner beteiligen.**

303
304 **2.8 Wir wollen die einzelnen Schularten stärken und in ihrer Profilierung weiterentwickeln. Dazu werden wir**

305 **2.8.1 flächendeckend ein Ganztagsangebot schaffen, dass im Ergebnis auch hält was es verspricht. Jedem Kind wollen**
306 **wir einen Ganztagsschulplatz anbieten können. Dazu werden wir die Schulen personell und infrastrukturell so**
307 **ausstatten, dass eine auch pädagogisch qualitativ hochwertige ganztägige Beschulung – nach unserer Auffassung**
308 **vorzugsweise in gebundener rhythmisierter Ausgestaltung – an die Stelle von aktuellen Formen der Ganztagsbe-**
309 **schulung tritt, die Phasen von bloßer innerschulischer Betreuung beinhalten. In einem aufwachsenden Verfahren,**
310 **jahrgangsweise mit der ersten Klasse ab dem Jahr 2020 beginnend, wollen wir die Umgestaltung der Grundschul-**
311 **len vorantreiben, wenn der Wille von Schulen und Eltern dem nicht entgegensteht. Anschließend und schnellst-**
312 **möglich wollen wir den Oberschulen, zunächst solchen ohne Oberstufe, die Möglichkeit zur Ganztagsbeschulung**
313 **geben. Zwischen den Kitas und den Schulen wollen wir inhaltlich und organisatorische Durchgängigkeit und gesi-**
314 **cherten Anschluss organisieren, was die Effektivität des Lernens und die Planbarkeit der Betreuung deutlich er-**
315 **höhen und langfristig sicherstellen wird. Ganztagschule wollen wir darüber hinaus in die Gesellschaft hineinent-**
316 **wickeln, indem wir insbesondere im Nachmittagsunterricht eine enge Verbindung mit Musikschulen, Sportverei-**
317 **nen und anderen Bildungsträgern anstreben. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern werden wir uns für ei-**
318 **nen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz einsetzen.**

319 **2.8.2 die frühkindliche Bildung und Sprachstandfeststellung so ausbauen und in die erste Kita-Phase vorziehen, dass**
320 **ein Nachteilsausgleich möglichst frühzeitig beginnen kann. Das Ziel ist dabei die verbesserte Schulfähigkeit, un-**
321 **abhängig von Wohnort und Herkunft des Kindes. Dazu wird der Besuch der Kita im letzten Jahr vor der Einschul-**
322 **ung verbindlich.**

323 **2.8.3 die Oberschulen, Gymnasien und Oberstufen insbesondere hinsichtlich ihrer Verantwortung für Ausbildungs- und**
324 **Studierfähigkeit stärken. In den Oberschulen wollen wir dazu die Berufsorientierung weiter ausbauen und den**
325 **handlungsorientierten Unterricht stärken, um die Schülerinnen und Schüler besser als bisher auf die Chancen und**

326 Herausforderungen der dualen und der schulischen beruflichen Ausbildung vorzubereiten. Wir wollen mehr Wert-
327 schätzung für berufspraktisches Wissen und Können auch in den allgemeinbildenden Schulen. Spiegelbildlich da-
328 zu muss die gymnasiale Bildung stärker auf ein anschließendes Studium vorbereiten, dazu mehr Sicherheit bei
329 der Fächerwahl gewährleisten und besser als bisher im Hinblick auf die fachlichen und persönlichen Kompeten-
330 zen vorbereiten. Dazu ist mehr Lernzeit erforderlich, auch um Wettbewerbsnachteile gegenüber Studentinnen
331 und Studenten aus anderen Bundesländern zu vermeiden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaf-
332 fen, um auch an den durchgängigen Gymnasien zu einer dreizehn jährigen Schulzeit (von ‚G8‘ zu ‚G9‘) zurück-
333 kehren zu können. Auf diese Weise wollen wir eine einheitliche neunjährige Schulzeit bis zum Abitur und damit
334 den ‚Wert‘ der allgemeinen Hochschulreife (auch) als Zugangsvoraussetzung für ein Studium im Bundesmaßstab
335 sichern und entwickeln.
336

337 2.9 Für eine leistungsorientierte Bildung und eine frühzeitige individuelle Förderung sind Rückmeldung und Bewertung uner-
338 lässlich. Wir wollen eine frühzeitigere Ergänzung der bisherigen Leistungsbewertung durch Ziffernnoten ab Jahrgangs-
339 stufe drei. Wir wollen darüber hinaus eine verbesserte Förderung insbesondere in der Grundschule. Grundlagen einer erfolgs-
340 und zielorientierten Schule müssen nach unserer Auffassung schon in der Primarstufe gelegt werden. Dem widerspricht z.B.
341 die Methodik ‚Lesen durch Schreiben‘ (auch bezeichnet als: ‚Schreiben nach Gehör‘). Wenn nach der vierten Klasse kein für
342 den Besuch der Sekundarstufe I erfolgversprechendes Kompetenzniveau insbesondere im Schreiben, Rechnen und Lesen vor-
343 handen ist, wollen wir in der Grundschule verbindlich wahrzunehmende individuelle Förderung durch zusätzliche Lernzeit
344 einführen. Die Kapazitäten in den Grundschulen werden wir dazu zusätzlich schaffen. Darüber hinaus muss es eine sichtbare
345 Wertschätzung von besonderen Begabungen geben: Dazu werden wir nicht nur ein ‚ReBuZ‘ (Regionales Beratungs- und Un-
346 terstützungszentrum) mit einer spezialisierten Kompetenz zur Diagnostik schaffen, sondern in Bremen und Bremerhaven an
347 mindestens je einer Oberschule und an einem durchgängigen Gymnasium schrittweise auch einen Zug für Schülerinnen und
348 Schüler mit besonderen Begabungen einrichten.
349

350 2.10 Geistiges, handlungspraktisches und motorisches Lernen gehören zusammen. Bewegung, insbesondere im Sportunter-
351 richt, unterstützt sowohl die körperliche wie die kognitive Entwicklung. Wir halten deshalb an dem Ziel fest, perspektivisch die
352 dritte Sportstunde zu realisieren. Wir wollen, insbesondere in der Ganztagschule, die Einbindung von (Sport-) Vereinen erleich-
353 tern und, wo möglich, zum gegenseitigen Nutzen ausweiten. Insgesamt wollen wir Inhalte stärken, die lebenspraktisch relevant
354 sind und die eine eigenständige und verantwortungsvolle Lebensführung vorbereiten helfen. Hierzu gehören z.B. der Umgang
355 und die Verarbeitung von Material etwa im Werk- oder Kunstunterricht oder auch Kenntnisse zur verantwortungsbewussten
356 Nutzung und Zubereitung von Lebensmitteln mit dem Ziel einer gesunden Ernährung.
357

358 2.11 Schulische Bildung muss zu wettbewerbsfähigen Abschlüssen führen, denn spätestens in Ausbildung und Studium treten die
359 Absolventen unserer Schulen in die Konkurrenz zu denen anderer Bundesländer oder auch anderer Nationen. Die ständige
360 Verbesserung und Erhaltung der Ausbildungs- und Studierfähigkeit sind deshalb bedeutsame Ziele, die sich mehr als bisher an
361 den Erfordernissen und Anforderungen der beruflichen und hochschulischen Praxis orientieren müssen. Dieses zu gewährleisten
362 ist insofern keine grundlose ‚Erschwernis‘, sondern im Gegenteil eine Verantwortung gegenüber unseren Kindern und ihrer Zu-
363 kunft. Wir werden deshalb in der Definition von Bildungszielen, in der Gestaltung curricularer Grundlagen und prüfungsbezo-
364 gener Standards für mehr Verbindlichkeit, Klarheit und Orientierung, auch im Interesse der Lehrkräfte, sorgen.
365

366 2.12 Schulen in schwierigen gesellschaftlichen Bereichen unserer Städte haben unser besonderes Augenmerk. Sie tragen durch
367 soziale Herausforderungen, durch die verstärkte Zuwanderung und die eingeführte Inklusion besondere Belastungen, die zu
368 bewältigen ein besonderes gesamtgesellschaftliches Anliegen sein muss. Die dort pädagogisch tätigen Mitarbeiterinnen und
369 Mitarbeiter, seien es Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Mitarbeiter in pädagogisch unter-
370 stützenden Bereichen der ‚ZuP’s‘ (Zentren für unterstützende Pädagogik) und der ‚ReBuZ’e‘ verdienen unsere besondere
371 Wertschätzung. Wir werden besonders darauf achten, dass eine personelle Stärkung insbesondere dort ‚ankommt‘.
372

- 373 2.13 Bildung in Kita und Schule ist in besonderem Maße von Wertschätzung und Förderung der in diesen Bereichen tätigen Erzie-
374 herinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer abhängig. Wertschätzung muss konkreter als bisher werden. Dieses
375 ist auch von elementarer Bedeutung für eine erfolgreiche Nachwuchswerbung in einem Arbeitsmarkt, der zunehmend von
376 überregionaler Konkurrenz geprägt ist. Dazu werden wir u.a.
- 377 2.13.1 die Bezahlung aller hier Tätigen konsequent so bemessen, dass sie mindestens dem bundesweiten Durchschnitt
378 entspricht,
 - 379 2.13.2 in einem ersten Schritt die Besoldung der Grundschullehrinnen und Grundschullehrer auf A13 anheben,
 - 380 2.13.3 die Attraktivität hinsichtlich Besoldung und Eigenverantwortung von Schulleitungen so stärken, dass die Bewer-
381 bung für Funktionsstellen wieder attraktiver wird,
 - 382 2.13.4 eine Kommission einrichten, die sich mit den Belastungen des ‚Arbeitsplatzes Kita und Schule‘ befasst und prä-
383 ventive Maßnahmen zur Reduzierung insbesondere vor (stressbedingten) Langzeiterkrankungen erarbeitet,
 - 384 2.13.5 die Regelungen zum sog. ‚Seiteneinstieg‘, unbeschadet unserer Auffassung, dass die originäre pädagogische
385 Ausbildung der Schwerpunkt der Nachwuchsgewinnung bleiben muss, flexibilisieren und dabei die pädagogische
386 Eignung, Ausbildung und/oder Weiterbildung als Voraussetzung auch zukünftig sicherstellen,
 - 387 2.13.6 den Beruf der Erzieherin und des Erziehers aufwerten und die dualisierte Ausbildung dieses Berufsfeldes weiter
388 ausbauen,
 - 389 2.13.7 durch verbesserte Fort- und Weiterbildung das berufliche Fortkommen von Lehrerinnen und Lehrern systemati-
390 scher und besser als bisher vorbereiten.
- 391
- 392 2.14 Berufliche Schulen leisten einen (häufig unterschätzten) Beitrag nicht nur zur beruflichen Ausbildung und damit zur wirt-
393 schaftlichen Prosperität, sondern mit ihrer intensiven sprachlichen Förderung von Zugewanderten aktuell auch einen beachtli-
394 chen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration. Uns liegt die Stärkung der beruflichen Bildung in Bremen und Bremer-
395 haven, insbesondere in ihrer dualen Variante, besonders am Herzen. Wir werden dazu nicht nur den gegebenen Personalbe-
396 darf gemeinsam mit den Schulen sicherstellen. Wir werden konsequenter als bisher die Ausstattung dieser Schulen und der
397 Ausbildungswerkstätten am technologischen Fortschritt in der ‚realen Welt der Unternehmen und Betriebe‘ orientie-
398 ren. Für die dringend notwendigen Investitions- und Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudesubstanz sowie die Modernisie-
399 rung der technischen Ausstattung werden wir ein Sonderprogramm ‚Berufsschulen‘ auflegen. Wir werden veränderten gesell-
400 schaftlichen Bedingungen, die sich auch in den beruflichen Schulen widerspiegeln, durch eine verbesserte Ausstattung im Be-
401 reich Schulsozialarbeit Rechnung tragen. Darüber hinaus werden wir Erfahrungen und Expertise dieser Schulen hinsichtlich
402 ‚Selbstständigkeit von Schulen‘ im Personalbereich und in der Verantwortung für finanzielle Mittel nutzen und nach Mög-
403 lichkeit auf (größere) allgemeinbildende Schulen übertragen. Auch zur Sicherstellung kurzer Wege in der beruflichen Bildung
404 werden wir das derzeitige Angebot in Bremen und Bremerhaven in der grundsätzlich für beide Städte bewährten Struktur er-
405 halten. Wichtig sind uns insbesondere die ‚Übergänge‘, an denen niemand verloren gehen darf: Dazu werden wir nicht nur die
406 Jugendberufsagentur weiter und flächendeckend ausbauen. Wir wollen auch anregen, gemeinsam mit Kammern, Innungen
407 und Schulen ein Fach ‚berufliche Orientierung‘ zu schaffen, das die berufliche Vorbereitung insbesondere in den Oberschulen
408 stärken soll.
- 409
- 410 2.15 Inklusion ist ein wichtiges gesellschaftliches und damit auch bildungspolitisches Ziel. Für uns bleibt das Gelingen von
411 Inklusion aber an Bedingungen geknüpft: Wir treten erstens für eine Umsetzung von Inklusion da ein, wo die personellen
412 und die räumlichen Bedingungen vorhanden sind. Und wir wollen zweitens eine schulartenspezifische Entwicklung von Inklusi-
413 on, die die Kinder nach ihren Fähigkeiten pragmatisch in den Schulalltag so weit wie möglich integriert und mitnimmt. Wir wol-
414 len eine Inklusion, die die Schulen beteiligt, die von einem gemeinsamen Entwicklungsprozess getragen ist und die am Ende
415 die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt. Wir werden dazu die Eigenanstrengungen Bremens und Bre-
416 merhavens insbesondere in der Ausbildung von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen deutlich ausweiten. Und wir wol-
417 len die Schulen durch tatsächliche Sicherstellung der persönlichen Assistenz entlasten. Hierzu sind z.B. Verlässlichkeit in der
418 Ausstattung und mehr persönliche Kontinuität beim Übergang von Kita zur Schule wesentliche Beiträge.
- 419

420 2.16 Bildung ist in unserem föderalen System weitgehend Ländersache und damit wesentlicher Teil unserer durch die Selbstän-
421 digkeit gegebenen Eigenverantwortung. Die Akzeptanz ist für uns aber davon abhängig, dass ein Wettbewerb zum gegensei-
422 tigen Nutzen und zu einem faireren Vergleich führt. Aus unterschiedlichen finanziellen Rahmenbedingungen dürfen keine un-
423 terschiedlichen Chancen für Kinder erwachsen und aus unterschiedlichen Strukturen darf keine Unübersichtlichkeit werden. Aus
424 unterschiedlichen Bildungsstrukturen dürfen zukünftig auch keine Einschränkungen der beruflichen Mobilität mehr entstehen.
425 Wir unterstützen daher Bemühungen, durch weitergehende Rechte des Bundes Spielräume für mehr bildungspolitische
426 Qualität und Gemeinsamkeiten zu gewinnen. Wir wollen durch mehr Kooperation der norddeutschen Länder einen sichtba-
427 ren Beitrag dazu leisten, indem wir die Gründung einer gemeinsamen Institution anregen werden, die nicht nur in Richtung
428 von ‚mehr Gemeinsamkeit‘ arbeitet, sondern die durch Synergieeffekte Vereinfachungen und mehr Transparenz schafft und
429 am Ende auch finanzielle Mittel spart. Dazu soll die länderübergreifende Einrichtung handlungsorientiert Erfahrungen bün-
430 deln und insbesondere

431 2.16.1 gemeinsame Ziele für schulische Standards und Inhalte entwickeln sowie durch ein perspektivisch gemeinsames
432 Monitoring und vergleichbares Prüfungswesen sicherstellen,

433 2.16.2 die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer so vereinheitlichen sowie durch überregionale Expertise unterstützen,
434 dass der quantitative Bedarf gemeinsam befriedigt wird und die Qualifikationsanforderungen so gestaltet wer-
435 den, dass Lehrerinnen und Lehrer immer überall unterrichten können und dürfen,

436 2.16.3 schulische Strukturen empfehlen, die über Ländergrenzen hinweg anschlussfähig und transparent sind, und

437 2.16.4 Impulse für Innovationen an den Schulen z.B. in der Digitalisierung geben.
438

439 2.17 Die Digitalisierung ist für unsere Schulen gleichzeitig Herausforderung und Chance. Wir wollen sie nutzen, um Bremen
440 zu einem führenden Standort innovativer Bildung zu machen. Dieses bedeutet keine Abkehr von bewährten Methoden
441 oder Inhalten, sondern eine wichtige Ergänzung der Kulturtechniken. Digitalisierung ist dabei kein bloßer ‚Inhalt‘ oder ‚Fach‘,
442 sondern zum einen ein methodisches Unterrichtsmerkmal, das Unterrichtsgestaltung, Materialien und Kommunikation verän-
443 dert und nach unserer Auffassung schon in der Grundschule spielerisch eingeführt werden sollte. Digitalisierung kann
444 Lernen darüber hinaus unabhängiger machen von Raum und Zeit sowie Prüfungen und Dokumentation vereinfachen. Dazu
445 werden wir in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften einen Schwerpunkt bei Lehrmethoden legen, die digitale Mittel sys-
446 tematisch nutzen und einbeziehen. Wir wollen kooperative (digitale) Lernnetzwerke in den Kollegien fördern, die die Zu-
447 sammenarbeit und das Voneinander-Lernen unterstützen und die Schulen so zu ‚Lernenden Organisationen‘ entwickeln. Dazu
448 gehört auch, das Management und die Organisation der Schulen mit Hilfe digitaler Methodik auf eine neue zeitgerechte
449 Grundlage zu bringen. Unterrichts- und Personalplanung, schulinterne und –externe Kommunikation z.B. zu den Eltern,
450 schnelle Vertretungsregelungen oder ein für die Beteiligten transparentes digitales Klassenbuch müssen erste Schritte sein, die
451 weit schneller praktisch umgesetzt werden sollen, als das bisher beabsichtigt ist. Diese Entwicklung darf beim Klassenbuch aber
452 nicht enden, sondern muss sich über die gesamte Schulinfrastruktur entfalten: Angefangen bei flächendeckendem WLAN, unter-
453 stützendem Personal bis hin zu einer modernen Raum- und Arbeitsausstattung. Wir wollen die Überschaubarkeit Bremens in
454 diesem Sinne für eine schnelle Entwicklung nutzen. Bildung in Bremen muss ein Schrittmacher der Digitalisierung und da-
455 mit ein Standortfaktor werden. Dabei werden wir die Chancen und Möglichkeiten des ‚Digital-Paktes‘ konsequent nutzen und
456 sicherstellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund an digitaler Lehrmethodik teilhaben können.
457

458 2.18 Bildung ist zudem durch Internationalisierung gekennzeichnet. Wir wollen, dass Schulen außerschulische Lernorte of-
459 fensiv nutzen. Wir halten es für notwendig, dass Schulen lebenspraktisch orientiert sind und so ‚auf das Leben‘ vorbereiten. Wir
460 wollen dazu

461 2.18.1 den sinnvollen Einbau von digitalen Kommunikationsmitteln in den Unterricht und den Aufbau kritischer Medien-
462 kompetenz,

463 2.18.2 die offensive Nutzung des Erasmus-Programms, denn Europa und seine Menschen sind nicht nur ein Teil unserer
464 Identität, sie sind auch immer selbstverständlicher Dimension unseres Denkens und Handelns,

- 465 2.18.3 regelmäßige Besuche von- und Exkursionen zu anerkannten außerschulischen Lernorten (z.B. Gedenk- und Kul-
466 tureinrichtungen, aber auch allgemein- und landwirtschaftliche Betriebe) mehr für den Unterricht nutzen und
467 dieses für die Lehrkräfte organisatorisch vereinfachen,
468 2.18.4 wir wollen, dass externe Träger von Kompetenz und Erfahrung z.B. aus Wirtschaft, und Handwerk mehr als bis-
469 her ihr Wissen in der schulischen Unterrichtspraxis einbringen können,
470 2.18.5 Schulen ‚hin zum Stadtteil‘ öffnen und eine Nutzung für andere Träger der Bildung oder auch der Kultur ermög-
471 lichen mit dem Ziel, Schulen verstärkt zu Orten der Begegnungen und des Miteinanders werden zu lassen, und
472 2.18.6 in einen freiwilligen Ehrenamtag einbezogen werden, an dem Ehrenamtliche in den Schulen ihre Arbeit vorstel-
473 len und/oder Schülerinnen und Schüler ehrenamtliche Wirkungsstätten besuchen.
474
- 475 2.19 Die Wahrnehmung externer oder innovativer Bildungsangebote durch alle Schülerinnen und Schüler darf nicht am Geld
476 scheitern. Wir werden die Schulen so ausstatten, dass niemand aus finanziellen Gründen von der Nutzung digitaler und analog-
477 er Unterrichtsmedien sowie der Teilnahme an Klassenaktivitäten ausgeschlossen wird. Wir wollen hierfür aber auch die Leh-
478 rerinnen und Lehrer entlasten. Die entstehenden Kosten bei der Organisation, Begleitung und Teilnahme an schulinternen wie
479 -externen Unterrichtsvorhaben wollen wir mit fünfzig Euro pro Monat steuerfrei pauschal erstatten.
480
- 481 2.20 Viel zu wenig beachtet ist, dass das schulische System nicht nur aus öffentlichen, sondern auch aus Schulen in nicht öffentli-
482 cher Trägerschaft besteht. Für uns leisten die Schulen in freier Trägerschaft mit ihrem qualitativ hochwertigen Angebot einen
483 wichtigen und unverzichtbaren Beitrag nicht nur zur schulischen Versorgung in Bremen und Bremerhaven, sondern sind
484 auch Motor von pädagogischer Entwicklung und Innovation. Darüber hinaus ist wertzuschätzen, dass die Eltern nicht nur
485 einen finanziellen Beitrag zur schulischen Bildung ihrer Kinder leisten, sondern der schulische Alltag häufig ohne ihr ehrenamt-
486 liches Engagement gar nicht zu gewährleisten wäre. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die öffentliche Unterstützung dieser
487 Schulen so bemessen wird, dass Bestand und Entwicklung gewährleistet bleiben. Im Rahmen der finanziellen Besserstellung
488 der öffentlichen Schulen werden wir die Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft entsprechend beteiligen.

489

490 3. KINDER

491

- 492 3.1 In Bremen gibt es endlich wieder mehr Kinder. Wir wollen einerseits die Elternkompetenz und –verantwortung in der Erzie-
493 hung ihrer Kinder stärken, und, wo nötig, auch einfordern. Es ist uns andererseits ein besonderes Anliegen, dass die öffentli-
494 che Hand, etwa im Kita-Platzangebot, qualitativ und quantitativ endlich ihre Aufgaben und ihre Versprechen in Zusammenar-
495 beit mit Kita-Bremen, aber auch durch die Unterstützung durch freie und kirchliche Träger, einlöst und umsetzt. Für uns ist es
496 Ausdruck von Elternverantwortung, dass dieses Angebot, wenn nicht individuelle Gründe entgegenstehen, auch angenom-
497 men und Kindern der Besuch der Kita ermöglicht wird. Diese gemeinsame Verantwortung ist ein Kinderrecht, das in der UN-
498 Kinderrechtskonvention verbrieft ist und Maßstab unseres Handelns sein muss. Und wir wollen dazu nicht nur jedem Kind einen
499 Kita-Platz garantieren, wir wollen diese als Bildungseinrichtungen mit ständig zunehmender Bedeutung wertschätzen
500 und weiterentwickeln. Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes, durch das ‚Gute-Kita-Gesetz‘ auch Bremen und Bremer-
501 haven bei der Umsetzung dieser zentralen Zukunftsaufgaben zu stärken. Wir werden die Möglichkeiten dieser neuen Rechtsla-
502 ge, z.B. hinsichtlich der von uns für unsere beiden Städte durchgesetzten Beitragsfreiheit, offensiv nutzen und in einem Lan-
503 desgesetz durch verbindliche Standards für Qualität und Angebotsbreite, Finanzierung und Ausstattung für Bremen und
504 Bremerhaven verbindlich und transparent ausgestalten. Um den vorschulischen Charakter des Kita-Besuches zu unterstreichen
505 und zu realisieren, werden wir das letzte Kita-Jahr verbindlich gestalten.
506
- 507 3.2 Die Bedeutung der Familien für die Gesellschaft muss sich auch in einem veränderten Behördenhandeln widerspiegeln. Da-
508 zu müssen nach unserer Auffassung familiennahe Dienstleistungen des Staates in einem ersten Schritt mindestens innerhalb

509 der gesetzlich vorgeschrieben Zeit bearbeitet und beschieden werden. Probleme insbesondere in der Elterngeldstelle, der El-
510 ternbeitragsstelle, der Wohngeldstelle beim Unterhaltsvorschuss oder beim Standesamt gehen am Ende zu Lasten der Familien
511 und hier insbesondere zu Lasten der Jüngsten und sind nicht länger akzeptabel. Durch prioritäre Reorganisation und Digitali-
512 sierung wollen wir in einem zweiten Schritt diese Bereiche so weit wie möglich zusammenfassen, die Antragsstellung verein-
513 fachen und den Datenfluss zu Gunsten der Bearbeitungszeiten standardisieren und beschleunigen.

514

515 3.3 Unser Ziel bleibt es, die Organisation von Wahl, Anmeldung und Finanzierung durch den ‚Kita-Gutschein‘ transparenter, di-
516 reakter und einfacher zu gestalten und damit von der objekt- hin zur Kindesbezogenen Förderung umzustellen. Diese Verände-
517 rungen wollen wir inhaltlich zu einer Entwicklung von weniger ‚Betreuung‘ hin zu mehr (vorschulischer) Bildung nutzen,
518 denn vorschulische Bildung ist für uns der zentrale Ansatz, Defizite in der frühkindlichen Erziehung früher entgegenzutreten
519 und so die Voraussetzungen für mehr Bildungschancen und –gerechtigkeit unabhängiger als bisher von Herkunft und
520 sozialem Umfeld zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir das Angebot so gestalten, dass es einen zeitgemäßen Beitrag zur besse-
521 ren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu mehr Unabhängigkeit insbesondere der Frauen in ihrer Lebensplanung
522 führt. Dazu wollen wir

523 3.3.1 einen durchgängigen Betreuungs- und Bildungsanspruch in der Kita und der (Ganztags-) Schule verbindlich und
524 flächendeckend aufwachsend ab 2020 sicherstellen,

525 3.3.2 eine ganzjährige Aufnahme in Kindertageseinrichtungen gewährleisten. ‚Platzsharing‘, wo gewünscht, ermögli-
526 chen und eine ganzjährige Anpassung der Aufenthaltszeiten an die tatsächlichen Bedürfnisse der Familien ein-
527 führen,

528 3.3.3 in allen Stadtteilen Angebote entwickeln und mit konkreten Platzzahlen unterlegen, die Aufenthaltszeiten in der
529 Kita außerhalb der sonst üblichen Öffnungszeiten und am Wochenende beinhalten,

530 3.3.4 insbesondere die Kita’s in sog. sozialen Brennpunkten weiter stärken und dafür sorgen, dass die durch die Inklus-
531 sion entstandenen zusätzlichen personellen Bedarfe an der tatsächlichen Zahl der Kinder bemessen werden, und

532 3.3.5 zur Absicherung der Qualität der Kita-Arbeit auf der Grundlage verbindlicher Kriterien und in Zusammenarbeit
533 mit den Kita-Trägern einen unabhängigen ‚Kita-Tüv‘ in Bremen und Bremerhaven einführen.

534

535 3.4 Frühkindliche Bildung und -betreuung wird in großem Umfang durch Tagespflegepersonen wahrgenommen. Es ist für uns ein
536 Ausdruck von Anerkennung dieser unverzichtbaren Arbeit, dass Tarifierhöhungen und Anpassungen für andere Tagesbetreu-
537 ungseinrichtungen zukünftig vollumfänglich und zeitgleich für diesen Bereich übernommen wird. Das Vergütungsmodell für
538 Tagespflegepersonen muss so weiterentwickelt werden, dass ein Einkommen mindestens auf der Grundlage des Mindest-
539 lohnes erzielt werden kann, und mobile oder zu besonderen Zeiten geleistete Dienste gesondert honoriert werden. Darüber
540 hinaus wollen wir auch das Angebot der Qualifizierung sowie der Fortbildung für die hier Tätigen erweitern und finanziell
541 unterstützen.

542

543 3.5 Kinder und Jugendliche brauchen Platz. Wir wollen dazu sichere und saubere Plätze zum Spielen, Räume mit Aufent-
544 haltsqualität etwa für gemeinsame Aktivitäten oder auch für gemeinschaftliche sportliche Interessen. Wir wollen insbesondere

545 3.5.1 den Zustand öffentlicher Spielflächen durch auskömmlich finanzierte Pflege und Instandhaltung, aber auch durch
546 verstetigte Kontrollen verbessern, in die wir auch die privat-hausnahen Spielflächen einbeziehen werden,

547 3.5.2 die Unterfinanzierung der Jugendeinrichtungen beenden und das Konzept zur ‚offenen Kinder- und Jugendar-
548 beit‘ mit mindestens 20% mehr an finanzieller Unterstützung als bisher auskömmlich ausstatten, und

549 3.5.3 die eigenverantwortliche Arbeit der Jugendverbandsarbeit stärken, durch eine Ehrenamtskarte speziell für Ju-
550 gendliche honorieren und den internationalen Rahmen zukünftiger Jugendarbeit fördern.

551

552 3.6 Unser Ziel ist ein familienfreundliches Bremen und Bremerhaven. Hierzu wollen wir je ein Familienzentrum in der Mitte
553 unserer Städte mit einem niedrigschwelligem Angebot für alle Lebenslagen unter einem Dach einrichten. Dadurch soll einerseits
554 Familienförderung als Querschnittsthema zusammengeführt, die ‚Wege‘ verkürzt und die ‚Reichweite‘ von Beratung erhöht

555 werden. Andererseits wollen wir möglichst viele öffentliche und nichtöffentliche soziale Träger unter einem Dach zusammen-
556 führen, um die Effektivität und Transparenz der Angebote zu verbessern und zu bündeln.

557

558 3.7 Wir wollen, dass Eltern und öffentliche Einrichtungen, nicht zuletzt das Jugendamt, eine gelingende Kindeserziehung ge-
559 währleisten, die die Interessen der Kinder im Zweifel prioritär im Auge hat. Wenn den Eltern dieses in diesem Sinne nicht
560 oder zeitweise nicht gelingt, ist ein konsequentes Eingreifen des Staates unerlässlich. Kindeswohlgefährdung durch Gewalt,
561 Missbrauch, Drogen oder soziale Vernachlässigung sind völlig inakzeptabel und müssen so schnell wie möglich beendet werden.
562 Wir wollen Eltern dahingehend unterstützen und notfalls mit den Mitteln des Staates durchsetzen, dass Kinder in einer drogen-
563 freien Umgebung aufwachsen können, zugeneigte Betreuung erhalten und stets eine den Bedürfnissen von Kindern entspre-
564 chende Versorgung, gesundheitliche Fürsorge und Ernährung sichergestellt ist. Dazu werden wir einerseits das Jugendamt so
565 strukturieren und personell ausstatten, dass es den eher zunehmenden Herausforderungen jederzeit gerecht werden kann.
566 Andererseits werden wir nachdrücklich die wertvolle ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich, z.B. des Kinderschutzbun-
567 des, unterstützen, deren Angebote zur Hilfe für Kinder und Jugendliche unverzichtbar geworden sind.

568

569 3.8 Zum Schutze des Kindeswohles werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Schließung von Kinderehen zu verhin-
570 dern. Für den Fall, dass es dafür schon zu spät sein sollte, setzen wir alles daran solche widerrechtlich geschlossenen Ehen auf-
571 zuheben und die Kinder aus der Ehegemeinschaft herauszuholen.

572

573 4. VERKEHR UND MOBILITÄT

574

575 4.1 Insbesondere in der Verkehrspolitik zeigt sich: Wir haben nicht nur ein Defizit in der zukunftsorientierten Planung und
576 Konzeption moderner Verkehrsführung, neuer Formen der Mobilität oder der Einbindung neuer digitaler Möglichkeiten,
577 sondern bereits in der Umsetzung längst beschlossener Maßnahmen geht es zögerlich oder gar nicht voran. Dieses gilt nicht
578 nur für den bereits 2014 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan, den wir unterstützen, sondern auch z.B. für den insbeson-
579 dere für die Wirtschaftsverkehre und die verkehrliche Innenstadtentwicklung so wichtigem Ringschluss der A281. Aber es gilt
580 nicht nur für ‚neue‘ Vorhaben und Projekte; auch unsere vorhandenen Straßen, Brücken und Wege sind in einem inakzep-
581 tablen Zustand. Die Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur und ihre bedarfsorientierte Entwicklung sind des-
582 halb gemeinsam mit einer zukunftsorientierten (digitalen) Steuerung der Verkehre zentrale politische Aufgaben der vor
583 uns liegenden Zeit und damit wichtige Bestandteile einer auf Modernität und Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadtentwicklung
584 im Allgemeinen.

585

586 4.2 Wir werden deshalb Schluss machen mit einer einseitigen und ideologischen Verkehrspolitik, die verschiedene Bedarfs-
587 und Verkehrsträger gegeneinander ausgespielt und die Prioritäten der einen Verkehrsteilnehmer zu Lasten anderer Verkehrs-
588 teilnehmer organisiert hat. Unsere Verkehrspolitik wird sich pragmatisch an den Belangen der Menschen und der Wirt-
589 schaft orientieren und wird sowohl nach Verträglichkeit als auch nach Kriterien der Leistungsfähigkeit organisiert. Auf der
590 Grundlage eines neuen Bremischen Mobilitätsgesetzes werden wir Grundsätze zur gerechten Gestaltung von Straßenräumen
591 und insbesondere zur Finanzierung von Sanierung und Neubau verlässlich und transparent regeln. Dazu werden wir sofort eine
592 Prioritätenliste erstellen, um den Sanierungsstau auf Bremens Straßen nach fachgerechten Kriterien gezielt abbauen zu
593 können und dieses in ein ganzheitliches (d.h. alle Verkehrsträger berücksichtigendes) Sanierungskonzept überführen, das wir
594 bis 2030 abarbeiten werden. Darüber hinaus werden wir die Behörden so ausstatten, dass sie sowohl den berechtigten Inter-
595 essen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Aufgaben z.B. in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem
596 Bund, schneller als bisher gerecht werden können.

597

598 4.3 Die Steuerung des Verkehrs und die Vermeidung von Staus in Bremen und Bremerhaven sind ebenso wichtig wie der bauliche
599 Zustand der Straßen und Brücken in unseren Städten. Hierzu werden wir

- 600 4.3.1 dass Baustellenmanagement und die Koordination mit den niedersächsischen Nachbarn auf eine neue Grundlage
601 stellen und auch die entsprechende Kommunikation in die Bevölkerung und in die Wirtschaft verbessern,
602 4.3.2 die Ampelschaltungen an hochfrequentierten Kreuzungen bedarfsgerechter und tageszeitabhängig unter Nut-
603 zung moderner digitaler Mittel ‚intelligent‘ und ‚dynamisch‘ anpassen,
604 4.3.3 Genehmigungsverfahren, z.B. auch im Schwerlastverkehr, verschlanken, schneller und kundenorientierter gestal-
605 ten, und
606 4.3.4 ein neues Parkleitsystem auf den Weg bringen, das unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten Suchverkehre so
607 weit wie möglich einschränkt und zu einer bequemen Zahlung ggf. anfallender Gebühren genutzt werden kann.
608
- 609 4.4 Eine moderne und alle Verkehrs- und Bedarfsträger gleichberechtigt berücksichtigende Lenkung der Verkehre kann nur durch
610 eine offensive Nutzung digitaler Mittel der Steuerung verwirklicht werden, die die Verkehre ganzheitlich erfasst, innova-
611 tiv und bedarfsorientiert lenkt und die verschiedenen Träger der Mobilität intelligent verknüpft. Wir wollen zum einen Rei-
612 se- und Lieferzeiten verkürzen sowie zum anderen das ‚Unterwegs-Sein‘ sicherer und stressärmer als bisher gestalten. Wir wol-
613 len, insbesondere in den Innenstädten, durch eine Reduzierung der (Such-) Verkehre durch digitale Mittel einerseits für mehr
614 Effektivität und Zeitersparnis sorgen, hierdurch aber andererseits auch zu einer Reduzierung des Schadstoffausstoßes
615 und Ressourcenverbrauchs beitragen. In einem ersten Schritt wollen wir eine verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsplatt-
616 form im Internet einrichten und diese über eine ‚App‘ anwenderfreundlich auch ‚unterwegs‘ nutzbar machen. Diese soll nicht
617 nur Verkehrsnachrichten enthalten und über die Verfügbarkeit von Parkraum in Echtzeit Auskunft geben.
618
- 619 4.5 Wir werden die Verkehrssicherheit in Bremen und Bremerhaven steigern. Dazu werden ‚Altfahrzeug- und Fahrradschrott‘
620 konsequent aus dem öffentlichen Raum entfernt und die notwendigen verkehrsregelnden Einrichtungen und Zeichen besser
621 gepflegt. Verkehrsüberwachung muss insbesondere vor Kindergärten und Grundschulen, aber auch vor Seniorenwohnheimen,
622 erkennbarer als bisher einen Schwerpunkt bilden. Insbesondere der Winterdienst liegt uns am Herzen: Wir werden ihn so aus-
623 stellen und steuern, dass er zeitgerecht seinen Auftrag erfüllen kann. Schließlich ist uns wichtig, Verkehrssicherheit aus dem
624 besonderen Blickwinkel von Menschen mit Behinderungen und/oder Mobilitätseinschränkungen zu sehen: Wir werden konse-
625 quent und überall dort, wo notwendig, Fuß- und Radwege sicherer gestalten, insbesondere aber Straßenquerungen barri-
626 erefrei ausbauen. Wir wollen
- 627 4.5.1 die Anzahl bekannter Unfallschwerpunkte reduzieren und sich ergebende neue schneller als bisher identifizieren
628 und entschärfen,
629 4.5.2 insbesondere für ältere Menschen, für Fußgänger und Radfahrer, sowie für Menschen mit Behinderungen Wege
630 so gestalten oder (wieder) herstellen, dass sie ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werden und ihre Mobilität
631 erhalten, bzw. sicher ermöglicht wird, und
632 4.5.3 Verkehrgefährdungen und Beeinträchtigungen der Sicherheit insbesondere durch Raser, gefährdendes Parken,
633 Autokorsos und Rotlichtverstöße entschieden entgegenzutreten und polizeiliche Kontrollen zu diesem Zwecke ver-
634 stärken.
635
- 636 4.6 Wir müssen in der Umsetzung verkehrlicher Entwicklung einfach schneller werden. Die Planung und Realisierung von
637 Verkehrsprojekten ist für Wirtschaftsstandorte wie Bremerhaven und Bremen, in denen Häfen, Transport und Logistik wichtige
638 Branchen sind, nicht nur für das bestehende Gewerbe von größter Bedeutung. Auch für die Neuansiedlung von Unternehmen
639 oder die Erschließung von neuen Standorten ist die zeitgerechte und leistungsfähige Anbindung eine wesentliche Vorausset-
640 zung. Dazu werden wir
- 641 4.6.1 das LKW-Führungsnetz auf leistungsfähige Routen konzentrieren,
642 4.6.2 dem Erhalt der Belastbarkeit der Brücken, zum Beispiel im Zuge der A1 und der B75, ein besonderes Augenmerk
643 geben,
644 4.6.3 die Anbindung des- und an das Umland verbessern, wofür der Anschluss von Delmenhorst an die B212n zur wei-
645 ter erleichterten Erreichbarkeit des Güterverkehrszentrums (GVZ) ein Beispiel ist,

- 646 4.6.4 Projekte mit überregionaler Bedeutung, wie z.B. die Fertigstellung der Cherbourger Straße und des Hafentunnels
647 in Bremerhaven oder der Anbindung des GVZ an die A281 und den Wesertunnel, mit Priorität verfolgen,
648 4.6.5 den (Aus-) Bau der A20 als wichtige Hinterland- und Gewerbegebietsanbindung Bremerhavens so schnell wie
649 möglich realisieren, und
650 4.6.6 der Entwicklung eines Konzeptes zur City Logistik für die ‚letzte Meile‘ (z.B. durch Lastenfahräder) und der bes-
651 seren Steuerung von Ladeverkehren im innerstädtischen Bereich neue und auch kreativ-innovative Impulse ge-
652 ben.
653
- 654 4.7 Einen Handlungsschwerpunkt sehen wir im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), denn nur mit einem
655 nutzerfreundlichen und flächendeckenden Ausbau des Bahn- und Busnetzes können Bremen und Bremerhaven wachsen.
656 Eine gute Anbindung an den regionalen und überregionalen ÖPNV ist gleichermaßen von Bedeutung für die Anbindung von
657 Gewerbe- und Wohngebieten, wie für Menschen, die aus dem Umland zum Arbeiten oder in der Freizeit zu uns kommen. Dazu
658 werden wir
- 659 4.7.1 im Rahmen eines Landesprojektes allen Schülerinnen und Schülern ab Klasse fünf an allgemeinbildenden und
660 beruflichen Schulen bis zum 21. Lebensjahr, ein kostenloses Monatsticket zur Verfügung stellen,
661 4.7.2 durch die Vernetzung von Verkehrssystemen und die Kombination von unterschiedlichen Verkehrsträgern Ver-
662 kehrsflüsse und die Verfügbarkeit von Transportmöglichkeiten verbessern,
663 4.7.3 eine ‚Bremen-Karte‘, die als zentrales Zugangs- und Zahlungsmittel für Busse und Bahnen, CarSharing und
664 Parkhäuser dienen soll, gemeinsam mit den Beteiligten auf den Weg bringen,
665 4.7.4 für periphere Bereiche unserer Städte Shuttle-Bussysteme erproben,
666 4.7.5 hochfrequentierte Park- & Ride-Plätze wo möglich ausbauen und einem erkennbar gestiegenen Bedarf anpassen,
667 4.7.6 insbesondere die Bus- und Bahnlinien mit überregionalen Anschlüssen an das Umland ausbauen,
668 4.7.7 die ÖPNV-Anbindung ‚neuer‘ Stadtteile z.B. in der ‚Überseestadt‘ vorantreiben,
669 4.7.8 besondere Zielgruppen in besonderen Lebenssituationen wie z.B. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen mit
670 maßgeschneiderten Konditionen im Tarifsystem und regionalen Angeboten gezielt entgegenkommen, aber auch
671 Kinder- und Familienfreundlichkeit im Tarifsystem, z.B. durch ein Kurzstreckenticket für Kinder, verwirklichen,
672 4.7.9 den ÖPNV ökologischer aufstellen, indem wir die Busse der BSAG und der BremerhavenBus schrittweise auf
673 Elektroantrieb oder andere regenerative Energieträger umstellen,
674 4.7.10 WLAN in allen Bussen und Bahnen in Bremen und Bremerhaven bereitstellen,
675 4.7.11 die Planungen für die Verlängerung der Linie 2 oder 10 über Sebaldsbrück nach Osterholz/ Weserpark abschlie-
676 ßen und mit den ersten Baumaßnahmen beginnen,
677 4.7.12 eine (Straßenbahn-) Eckverbindung von Sebaldsbrück über die Vahrer Straße und die Bürgermeister-Spitta-Allee
678 nach Bremen-Horn schaffen,
679 4.7.13 die Verlängerung der Linien in Huchting und die einer von Gröpelingen bis nach Burg realisieren, und
680 4.7.14 ‚neue Wege‘ auch im ÖPNV, z.B. durch eine Seilbahn oder regelmäßige schnelle Fährverbindungen auf der We-
681 ser, gehen.
682
- 683 4.8 Wir wollen den Radverkehr als eine nicht nur die Mobilität, sondern auch die Gesundheit fördernde und die Umwelt
684 schonende Verkehrsart infrastrukturell ausbauen und dabei auch die durch E-Bike’s und Pedelec’s gestiegenen Anforde-
685 rungen berücksichtigen. Dazu werden wir
- 686 4.8.1 dort wo sich viele Menschen aufhalten, arbeiten oder einkaufen, zur Verbesserung der Ordnung und Sicherheit,
687 Fahrradabstellbügel genauso selbstverständlich wie PKW-Stellplätze vorsehen,
688 4.8.2 die Sicherheit für den Radverkehr verbessern, indem wir z.B. bei Ampelkreuzungen den Radverkehr immer mit-
689 berücksichtigen und Querungsmöglichkeiten von stark befahrenen Straßen für den Fahrradverkehr bauen,
690 4.8.3 den Radverkehr zu einer festen Größe in der Planung und Realisierung von Straßenbaumaßnahmen machen. So
691 werden, wo immer möglich, bei Neubauten, Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen von Straßen

692 zeitgleich die Wege für den Fahrradverkehr gebaut oder auf einen zeitgemäßen Stand gebracht. Ein Beispiel da-
693 für ist für uns die langjährige Forderung nach einem Fahrradweg an der Brokhuchtinger-Landstraße, und
694 4.8.4 auch ‚kreative‘ Ideen ‚im Kleinen‘ zulassen und realisieren, die in ihrer Summe verkehrsentlastende und um-
695 weltschonende Effekte erzielen. Ein Beispiel: Wir werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen
696 Dienst ermöglichen, im Rahmen der Entgeltumwandlung Dienstfahräder zu leasen, die auch privat genutzt wer-
697 den können.
698

699 4.9 Es bleibt ein wichtiges Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlegen. Bremen ist als logistischer Standort insbesondere auf
700 die Seehafenhinterlandverkehre und als Knotenpunkt in der Metropolregion auf eine leistungsfähige Schienenanbindung in al-
701 le Richtungen angewiesen. Wir setzen uns gemeinsam mit Niedersachsen beim Bund und bei der Deutschen Bahn für einen
702 schnellen Ausbau der Bahnstrecken zwischen Bremerhaven, Bremen, Hamburg und Hannover unter Berücksichtigung eines
703 angemessenen Lärmschutzes (insbesondere im Verlauf von Wohngebieten) ein, um mehr Güter von und zu unseren Seehäfen
704 über die Schiene transportieren zu können und um gleichzeitig für die Menschen in unserer Region ein attraktives Netz der
705 Verbindung per Bahn erhalten zu können. Zugleich wollen wir dadurch die Möglichkeit schaffen, mehr Züge auf den Linien der
706 Regio-S-Bahn fahren zu lassen und Bremerhaven besser an den ICE-Verkehr anzubinden. Zur Entlastung der ‚Engstelle‘ zwi-
707 schen Bremen-Hauptbahnhof und Bremen-Burg wollen wir die Planung eines dritten Gleises einleiten. Gleichzeitig wollen wir
708 die Attraktivität des Angebotes steigern. Dazu gehört nach unserer Auffassung nicht nur mehr Sauberkeit und Ordnung auf
709 Bahnhöfen und in den Zügen, sondern z.B. auch eine bedarfsgerechte Gestaltung von Halteplätzen: Deshalb werden wir
710 in Grambke und an der Bremer Universität zwei neue SPNV-Haltestellen einrichten.

711

712 5. WIRTSCHAFT

713

714 5.1 Die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven ist das Fundament für Wohlstand, Arbeitsplätze und selbsterwirtschaftetes
715 Steueraufkommen. Unser Ziel ist es, für Bremen und Bremerhaven ein schnelleres und nachhaltiges wirtschaftliches
716 Wachstum, eine deutlichere Reduzierungen der Arbeitslosigkeit und mehr und zukunftssichere nationale und internationale
717 Konkurrenzfähigkeit zu erreichen. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung, die, aufbau-
718 end auf bestehende Stärken und Netzwerke, die Herausforderungen durch eine globalisierte Welt und die Digitalisierung of-
719 fensiv in Chancen für unsere regionale Wirtschaft und sichere, vorzugsweise sozialversicherungspflichtige und zusätzliche
720 Arbeitsplätze insbesondere auch im Mittelstand umsetzt. Wir wollen dazu eine vorausschauende Flächenpolitik, die nach-
721 haltig wirtschaftskraftstärkende Ansiedlungen jederzeit ermöglicht, eine Verkehrsinfrastruktur, die die wirtschaftsbedingten
722 Verkehre gerade an einem Standort mit zwei Häfen intelligent lenkt, gerechte steuerliche Bedingungen, die Unternehmen nicht
723 schlechter als im Umland stellen, eine Wissenschaftsstruktur, die mit der Wirtschaft insbesondere bei technologischen Innovati-
724 onen eng kooperiert und eine wirtschaftsfreundliche Kultur, die in der Verwaltung Gründergeist fördert und unterstützt. Da-
725 bei wollen wir mehr als bisher Kompetenzen bündeln: Es gilt der Grundsatz ‚Privat vor Staat‘, Kooperationsmöglichkeiten z.B.
726 in Form von sog. ÖPP-Projekten, die die Planung und Realisierung deutlich beschleunigen können, wollen wir z.B. bei der Ge-
727 werbeflächenentwicklung oder bei gemeinsamen Infrastrukturprojekten zum gegenseitigen Nutzen einsetzen.

728

729 5.2 Für ansässige wie für ansiedlungswillige oder auf Expansion ausgerichtete Unternehmen ist eine transparente Flächenpolitik
730 von entscheidender Bedeutung, die nicht nur Bestandsflächen planungsrechtlich absichert, sondern insbesondere um eine
731 angebotsorientierte und offensive Gewerbeflächenpolitik ergänzt. Im Rahmen der Flächenpolitik bedarf es eines verbesserten
732 Austausches der beiden Städte des Landes und mehr Gemeinsamkeit von Bremen und Bremerhaven. Wir wollen die jährliche
733 Erschließungsleistung der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens vierzig Hektar erhöhen und eine Dispositionsreserve von
734 einhundertfünfzig Hektar gewährleisten. Dazu wollen wir im einzelnen

- 735 5.2.1 eine beschleunigte Erschließung der restlichen Bereiche des Gewerbeparks ‚Hansalinie‘, des Bremer Industrie-
- 736 parks und des GVZ insbesondere für großflächige Ansiedlungen,
- 737 5.2.2 die Erweiterung der Gewerbegebiete ‚Airport-Stadt‘ und ‚Bayernstraße‘,
- 738 5.2.3 eine zügige Entwicklung kleinteiligerer Gewerbeflächenangebote an den Gewerbestandorten ‚Farge-Ost‘, ‚Bre-
- 739 merer Woll-Kämmerei‘, ‚Steindamm‘, ‚Bremer Industrie-Park‘, ‚Überseestadt-Hafenkante-Nord‘, ‚Reedeich/ Gü-
- 740 terverkehrszentrum‘ und ‚Nusshorn‘, sowie
- 741 5.2.4 eine gemeinsame Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes ‚Achim-West‘ zusammen mit der Gemein-
- 742 de Achim bei fairer Lasten- und Erlösteilung.
- 743
- 744 5.3 Günstige und förderliche Rahmenbedingungen haben in der deutlich gestiegenen nationalen und internationalen Konkur-
- 745 renz um ansiedlungswillige Unternehmen an Bedeutung gewonnen. In Zeiten höherer Mobilität ist es jedoch ebenso wichtig,
- 746 die Bedingungen für am Standort bestehende Unternehmen günstig zu halten. Dazu gehört für uns
- 747 5.3.1 eine Weiterentwicklung des Landesinvestitionsprogramms insbesondere zugunsten der Klein- und Kleinstunter-
- 748 nehmen,
- 749 5.3.2 eine Zusammenführung der Service- und Verwaltungsdienstleistungen der Stadt, z.B. zur Verbesserung des
- 750 Standort- und Städtemarketings mit dem Ziel, die positiven Seiten und Stärken Bremens und Bremerhavens
- 751 mehr als bisher zu betonen und herauszustellen,
- 752 5.3.3 eine Schließung von Breitbandlücken und eine Gewährleistung von 100 Mbit/s in Gewerbegebieten bis spätes-
- 753 tens 2022,
- 754 5.3.4 die Entschlackung rechtlicher Vorgaben wie z.B. des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes, das wir mit ei-
- 755 ner zentralen Vergabestelle und einer digitalen Vergabepattform modernisieren werden,
- 756 5.3.5 Wertschätzung und Unterstützung insbesondere gegenüber familiengeführten und/oder kleineren- und mittel-
- 757 großen Betrieben,
- 758 5.3.6 eine Überprüfung und Anpassung von gewerblich zu zahlenden Steuern mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit
- 759 mit dem Umland nicht zu verlieren, sowie
- 760 5.3.7 eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses, u.a. durch ge-
- 761 eignete Beratungs- und (Fort-) Bildungsangebote, sowie Maßnahmen zur Unterstützung von Hinzuziehenden
- 762 (ggf. einschließlich ihrer Familien).
- 763
- 764 5.4 Wirtschaft lebt von Innovation. Diese manifestiert sich nicht nur in technologischer Entwicklung, sondern auch durch Grün-
- 765 dergeist und Mut zur Selbständigkeit. Dafür zentral ist nicht nur wissenschaftlicher Transfer, sondern z.B. eine Hochschul-
- 766 kultur, die hierzu anregt, qualifiziert und motiviert. Die hier bereits bestehenden Bemühungen und Initiativen wollen wir un-
- 767 terstützen, wo möglich weiter ausbauen und dem entgegenstehende bürokratische Hindernisse abbauen. Dazu werden wir z.B.
- 768 5.4.1 hochschulnahe Gründerzentren unterstützen und beispielsweise die Machbarkeit eines ‚Start-Up-Zentrums‘ im
- 769 Technologiepark Bremen prüfen, in dem die ‚STARTHAUS-Initiative‘ zu einem echten ‚Inkubator‘ weiterentwickelt
- 770 wird und Förderung, Kreativität und technologische Kompetenz zusammengeführt werden,
- 771 5.4.2 einen Bremer Start-Up-Fonds, an dem sich Banken, Versicherungen oder auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen
- 772 können, anregen,
- 773 5.4.3 die bestehende Beratungsförderung für Digitalisierungsmaßnahmen (in kleineren und mittleren Unternehmen)
- 774 stärker bewerben und um ein Programm zur Förderung neuer digitaler Geschäftsmodelle, insbesondere in
- 775 Dienstleistungsunternehmen, ergänzen,
- 776 5.4.4 öffentlich-private Kooperationen und Anlaufstellen für den digitalen Wissenstransfer unterstützen, sowie
- 777 5.4.5 die Einwerbung überregionaler Förderung z.B. im Rahmen des (europäischen) EFRE-Beteiligungsprogramms
- 778 ausweiten.
- 779
- 780 5.5 Bei der Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes wollen wir an bestehende Stärken anschließen. Neben dem Handel oder
- 781 dem Reedereigeschäft, die als Wirtschaftszweige in Bremen eine besondere Tradition haben und die Identität unserer Städte

782 maßgeblich mitgeprägt haben, setzen wir dabei auch zukünftig mit den ‚Clustern‘ ‚Luft- und Raumfahrttechnik‘, ‚Windenergie‘, ‚Maritime Wirtschaft/ Logistik‘ und ‚Automotive‘ Schwerpunkte mit überregionaler Bedeutung und Ausstrahlung. Diese
783 aber werden wir durch Neuaufbau und Ergänzungen durch ‚neue‘ themenbezogene Cluster und Technologiernetzwerke er-
784 weitern. Auch um die überregionale Konkurrenz bestehen zu können und um zukünftige Herausforderungen für den ganzen
785 Wirtschaftsstandort aufzunehmen, spielen dabei die Gesundheitswirtschaft/ ‚Life Science‘, die ‚künstliche Intelligenz/ Robotik‘,
786 die ‚Digitalisierung‘ und die Entwicklung und Nutzung ‚innovativer Materialien‘ besondere Rollen. Darüber hinaus wollen wir
787 z.B.

789 5.5.1 die Cluster-Strategie und bestehende Cluster auf den Prüfstand stellen und neue Ideen und Potentiale wettbe-
790 werbsorientiert erschließen,

791 5.5.2 Zuschüsse bei der Forschungs- und Innovationsförderung auch außerhalb der drei Innovationscluster ermöglichen
792 und dabei insbesondere einen Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen setzen, und

793 5.5.3 eine ‚Smart-City-Strategie‘ mit Demonstrations- und Leuchtturmvorhaben konzipieren und umsetzen, in dem
794 Projekte z.B. zum autonomen Fahren, für intelligente Verkehrs- und Energiekonzepte oder für das ‚Internet der
795 Dinge‘ sichtbar und beispielhaft umsetzbar gemacht werden.
796

797 5.6 Hotellerie und Gastronomie sind darüber hinaus immer mehr wachsende Wirtschaftszweige, die nicht nur für den Tagesbesu-
798 cher mit beruflichem Hintergrund von Bedeutung sind, sondern die im Rahmen eines zunehmenden Städtetourismus und ei-
799 ner erhöhten Mobilität aller Generationen mit Ausschlag gebend sind für die Attraktivität, den ‚Freizeitwert‘ und die Anzie-
800 hungskraft unserer beiden Städte. Wir wollen die Dynamik in der Entwicklung des Tourismus und die darin für Bremen und
801 Bremerhaven liegenden wirtschaftlichen Potentiale offensiver als bisher nutzen, Übernachtungszahlen steigern und so auch
802 die Umsätze in anderen Bereichen von Gewerbe und Handel mit steigern. Wir wollen dazu Identität, Sehenswürdigkeiten und
803 touristische Alleinstellungsmerkmale von Bremen und Bremerhaven noch deutlicher und profilierter herausstellen und hierzu
804 die Zusammenarbeit im Städtemarketing stärken. Kulturelle Angebote, Möglichkeiten des Einkaufens, insbesondere in den In-
805 nenstädten, sowie alle Bereiche der Mobilität in und nach Bremen und Bremerhaven müssen mehr als bisher auch auf auswer-
806 tige Besucher ausgerichtet sein. Zur Förderung der touristischen Mobilität in der Verbindung unserer beiden Städte wollen wir
807 zwischen den beiden Hauptbahnhöfen ein preislich speziell gestaltetes und möglichst günstiges Tagesticket anregen.
808

809 5.7 Der Flughafen Bremen erfüllt mit seiner gut erreichbaren innenstadtnahen Lage und den schnellen Verbindungen zu nationa-
810 len und internationalen Metropolen und Luftverkehrsdrehkreuzen, eine wichtige Aufgabe für die Menschen, insbesondere aber
811 auch für die Wirtschaft in unserem Land und der Region Nordwest. Zudem ist er als Werksflughafen für den Bremer Air-
812 busstandort unverzichtbar. Hinzukommen attraktive touristische Flugziele, die den Bremer Flughafen auch bei Urlaubsreisen
813 beliebt machen. Wir wollen den Bremer Flughafen in seiner Funktionalität erhalten und seine Attraktivität für Flugreisende
814 und Luftverkehrsgesellschaften ausbauen. Insbesondere auch für Städtereisende ist die Nähe zur ‚City‘ und ihren Sehens-
815 würdigkeiten ein Alleinstellungsmerkmal, das es gezielter als bisher zu nutzen gilt. Dazu ist es allerdings notwendig, den auch
816 hier aufgelaufenen Sanierungsstau, insbesondere bei Lande-, Rollbahn und Abstellflächen, gemeinsam mit der Flughafenge-
817 sellschaft und den Bedarfsträgern schnellstmöglich aufzulösen.
818

819 5.8 Besonders am Herzen liegt uns das Handwerk in Bremen und Bremerhaven. Es nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor mit un-
820 gebrochen besten Zukunftsperspektiven und unverzichtbarer Dienstleister für die Bevölkerung, es ist insbesondere ein Wirt-
821 schaftszweig mit besonderer Bedeutung für die berufliche Ausbildung junger Menschen, der, darauf aufbauend, für viele
822 Menschen in unseren Städten qualifizierte, sichere und anspruchsvolle Arbeitsplätze schafft. Wir wollen das Handwerk (und die
823 beruflichen Schulen) nachdrücklich dabei unterstützen, die Nachwuchsgewinnung, hauptsächlich in der dualen Ausbildung,
824 zukunftsfähig auszugestalten. Dabei ist für uns wichtig, berufliche und akademische Ausbildung als gleichwertig zu be-
825 trachten und gleichwertig zu fördern. Wir wollen zur Entwicklung des Handwerks auf ganz unterschiedlichen Feldern beitra-
826 gen, und z.B.

827 5.8.1 bei der Belegung der kleinteilig ausgewiesenen Gewerbeflächen Handwerksbetriebe vorrangig berücksichtigen,

- 828 5.8.2 die Errichtung von Gewerbe und Handwerkerhöfen fördern, auch um Neugründungen zu ermöglichen und beste-
829 hende Betriebe stadtnah zu binden,
830 5.8.3 die Aufwertung des Meisterbriefes auf Bundesebene betreiben,
831 5.8.4 das Projekt 'Kompetenzzentrum digitales Handwerk' fortsetzen,
832 5.8.5 beim Übergang der Generationen und in der Führungsnachfolge unterstützen,
833 5.8.6 bürokratische Verfahren und Vorgaben insbesondere in der Kommunikation mit der Verwaltung und in der Do-
834 kumentation entschlacken und vereinfachen, und
835 5.8.7 die Aufstiegsfortbildung durch eine unterstützende Prämie zusätzlich attraktiv machen.
836
- 837 5.9 Kammern, Innungen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und andere Vertretungen von Berufsgruppen und wirtschaftlichen
838 Interessen sind für uns wichtige Ansprechpartner und Kompetenzträger in der gemeinsamen Gestaltung von wirtschaftli-
839 chen Rahmenbedingungen, von Ausbildung sowie von Arbeits- und Entlohnungsverhältnissen. Wir wollen die Bremische Stär-
840 ke von gewachsenen und lebendigen Strukturen der vielfältigen Interessenvertretungen erhalten, ihre Unabhängigkeit
841 wahren und zum Wohle aller eine enge Zusammenarbeit anstreben. Ein regelmäßiger, intensivierter und institutionalisierter
842 Austausch in und mit den Netzwerken und Vertretern unserer Bremischen Wirtschaft ermöglicht eine an den tatsächlichen Be-
843 darfen der heimischen Wirtschaft orientierte und zeitnahe Justierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Das tarifliche Or-
844 ganisationssystem ist für uns nicht nur ein wichtiges Gestaltungselement wirtschaftlicher Wirklichkeit, sondern auch ein zentra-
845 les Mittel der Beteiligung an der Gestaltung von gerechten und ausgewogenen Verhältnissen in der Arbeitswelt. Wir wollen da-
846 zu auf eine Erhöhung der Tarifbindung hinwirken. Wir wissen uns eins im Ziel für eine prosperierende Wirtschaft, für zu-
847 kunftsfähige Ausbildung und den Lebensunterhalt sichernde Arbeitsplätze.
848

849 6. ARBEIT

850

- 851 6.1 Arbeitsplätze sichern nicht nur den persönlichen Lebensunterhalt und den von Familien. Arbeit ist und bleibt auch ein ent-
852 scheidender Faktor zur Altersvorsorge, zur gesellschaftlichen Beteiligung und zur Weiterqualifizierung. Sozialversicherungs-
853 pflichtige Arbeitsplätze sind jedoch nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für individuell gelingendes Leben, sondern auch
854 eine wesentliche Stütze für unseren Sozialstaat. Ein fiskalisch handlungsfähiges Bremen, das nur steuerfinanziert seine öffent-
855 lichen Aufgaben gewährleisten kann, ist nicht zuletzt auf das Einkommensteueraufkommen seiner Bürgerinnen und Bürger aus
856 Arbeitsverhältnissen angewiesen. Grundlage dafür ist eine gerechte und auskömmliche Bezahlung der Arbeitnehmerinnen
857 und Arbeitnehmer, die sich in ihrer unteren Grenze stets am Mindestlohn zu orientieren hat. Arbeit ist und bleibt damit auch
858 das wichtigste Präventionsinstrument gegen Armut. Es ist insofern im Interesse aller, dass Bremen und Bremerhaven endlich
859 die hinteren Ränge der Arbeitslosenstatistik verlassen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislaturperiode an den Bundesdurch-
860 schnitt anzuschließen.
861
- 862 6.2 Arbeitsplätze entstehen insbesondere in der Wirtschaft. Wir wollen dazu in den traditionellen, aber so innovativen industriellen
863 Kernbranchen, z.B. in der Automobilherstellung, sichere und entwicklungsfähige Bedingungen schaffen. Aber auch wenn
864 Wertschöpfung in der Produktion Grundlage unserer wirtschaftlichen Strukturen bleiben muss, wollen wir den in Bremen
865 noch immer unterdurchschnittlich ausgeprägten Bereich der Dienstleistungen weiter ausbauen. Dazu bedarf es in einzelnen
866 Branchen dieses Wirtschaftszweiges einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer Ausweitung insbesondere der unbe-
867 fristeten Arbeitsverhältnisse. Neben zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Tourismusbranche, in der Hotellerie oder im Einzelhan-
868 del, wollen wir einen Masterplan zur systematischen Entwicklung sog. ‚wissensintensiver‘ Dienstleistungen‘ in zukünftig be-
869 sonders wachsenden Bereichen, wie z.B. der Gesundheitswirtschaft oder der IT-Branche, die die digitale Entwicklung insbeson-
870 dere aufzunehmen und zu begleiten haben.
871

- 872 6.3 Zu den zentralen gemeinsamen Herausforderungen von Politik und Wirtschaft der Gegenwart gehört die Sicherung des Fach-
873 kräftebedarfes. Wir wollen mit entschiedenen Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Bereichen verhindern, dass die Qualifi-
874 kation der Menschen die knappe Ressource in Bremen und Bremerhaven wird. Unsere Ziele sind auch zukünftig ein Arbeits-
875 platz Angebot für alle insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt und ein Ausbildungsplatzangebot für jeden Jugendli-
876 chen, vorzugsweise im dualen System. Es bleibt dabei: Niemand darf verlorengehen. Dazu wollen wir u.a.
- 877 6.3.1 die Beratungskapazitäten im Ausbildungs- und Fortbildungswesen von Kammern, Arbeitsagentur und Job-
878 Centern stärker als bisher vernetzen, die ‚Kontaktdichte‘ (unter Nutzung digitaler Instrumente) zu den betriebli-
879 chen Beratern erhöhen und insbesondere kleinere Unternehmen dadurch mehr als bisher einbeziehen,
 - 880 6.3.2 mit einer Fortsetzung der ‚Bremer Vereinbarung‘ die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze hochhalten und
881 eine Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung erreichen,
 - 882 6.3.3 mit Instrumenten der Arbeitsagentur und der Jugendberufsagentur das sog. ‚Matching‘ im Ausbildungsmarkt zu-
883 gunsten von Branchen mit besonderem Nachwuchsmangel verbessern,
 - 884 6.3.4 die Vorbereitung und Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen durch bessere Bildung sowie eine zu prüfende Ein-
885 führung eines Unterrichtsfaches ‚Berufsorientierung‘ auf eine solidere Grundlage stellen, das insbesondere Inhal-
886 te und Strukturen aus Wirtschaft, Arbeit und Technik aufnimmt,
 - 887 6.3.5 Studienabbrecher als Gruppe mit besonderen Erfahrungen und Potentialen systematischer als bisher mit den
888 Chancen in der beruflichen Ausbildung vertraut machen,
 - 889 6.3.6 das sog. ‚Übergangssystem‘ der beruflichen Bildung noch stärker als bisher so ausrichten, dass möglichst unmit-
890 telbar die betriebliche Praxis einbezogen ist und anerkannte Abschlüsse erzielt werden, und
 - 891 6.3.7 die Bedingungen zur Integration und sprachlichen Förderung von Zugewanderten, z.B. durch ‚on und near -the-
892 job‘-Angebote, weiter verbessern und einheitliche und transparente Bedingungen für die möglichst zügige Aner-
893 kennung ausländischer Berufsqualifikationen, auch bei fehlenden Dokumenten, schaffen.
- 894
- 895 6.4 Arbeit wird nicht nur attraktiv durch gute Bezahlung. Arbeit bedeutet insbesondere Teilhabe und die Möglichkeit zum
896 Aufstieg. Lebenslanges Lernen darf kein Schlagwort bleiben, denn Weiterbildung ist längst nicht nur die Voraussetzung für ge-
897 sellschaftlichen und beruflichen Aufstieg. Sie wird in Zeiten verstärkten Wandels nicht nur zur Voraussetzung für den Erhalt
898 der Qualifikation und des beruflichen Status, sondern ist auch die Voraussetzung für berufliche und arbeitsplatzbezogene
899 Mobilität. Wir wollen dazu effektive Strukturen im Angebotssektor von Fort- und Weiterbildung, wir wollen ‚Wirkung‘ über-
900 prüfbar gestalten und sicherstellen, dass die aufgewandten (öffentlichen) Mittel im Interesse und zum Nutzen ausschließlich
901 der Teilnehmer eingesetzt werden.
- 902
- 903 6.5 Die Digitalisierung wird dabei gleichzeitig Gegenstand und Medium sein für zusätzliche Anstrengungen im Feld der Fort- und
904 Weiterbildung. Dequalifizierung in diesem Bereich wird ein Risiko für Arbeitslosigkeit werden. Dazu werden wir,
- 905 6.5.1 darauf hinwirken, dass bei der Arbeitsagentur auch für Beschäftigte ein Recht und entsprechende Kapazitäten für
906 eine unabhängige Berufs- und Weiterbildungsberatung geschaffen werden,
 - 907 6.5.2 die Weiterbildungsbeteiligung, z.B. durch Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten für den ‚Bremer
908 Weiterbildungcheck‘, erhöhen,
 - 909 6.5.3 durch die Ausweitung und Verstetigung von Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen eines sozialen Arbeitsmark-
910 tes und einer offensiveren Nutzung des sog. ‚Passiv-Aktiv-Transfers‘ mehr Langzeitarbeitslosen als bisher renten-
911 versicherungspflichtige Arbeitsplätze auf der Mindestlohnbasis vermitteln,
 - 912 6.5.4 Gruppen mit besonderen Problemen, wie z.B. durch (funktionalen) Analphabetismus, stärker als bisher in eine
913 systematische Förderung einbeziehen.
- 914
- 915 6.6 Arbeitssuchende sind insbesondere durch eine zeitnahe, individuelle und auf Qualifikation ausgerichtete Beratung und Förde-
916 rung reintegrierbar in das aktive Erwerbsleben. Wir werden durch Anreize und das Aufzeigen von Perspektiven, auch durch
917 Nutzung der (zusätzlichen) Möglichkeiten des jüngst auf Bundesebene in Kraft gesetzten ‚Teilhabechancengesetzes‘, die Zahl

918 der Arbeitslosen möglichst niedrig, die Dauer der Arbeitslosigkeit möglichst kurz und das Wiederholungsrisiko von Arbeitslosigkeit
919 möglichst geringhalten. Dazu wollen wir
920 6.6.1 abschlussorientierte Weiterbildung und längerfristige ‚Fördertreppen‘ statt der noch zu häufigen Aneinanderrei-
921 hung von ‚Maßnahmen‘,
922 6.6.2 eine stärkere Verknüpfung der Schulungsziele mit regionalen Arbeitskräfteengpässen, und
923 6.6.3 eine Weiterentwicklung des ‚Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAPY)‘ für einen erweiterten Adressa-
924 tenkreis auf der Grundlage einer besseren Wirkungskontrolle.
925

926 7. HÄFEN UND SCHIFFFAHRT

927

928 7.1 Die Häfen in Bremen und insbesondere in Bremerhaven waren, sind und bleiben Dreh- und Angelpunkt einer Wirt-
929 schaft, die vom Export abhängig ist und in der eine funktionierende Hafen- und Transportlogistik, mit leistungsfähiger (Hinter-
930 land-) Infrastruktur, von größter Bedeutung für alle entscheidenden Branchen in ganz Deutschland ist. Unsere Häfen sind wie
931 kaum ein anderer Bereich unmittelbar von der zunehmenden überregionalen Konkurrenz, aber auch von den Chancen der
932 Globalisierung betroffen. Die ständige Modernisierung und Instandhaltung der bestehenden Hafenanlagen, aber auch der
933 Aus- und Umbau nach neuen und zukunftsbezogenen wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten, muss ein Kernanlie-
934 gen insbesondere zur wirtschaftlichen Stärkung Bremerhavens bleiben. Dazu gehört auch, am Prinzip der Universalhäfen
935 festzuhalten und Nutzungseinschränkungen, etwa durch Entwidmungen im Hafenbetriebsgesetz, entgegenzutreten sowie im
936 Allgemeinen die deutsche Flagge auf See konkurrenzfähig zu halten. Von ebenso großer Bedeutung ist es, die Erreichbarkeit
937 und Anbindung von See und von Land so zu erhalten und auszubauen, dass ein möglichst reibungsloser und zwischen den ein-
938 zelnen Verkehrsträgern durchlässiger Transport- und Warenfluss möglich ist und bleibt.
939

940 7.2 Wir wollen die Häfen auch durch eine intensivere Kooperation der norddeutschen Hafenstandorte, z.B. durch eine gemein-
941 same und effektivere Nutzung von mobilen Geräten zur Instandhaltung sowie einem gemeinsamen Marketing, stärken. Ko-
942 operation und Zusammenarbeit, auch um einem europäischen und internationalen Wettbewerb standhalten zu können, müssen
943 neben die nationale Konkurrenz treten. Vordringliche Projekte, insbesondere in der Verantwortung des Landes zur ‚Zukunfts-
944 festigkeit‘ der eigenen Hafenstandorte, sind eine Voraussetzung dafür, um in diesen Kooperationen die Rolle eines wichti-
945 gen Partners zu behaupten. Wir wollen eine verlässliche und vorausschauende Politik für unsere Häfen und das heißt,
946 dass Kajenzusammenbrüche, Absperrungen und Schleusenausfälle durch eine kontinuierliche Investition in die Substanz ver-
947 hindert werden müssen. Darüber hinaus werden wir

948 7.2.1 an der beabsichtigten Vertiefung der Außen- und Unterweser bis Bremen sowie dem Ausbau der Mittelweser
949 festhalten, auch als Voraussetzung, um mehr Gütertransporte auf Binnenschiffe zu bringen,

950 7.2.2 die Pläne zum Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) weiterverfolgen, aber parallel dazu eine Machbarkeitsstu-
951 die für ein neues Planfeststellungsverfahren für ein allgemeines Schwerlastterminal auf den Weg bringen,

952 7.2.3 die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um intelligente Lösungen für den Verkehrs- und Warenfluss in den
953 Bremischen Häfen zu entwickeln,

954 7.2.4 die Bedingungen und die Einbindung der Binnenschifffahrt in die Hafenlogistik verbessern,

955 7.2.5 die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen auch durch effizientere Genehmigungsverfahren für Transporte stei-
956 gern, und

957 7.2.6 den touristischen Personen- und Kreuzfahrtschiffsverkehr fördern, indem wir insbesondere das Columbus Cruise
958 Center neu konzipieren und bauen.
959

960 7.3 Politik für unsere Häfen und Umweltschutz dürfen nicht wie Widersprüche diskutiert werden. Wir wollen einen pragmati-
961 schen Ausgleich zwischen den Interessen der Hafenwirtschaft und der Schifffahrt auf der einen und dem Natur- und Gewäs-
962 serschutz auf der anderen Seite. Ein vorrangiges Projekt dazu ist für uns die Verringerung des Schadstoffausstoßes und des

963 Energieverbrauchs während der Schiffs Liegezeiten. Hiervon sind insbesondere Kreuzfahrt- und Containerschiffe betroffen.
964 Hier wollen wir möglichst schnell die Voraussetzungen für die Nutzung von Landstrom während der Liegezeiten schaffen, in-
965 dem auf eine landgestützte Energieversorgung etwa auf der Grundlage von Flüssigerdgas (LNG) umgestellt wird. Darüber hin-
966 aus wollen wir in den Hafengebieten zusätzliche (industrielle) Nutzungen ermöglichen. Im Konsens mit den Betroffenen wollen
967 wir beispielsweise am Standort des Kraftwerkes im Hafen die Umsetzung der Klärschlammverbrennung ermöglichen, auch mit
968 dem Ziel, wertvolle Rohstoffe wie in diesem Falle Phosphor wiederzugewinnen.

969
970 7.4 Die Hafenwirtschaft sieht sich zwei weiteren Herausforderungen gegenüber. Wir wollen die Digitalisierung, insbesondere auch
971 in den Häfen, dazu nutzen, nicht nur für eine schnellere, sichere und unterbrechungsfreie Verfügbarkeit der Daten und
972 der Datenflüsse zu nutzen, sondern auch, um Berufsbilder für Fachkräfte in der Hafenwirtschaft für zukünftige Generatio-
973 nen attraktiv zu halten. Dazu wollen wir z.B.

974 7.4.1 unter Nutzung von Bundesmitteln die Einrichtung eines digitalen Testfeldes in den Häfen vorantreiben,
975 7.4.2 die Ausbildung zum Hafenfacharbeiter auch mit Hilfe der Agentur für Arbeit und den JobCentern neu ausrichten
976 und fördern,

977 7.4.3 die Weiterbildungsmöglichkeiten für Personal in den Häfen z.B. mit Blick auf Personal an den Autoterminals in-
978 tensivieren, und

979 darauf hinwirken, dass auf Dauer ausgerichtete Arbeitsverhältnisse, die auch in der Hafenwirtschaft die Regel sein müssen,
980 einen Beitrag zur Attraktivität einer Beschäftigung im Hafen leisten.

981

982 8. BREMERHAVEN

983

984 8.1 Die Seestadt Bremerhaven mit ihren wirtschaftlichen Schwerpunkten in Schifffahrt und Häfen, aber auch in der Nahrungsmit-
985 telindustrie und im Schiffs- und Windenergieanlagenbau war und ist wie kaum ein anderes Gemeinwesen vom wirtschaftlichen
986 Strukturwandel betroffen. Und dieses hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch tiefgreifende soziale Auswirkungen. So sind
987 z.B. die Folgen einer zunehmenden Segregation in Bremerhaven besonders deutlich. Dem steht gegenüber, dass die traditio-
988 nellen wirtschaftlichen Stärken Bremerhavens ‚rund um die Meere‘ auch für die Zukunft hervorragende Perspektiven ha-
989 ben. Wir bekennen uns dazu, dass das Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in beiden Kommunen unseres
990 Landes ein wesentliches Ziel unserer Politik bleiben muss. Dazu wollen wir auch zukünftig einen überproportionalen Anteil
991 öffentlicher Investitionen in Bremerhaven auf der Grundlage einer verlässlichen Investitions- und Sanierungsvereinbarung.
992 Hierdurch wollen wir die positive Entwicklung unserer Seestadt in der gegenwärtigen Regierungskonstellation Bremerhavens
993 auch und verstärkt für die Zukunft nachhaltig unterstützen.

994

995 8.2 Durch einen gezielten Ausbau der Hafeninfrastuktur oder der Attraktionen im städtischen Bild sind in den letzten Jahren be-
996 reits wirtschaftlich wirksame Potentiale in Bremerhaven geschaffen oder gestärkt worden, die die Folgen des (andauernden)
997 wirtschaftlichen Strukturwandels mildern und die weitere Möglichkeiten der Entwicklung, auch für mehr Arbeitsplätze, haben.
998 Dieses gilt es, auch durch Unterstützung des Landes, weiter zu stärken. Wir wollen aber ‚meer‘: Insbesondere die maritim
999 orientierte Wissenschaft hat in Bremerhaven in den letzten Jahren eine atemberaubende Entwicklung genommen, die dem
1000 Wissenschaftsstandort nicht nur einen internationalen Rang insbesondere in den Meereswissenschaften beschert, sondern
1001 auch eine Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze geschaffen hat. Wir werden die Seestadt in der Entwicklung zusätzlicher Studien-
1002 gänge zur Ausweitung des studienbezogenen Angebotes und Spektrums in Forschung und Lehre und für mehr Studenten
1003 und wissenschaftliches Personal nachdrücklich unterstützen. Es wird nach unserer Auffassung die Entwicklung maritimer For-
1004 schung und Lehre im nationalen und internationalen Wettbewerb noch einmal stärken und profilieren, wenn sie im norddeut-
1005 schen Verbund etwa in der ‚Allianz für Meeresforschung‘ Fähigkeiten bündelt, Austausch stärkt und Ressourcen gemeinsam
1006 nutzt. Wir wollen darüber hinaus den wissenschaftlichen Ausbau in Bremerhaven noch stärker als bisher für eine Stär-
1007 kung der regionalen Wirtschaftskraft und für mehr qualifizierte Arbeitsplätze nutzen. Dazu werden wir die Zusammen-

- 1008 arbeit mit örtlichen Unternehmen, z.B. in der Lebensmittel- und Fischindustrie, ausbauen, Synergien heben und zusätzliche
1009 wirtschaftliche Aktivitäten mit maritimem Bezug anregen. Gemeinsame ‚Start-Ups‘, Kompetenzzentren und Projekte können
1010 dazu erste Schritte sein, denn das Meer wird als wirtschaftlicher Raum und zum Transport, aber insbesondere auch zur Erfor-
1011 schung und zur Gewinnung von Ressourcen zunehmende und zusätzliche Bedeutung erlangen.
- 1012 8.3 Die finanzielle und personelle Ausstattung der öffentlichen Hand in Bremerhaven ist eine Voraussetzung für eine expan-
1013 sive wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der sozialen Situation. Reibungsverlusten, wie in der Vergangenheit,
1014 muss mit klaren, transparenten und gemeinsam ‚auf Augenhöhe‘ vereinbarten Regelungen entgegengewirkt werden. Da-
1015 zu wollen wir konkret
- 1016 8.3.1 die zukünftig verfügbaren Haushaltsmittel, durch eine Novellierung des Finanzausweisungsgesetzes nach klaren
1017 Indikatoren, transparent und berechenbarer als bisher gestalten, die der besonderen Situation Bremerhavens
1018 Rechnung trägt,
- 1019 8.3.2 schnellstmöglich die Übernahme der Kosten für jegliches nichtunterrichtendes Personal in den Schulen umsetzen,
1020 8.3.3 die Zielzahl der Polizeivollzugsbeamten schnellstmöglich auf mindestens 520 erhöhen und durch das Land ausfi-
1021 nanzieren,
- 1022 8.3.4 die Kosten durch die zukünftige Elternbeitragsfreiheit der Kitas voll durch das Land kompensieren, und
1023 8.3.5 die Präsenz von Zuständigkeiten mit Verantwortung für das Land in Bremerhaven erhöhen.
- 1024
- 1025 8.4 Neben einer Stabilisierung und Förderung traditioneller wirtschaftlicher Zweige müssen auch in Bremerhaven Impulse
1026 für neue Aktivitäten gegeben werden. Hierzu wollen wir insbesondere an Felder mit zusätzlichem Potential anschließen.
1027 Dazu werden wir konkret,
- 1028 8.4.1 die Kapazitäten an der Hochschule Bremerhaven von ca. 3.000 auf 5.000 Studierende erhöhen,
- 1029 8.4.2 neben den Bereichen ‚maritime Technologien‘, ‚Logistik‘, ‚Lebensmitteltechnologie‘ und ‚Tourismusmanagement‘
1030 insbesondere mit neuen wissenschaftlichen Feldern und Studiengängen, wie z.B. ‚Mechatronik‘, ‚Gebäudeener-
1031 gietechnik‘, ‚Betriebswirtschaftslehre‘ oder ‚sozialer Arbeit‘, auch unter dem Aspekt der Digitalisierung, zusätzli-
1032 che Akzente setzen,
- 1033 8.4.3 auch für Bremerhaven eine offensivere Nutzung von Flächen durch eine zügige Planung und Erschließung z.B.
1034 des Gewerbegebietes ‚Luneplate‘ (vorzugsweise für die Ansiedlung von Industrieunternehmen) und einer zeitna-
1035 hen Revitalisierung des sog. ‚Kistner-Geländes‘ realisieren,
- 1036 8.4.4 die Attraktivität von touristischen Anziehungspunkten wie dem Klimahaus oder dem Auswandererhaus erhalten
1037 und steigern und das Standortmarketing, gemeinsam und in Kooperation mit dem Bremens, verbessern,
- 1038 8.4.5 das Werftquartier als urbanes Mischgebiet entwickeln,
- 1039 8.4.6 das Technologie-Transfer-Zentrum (ttz) um weitere wissenschaftliche Institut, zum Beispiel zur Digitalisierung in
1040 der Logistik, erweitern und
- 1041 8.4.7 darauf hinwirken, den Bereich ‚rund um die Energiewirtschaft‘, z.B. durch Forschungsprojekte zur Elektromobili-
1042 tät und zur Energiespeicherung, mit dem Ziel zu stärken, hier für die Zukunft auch Produktionskapazitäten mit
1043 zusätzlichen und qualifizierten Arbeitsplätzen aufzubauen.
- 1044
- 1045 8.5 Eine besondere Anstrengung werden wir zur Stärkung der maritimen Identität Bremerhavens unternehmen. Wir wollen die
1046 Sanierung der ‚Seute Deern‘ sicherstellen, indem wir neben den zur Hälfte vom Bund zugesagten Mitteln, zu gleichen Teilen
1047 Mittel des Landes, der Kommune sowie von privaten Unterstützern bereitstellen, bzw. einwerben.
- 1048
- 1049
- 1050
- 1051

1052

1053

9. BREMEN-NORD

1054

1055 Bremen-Nord ist mit seinen Stadtteilen Burglesum, Vegesack und Blumenthal innerhalb der Stadtgemeinde Bremen eine weitgehend
1056 eigenständige Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsregion. Obwohl sich alle drei Stadtteile durch eine Vielzahl von Freizeit- und Ein-
1057 kaufsmöglichkeiten auszeichnen, mangelt es in Bremen-Nord insbesondere an einer offensiven Politik zur Entwicklung von Bautätig-
1058 keit, Mobilität und Kinderbetreuungsangeboten. Im Bereich der Sportstätten gibt es einen großen Sanierungsbedarf. Soziale und
1059 wirtschaftliche Probleme wie Kaufkraftverlust, erhöhte Arbeitslosigkeit durch eine sinkende Zahl von wohnortnahen Arbeitsplätzen
1060 und der Rückgang von Nahversorgungseinrichtungen kennzeichnen die Lebenslage in einigen Ortsteilen der Region Bremen-Nord.
1061 Hinzukommen Herausforderungen durch eine starke und in einigen Regionen überproportionale Zuwanderung. Durch bisherig unzu-
1062 reichende Strukturmaßnahmen des rot-grünen Senats sind keinerlei wirksame Maßnahmen zur Stärkung Bremen-Nords umgesetzt
1063 worden. Um Bremen-Nord als Ganzes wieder attraktiver zu machen, wollen wir u.a. Gewerbeflächen und Wohnbauflächen bedarfsge-
1064 rechter und schneller entwickeln, die Mobilitätsangebote (ÖPNV, Carsharing usw.) verbessern und den Ausbau von Kita und Schulplät-
1065 zen beschleunigen. Nicht genutzte Synergien zwischen örtlicher Wirtschaft und Jacobs-University wollen wir zur Schaffung von
1066 mehr Arbeitsplätzen heben. Ganzheitliche Quartiersentwicklungs- und -sanierungskonzepte, wie z.B. in Bremen-Osterholz-Tenever
1067 realisiert, wollen wir in besonders belasteten Quartieren auch in Bremen-Nord verwirklichen. Gerade in Bremen-Nord lässt sich mit
1068 einem Konzept ‚Stadt an Fluss und Meer‘ ein ‚charakterisierendes‘ Alleinstellungsmerkmal betonen und weiterentwickeln, das An-
1069 ziehungskraft und Attraktivität fördert. Dazu und darüber hinaus werden wir,

1070 9.1 durch einen gezielten Umbau einen ‚Schwerpunkt Bremen-Nord‘ bei der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) zur gezielten
1071 Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region, unter Nutzung der vorhandenen Stärken, setzen,

1072 9.2 den Bestand und die Entwicklung der Jacobs-University uneingeschränkt sicherstellen, sie bei der Entwicklung von ‚Spin-
1073 offs‘ für den Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaftsförderung unterstützen sowie die Zusammenarbeit mit der regionalen
1074 Wirtschaft zum gegenseitigen Nutzen und für mehr Arbeitsplätze besonders fördern,

1075 9.3 eine städtebauliche Lösung für die ‚Groner Düne‘ realisieren, um die Sicherheit sowie die Wohn- und Aufenthaltsqualität in
1076 diesem Bereich zu steigern,

1077 9.4 das Gelände der Bremer Wollkämmerei (BWK) als Gründerzentrum und Campus für Handwerk, Gewerbe und entsprechende
1078 berufliche Schulen entwickeln,

1079 9.5 die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähiger ausrichten, indem der regionale Verkehr in und zwischen den Stadtteilen, aber
1080 auch in Richtung Innenstadt, gestärkt und unabhängiger als bisher von den Autobahnen A27 und A270, die durch den überre-
1081 gionalen Verkehr ausgelastet sind, geführt wird,

1082 9.6 den ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten, indem der Bahnhof Vegesack zu einem modernen Mobilitätsknotenpunkt
1083 ausgebaut und im Bereich Farge-Ost ein Haltepunkt für die Regio-Bahn vorgesehen wird,

1084 9.7 durch Überarbeitung des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes die Attraktivität des Mittelzentrums Vegesack sowie der
1085 Nebenzentren Lesum und Blumenthal durch eine Verbesserung der Infrastruktur, gezielte Ansiedlungspolitik für den Einzel-
1086 handel und verbesserte ‚Rundläufe‘ erhöhen, und

1087 9.8 die Anziehungs- und Haltekraft der Region für Zuziehende und Einwohner durch die Ausweisung von Wohnbauflächen, Fle-
1088 xibilisierung veralteter Bebauungspläne und einen verbesserten Behördenservice ‚auf dem Weg‘ zum Eigenheim oder zur
1089 Wohnung deutlich steigern.

1090

1091

1092

1093

1094

1095

1096
1097

10. POLIZEI UND INNERES

- 1098 10.1 Die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren, gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Land und Kommunen sind in diesem
1099 Feld in besonderer Verantwortung. Weder die Entwicklung der Kriminalität noch die der Aufklärungsquote in Bremerhaven und
1100 Bremen können zufriedenstellen. Der verharmlosende Begriff der ‚Alltagskriminalität‘ kann nicht darüber hinwegtäuschen,
1101 dass Straftaten wie z.B. die gegen ältere Menschen, im Internet oder gegen Kinder nicht nur für die Betroffenen gravierende
1102 Folgen haben, sondern auch von besonderer Sozialschädlichkeit sind. Wir sehen mit Sorge, dass Gewalt als Mittel der Konflik-
1103 taustragung, nicht zuletzt gegen Polizistinnen und Polizisten oder Hilfsdienste im Rettungswesen oder der Feuerwehr selbst,
1104 und beim Verüben von Straftaten immer mehr um sich greift. Wir setzen dem ein entschiedenes und konsequentes Handeln
1105 für mehr innere Sicherheit entgegen, denn Sicherheit ist nicht nur ein elementarer Anspruch: Sie ist auch Voraussetzung für
1106 Freiheit und Lebensqualität in unseren Städten.
- 1107 10.2 Die Polizei genießt nach wie vor und zu recht hohes Ansehen in der Bevölkerung. Sie hat einen besonderen Anspruch auf
1108 unsere politische Unterstützung und unser Vertrauen. Für uns sind Polizistinnen und Polizisten Partner für die Bevölkerung in
1109 unseren Städten, die einen Kernauftrag des Staates ‚Sicherheit‘ umsetzen und dafür einstehen. Die ein Misstrauen gegenüber
1110 der Polizei symbolisierende Kennzeichnungspflicht für die Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst werden wir wieder ab-
1111 schaffen. Und die Polizei hat Anspruch auf Respekt und Schutz vor Bedrohung: Wir werden dazu konkret z.B. konsequentes
1112 Vorgehen gegen sog. ‚Anscheinswaffen‘ unterstützen.
- 1113
- 1114 10.3 Kriminalität entwickelt sich häufig aus zunächst ‚kleineren Regelverstößen‘, aus Schmierereien, aggressivem Verhalten oder
1115 Tendenzen der Unordnung. Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen dort, wo der Staat dem nicht von Anfang an entge-
1116 genwirkt. Wir werden für Sicherheitsbehörden sorgen, die an jedem Ort, zu jeder Zeit und bei jedem Anlass einschreiten, wenn
1117 Recht, Ordnung und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven verletzt werden. Hierzu brauchen wir
1118 gestärkte Ordnungsdienste und eine leistungsfähige Verkehrsüberwachung. Wir werden insbesondere die Behörden mit Sicher-
1119 heitsaufgaben (Polizei, Feuerwehr, Verfassungsschutz, Justiz etc.) personell, materiell und rechtlich so ausstatten, dass sie ak-
1120 tuellen und zukünftigen Herausforderungen angemessen begegnen können. Und das empfinden wir nicht nur als Ver-
1121 pflichtung gegenüber dem Bürger. Eine Verstärkung der Ressourcen ist auch eine wichtige Voraussetzung zur Steigerung der
1122 Sicherheit der eingesetzten Beamtinnen und Beamten, insbesondere von Polizei und Rettungsdiensten, die sich immer häufiger
1123 Hass, Beleidigungen, Bedrohung und Gewalt gegenübersehen.
- 1124
- 1125 10.4 ‚Legalisierungen‘ z.B. von Rauschgiften bedeuten ein Zurückweichen des Rechtsstaates und beeinträchtigen das Rechts-
1126 und Gerechtigkeitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir werden weder dem Abbau rechtlicher Sanktionen beim
1127 Schwarzfahren noch beim Cannabiskonsum zustimmen. Auch bei anderen Delikten treten wir einer Bagatellisierung entgegen:
1128 Diebstahl- oder Betrugsanzeigen gehören nicht auf die Halde, sondern müssen (auch) zukünftig konsequent verfolgt und ge-
1129 ahndet werden.
- 1130
- 1131 10.5 Präsenz ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für eine wirkungsvolle Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämp-
1132 fung. Sie ist auch ein wichtiges Instrument der Prävention. Dazu wollen wir
- 1133 10.5.1 die Personalstärke der Polizei in Bremen von 2.600 auf mindestens 2.800 und die Bremerhavens von gut 470
1134 auf mindestens 520 Vollzugsbeamtinnen und –beamten erhöhen. Damit dieses schnellstmöglich gelingt, wollen
1135 wir die Ausbildungskapazitäten der Hochschule für öffentliche Verwaltung entsprechend steigern,
- 1136 10.5.2 die Struktur der polizeilichen Arbeit und die Präsenz in der Fläche nach Zweckmäßigkeit und den Bedürfnissen
1137 der Bürgerinnen und Bürger gestalten, die Polizistinnen und Polizisten bei Strukturentscheidungen ‚mitnehmen‘
1138 und sicherstellen, dass bei Veränderungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens die notwendigen Ressourcen, die er-
1139 forderliche Infrastruktur und insbesondere das Personal tatsächlich vor Ort zur Verfügung steht,
- 1140 10.5.3 die Zahl der durchschnittlich verfügbaren Streifenwagen in Bremen um fünf und in Bremerhaven um zwei Fahr-
1141 zeuge anheben,

- 1142 10.5.4 eine Polizeifahrradstaffel gründen, die insbesondere die verkehrliche Überwachung verstärkt,
1143 10.5.5 die eingerichteten Ordnungsdienste in Bremen und Bremerhaven dauerhaft erhalten, ausbauen und die bislang
1144 befristete Finanzierung verstetigen,
1145 10.5.6 den Polizeivollzugsdienst, wo möglich und sinnvoll, durch ‚Polizeiassistenten‘ von Aufgaben durch Verwaltungstätig-
1146 tigkeiten entlasten, und
1147 10.5.7 die Aufklärungsquote um fünf Prozent steigern, denn Prävention erfolgt auch durch Abschreckung und die beste
1148 Abschreckung liegt in einer zeitnahen Strafverfolgung.
1149
- 1150 10.6 Eine personalstarke Polizei benötigt eine angemessene Ausstattung und Infrastruktur um effektiv handeln zu können.
1151 Dazu benötigt sie insbesondere
- 1152 10.6.1 Abstandswaffen wie den sog. Taser, modernste Schutzbekleidung, eine effektive Vorgangsbearbeitung sowie
1153 zeitgemäße und ausreichende Fahrzeugausstattung für alle Einsatzlagen,
1154 10.6.2 eine schnelle Realisierung der Standortstruktur, die nicht nur den Ansprüchen mit leistungsfähigen Arbeitsplätzen
1155 genügt, sondern die auch eine Verfügbarkeit der Polizei in allen Regionen unserer Städte nachhaltig sicherstellt,
1156 10.6.3 zur Stärkung des Sicherheitsgefühls und als Ansprechpartner vor Ort eine flächendeckende Präsenz der ‚KOPS‘
1157 (Kontaktpolizisten),
1158 10.6.4 Unterstützung bei der präventiven Kriminalitätsbekämpfung mit dem Einsatz moderner und digitaler Mittel der
1159 regionalen Prognose von Straftaten z.B. durch die Nutzung computergestützter Verfahren wie ‚PreCop‘,
1160 10.6.5 eine leistungsfähigere Unterstützungsstruktur z.B. im Feld der Kriminaltechnik, der Spurensicherung oder der
1161 DNA-Untersuchung für schnelle und beweiskräftige Ermittlungen, und
1162 10.6.6 eine Funk- und EDV-Ausstattung, die einerseits eine schnelle Erreichbarkeit und Anzeigenbearbeitung für die Be-
1163 völkerung, andererseits aber auch möglichst unterbrechungsfreien Datenaustausch der Polizeibehörden unterei-
1164 nander ermöglicht.
1165
- 1166 10.7 Unsere Polizei muss besser als bisher mit neuen Herausforderungen umgehen können und wir werden deshalb sicherstellen,
1167 dass unsere Polizei insbesondere organisiert vorgehenden Straftätern immer auf Augenhöhe entgegentreten kann. Auch die
1168 Polizei in Bremen muss Antworten geben gegen terroristische Bedrohungen und Gefahren von Extremisten sowie auf
1169 neue Dimensionen einer Cyberkriminalität, die modernste Mittel der Kommunikation und Ressourcenbeschaffung nutzt und mit
1170 neusten Mitteln verübt wird. Wir werden deshalb, wie in anderen Bundesländern längst geschehen oder auf dem Wege, für ei-
1171 ne zeitgemäße Ergänzung des Polizeigesetzes eintreten, das der Polizei z.B. unter bestimmten Voraussetzungen die Überwa-
1172 chung des Informationsaustausches im Netz erlaubt, wie es in der telefonischen Kommunikation schon möglich ist. Auch das In-
1173 strument der ‚Schleierfahndung‘ ist in Zeiten hochmobiler Tätergruppen, nicht selten aus dem Ausland operierend, unverzicht-
1174 bar. In öffentlichen Räumen wollen wir mit Videoüberwachung das Sicherheitsgefühl stärken und ‚Angsträumen‘ in unseren
1175 Städten vorbeugen.
1176
- 1177 10.8 Wir wollen den Polizeiberuf in seiner Attraktivität weiter steigern, auch um den zukünftig steigenden Nachwuchsbedarf
1178 qualifiziert decken zu können. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Polizistinnen und Polizisten vom ersten Tag an das Gehalt
1179 entsprechend ihres Dienstpostens und der ausgeübten Funktion erhalten, das Zulagenwesen straffen und ergänzen, zusätzliche
1180 Weiterqualifizierungs- und Aufstiegschancen eröffnen und die beihilfegestützte Krankenversorgung erhalten. Ausdruck von
1181 Wertschätzung muss es werden, Überstunden zeitnah zu vergüten. Für die Sicherung des Nachwuchses in Bremerhaven wollen
1182 wir feste Quoten bereits in der Ausbildung vereinbaren.
1183
- 1184 10.9 Wir wollen eine Polizei, die, entsprechend aktueller und neuer Formen der Bedrohung, schnell und flexibel Schwerpunkte
1185 bilden kann. Wir wollen eine Bereitschaftspolizei, die in ihrer Stärke und Ausstattung dem entspricht, was wir dem Bund und
1186 den anderen Ländern zugesichert haben. Wir wollen zukünftig keine Kriminalpolizei, die im ‚Dauerkrisenmodus‘ arbeitet, son-
1187 dern eine, die zeitnah und effektiv auf aktuelle Phänomene der Kriminalitätsentwicklung antwortet: Wir werden sicherstellen,
1188 dass z.B. Wohnungseinbruchskriminalität nicht nur ‚verwaltet‘ wird. Wir werden der Kriminalität durch Clans und Großfamilien

1189 mit allen Mitteln des Straf- und Ausländerrechts entgegenzutreten. Neben eine konsequente und zeitnahe Strafverfolgung
1190 muss auch ggf. eine schnellere Abschiebung in Herkunftsländer treten.

1191
1192 10.10 Täter dürfen nicht länger mehr Beachtung finden als die Opfer der Kriminalität. Wir werden die Unterstützung von Opfern
1193 nach Straftaten verbessern. Die ehrenamtliche Arbeit des ‚Weißen Rings‘ werden wir nachdrücklich unterstützen. Wir werden
1194 die Erträge der Gewinnabschöpfung auch für die Entschädigung der Opfer einsetzen und diese zu diesem Zweck intensivieren.
1195 Der Kreis der Anspruchsberechtigten und die Gründe zur Anspruchsberechtigung müssen, z.B. um den der ‚Traumatisierung‘,
1196 erweitert werden.

1197
1198 10.11 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und der Kampf gegen Kriminalität darf nicht durch Denken in Ländergrenzen
1199 oder Zuständigkeiten behindert werden. Organisierter Kriminalität und internationalem Extremismus und Terrorismus kann
1200 nicht ausreichend durch eine regional zergliederte Sicherheitsarchitektur begegnet werden. Mangelhafte Koordinierung oder
1201 Zusammenarbeit sind als Entschuldigung für unzulängliche Effektivität und Prävention nicht mehr hinnehmbar. Zuständigkei-
1202 ten müssen dort gebündelt werden, wo Kompetenzen und Mittel verfügbar sind. Wir werden uns deshalb an einer Dis-
1203 kussion zwischen den Ländern, mit dem Bund und auch mit der europäischen Ebene aktiv beteiligen und sind bereit, zusätzli-
1204 che Verantwortung zu übernehmen oder auch Zuständigkeiten an andere abzugeben. Es ist folgerichtig, die Bekämpfung in-
1205 ternationaler Bedrohungen, z.B. durch den Terrorismus, auf der Ebene des Bundes zusammenzufassen. Dazu gehört auch, dass
1206 der Bund mehr Verantwortung für die Abschiebung insbesondere von Gefährdern und Straftätern übernimmt, da seine Einrich-
1207 tungen die Verbindungen mit den entsprechenden Behörden im Ausland unterhalten. Dazu gehört aber auch, dass die Bundes-
1208 länder, wie auch Bremen, Abschiebungen in sichere Länder nicht weiter politisch behindern.

1209

1210 11. FEUERWEHR, RETTUNGSDIENST UND KATASTROPHENSCHUTZ

1211

1212 11.1 Feuerwehr und insbesondere der Rettungsdienst sehen sich ebenfalls wachsenden Anforderungen gegenüber. Ein durch bestän-
1213 dige Unterfinanzierung bedingter Investitionsstau verursacht nicht nur ein Arbeiten unter erschwerten Bedingungen der einge-
1214 setzten Kräfte, sondern ist auch eine Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Bestmögliche Erreichbarkeit
1215 und schnellstmögliche Hilfe gehören zu berechtigten und grundlegenden Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürgern an ‚ihren‘
1216 Staat. Strukturen (z.B. von Wachen und Standorten) müssen entsprechend den Entwicklungen in den Städten mitgedacht und
1217 ggf. angepasst werden. Zudem müssen die ‚Fähigkeiten‘ von Feuerwehr und Rettungsdiensten personell und ausstattungsbe-
1218 zogen kontinuierlich entsprechend der städtebaulichen, insbesondere aber auch der technischen und gesellschaftlichen Verän-
1219 derungen, weiterentwickelt werden. Dazu sind für uns

1220 11.1.1 alle ausstattungsbezogenen Voraussetzungen z.B. bei Fahrzeugen und Bekleidung zu schaffen. Dabei müssen für
1221 die Berufs- und die freiwilligen Feuerwehren grundsätzlich die gleichen Standards gelten. Diejenigen, die für un-
1222 sere Sicherheit ihre Sicherheit einsetzen, haben einen Anspruch auf maximal möglichen Schutz ihrer Gesundheit

1223 11.1.2 zum Abbau des Investitionsstaus Prioritäten, Finanzierungsnotwendigkeiten und zeitliche Abfolgen in einem ganz-
1224 heitlichen Konzept zusammenzufassen,

1225 11.1.3 die Feuerwehr personell so auszustatten, dass die ‚Schichten‘ ohne Überstundenleistung sichergestellt werden
1226 können,

1227 11.1.4 vorhandene Ausstattung so zu ergänzen oder zu modernisieren (z.B. durch fahrzeuggestützte Videoüberwa-
1228 chung), dass das (völlig inakzeptable, aber steigende) Risiko von Rettungskräften gegen Übergriffe auf das
1229 mögliche Minimum reduziert wird, und

1230 11.1.5 die Berufe bei der Feuerwehr auch finanziell attraktiver zu gestalten, indem wir die Zulagen angemessen erhö-
1231 hen und damit den gestiegenen physischen und psychischen Anforderungen entsprechen.

1232

1233 11.2 Politik muss auf die Feuerwehren, die zu einem wichtigen Teil aus freiwilligen Feuerwehren bestehen, zugehen. Sie sind keine
1234 ‚Bittsteller‘, sondern Träger von Verantwortung für einen zentralen gesellschaftlichen und staatlichen Auftrag zur Sicherheit
1235 unserer Bürger. Der Eindruck der Wertschätzung insbesondere gegenüber Ehrenamtlichen in diesem Bereich darf sich
1236 nicht in Sonntagsreden erschöpfen. Wir brauchen sie nicht nur gegenwärtig in den freiwilligen Feuerwehren, sie sind darüber
1237 hinaus ein starkes Instrument der Nachwuchsgewinnung, z.B. bei der Berufsfeuerwehr. Dienst in den freiwilligen Feuerwehren,
1238 aber auch in anderen Organisationen der Hilfeleistung, wie z.B. dem Technischen Hilfswerk, sind unverzichtbare Bestandteile
1239 der Daseinsvorsorge, insbesondere auch im Katastrophenfall. Um sie insbesondere personell zukunftssicher zu machen, wer-
1240 den wir gemeinsam mit den Beteiligten Maßnahmen entwickeln, die die Attraktivität des Dienstes und die Motivation zum
1241 ‚Kommen und Bleiben‘ weiter erhöht. Auch deshalb ist eine ausstattungsbezogene Gleichstellung von freiwilliger Feuerwehr
1242 und Berufsfeuerwehr, wo immer möglich, unerlässlich und wird von uns konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören vorhan-
1243 dene, aber bisher zögerlich realisierte Pläne zur bestschützenden Bekleidung und zu einer angemessenen Struktur, insbeson-
1244 dere zeitgemäßer Gerätehäuser.

1245 11.3 Rettungsdienste müssen wirkungsvoller als bisher vor Überlastung geschützt werden. Verstärkte Aufklärung in allen Sprachen
1246 muss als Prävention vor missbräuchlichen Rufen des Rettungsdienstes offensiver als bisher eingesetzt werden. Gesundheitliche
1247 Beratung, ggf. auch durch Nutzung des Internets oder der Internettelefonie und Notfallzentren, können die Lücke zwischen der
1248 hausärztlichen Versorgung und der Notfallbehandlung des Krankenhauses schließen.

1249

1250 12. VERFASSUNGSSCHUTZ

1251

1252 12.1 In Zeiten zunehmender Radikalisierung an den politisch linken und rechten Rändern, von Hass im Netz, Beeinträchtigung nicht
1253 nur der jüdischen Gemeinde durch Rassismus und von religiösem Extremismus bleiben wir dabei: Ein leistungsfähiger In-
1254 landsgeheimdienst ist ein unverzichtbarer Teil einer wehrhaften Demokratie. Wir werden den Verfassungsschutz stärken

1255 12.1.1 durch einen angemessenen rechtlichen Rahmen, in dem die Eingriffsmöglichkeiten des Dienstes der Bedrohung
1256 entsprechen. Dazu werden wir ein Musterverfassungsschutzgesetz initiieren oder unterstützen, dass die Rechte
1257 und Pflichten der Verfassungsschutzämter angleicht, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität beinhaltet
1258 und die Zuständigkeit gegenüber Bedrohungen mit internationalem Hintergrund beim Bund konzentriert,

1259 12.1.2 durch eine organisatorische Verbindung mindestens der norddeutschen Ämter mit gleichen Standards bei Technik,
1260 rechtlichen Möglichkeiten und Verfahren, und

1261 12.1.3 durch eine moderne Ausgestaltung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Verfassungsschutz, die die Zu-
1262 sammenarbeit nicht mehr behindert. Informationen dürfen nicht mehr voreinander verborgen werden, sondern
1263 müssen in Datenbanken gemeinsam und vor allem unkomplizierter als bisher genutzt werden können.

1264

1265 12.2 Eine multikulturelle Gesellschaft hat Chancen, aber unsere Vorstellungen von Werten, Demokratie, Menschenrechten, kultu-
1266 rellen Traditionen und der Gleichheit von Mann und Frau stehen nicht zur Disposition. Wir werden dafür sorgen, dass ein Ver-
1267 fassungsschutz der Zukunft so ausgestattet ist, dass er alle Bereiche unabhängig von Kultur und Sprache beobachten kann.
1268 Neben der Funktion der Informationsgewinnung muss er über die Fähigkeit als ‚Frühwarnsystem‘ der Gesellschaft verfügen.
1269 Nur so wird er nicht nur die repressiven Mittel anderer Behörden unterstützen, sondern auch durch Prävention in die Gesell-
1270 schaft wirken können. Dieses muss für uns einerseits z.B. durch eine intensivere Begleitung und Ansprache von Extremisten
1271 und Gefährdern geschehen. Es bedarf aber andererseits auch einer stärkeren Information der Gesellschaft durch eigenständige
1272 und fortgeschriebene Berichte zum linken, zum rechten und zum religiösen Extremismus.

1273

1274
1275

13. BÜRGERSERVICE

1276
1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293

13.1 Die Menschen in Bremen wünschen sich zu Recht und nachdrücklich eine Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen. Wir werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Ämtern und Einrichtungen, die Verwaltungsdienstleistungen für die Bevölkerung erbringen, in ihrem Anliegen unterstützen, den ‚Service‘ im Dienste unserer Städte und ihrer Menschen kontinuierlich und nachhaltig zu verbessern. Das Beantragen eines Ausweises, das Beschaffen einer Geburtsurkunde oder eines Kennzeichen für ein Kfz wollen wir so unkompliziert wie möglich gestalten. Wir wollen Zeit sparen helfen, Prozesse vereinfachen und Ressourcen so effektiver als bisher einsetzen. Dabei bietet Bremen als kleines Bundesland günstige Voraussetzungen dafür, in Sachen e-Government eine Führungs- und Vorreiterrolle in Deutschland zu spielen und in diesem Feld Maßstäbe auch für andere zu setzen. Deswegen wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung offensiv nutzen, indem wir die Bremischen Verpflichtungen aus dem ‚Onlinezugangsgesetz‘ beschleunigt umsetzen, um Verwaltungsverfahren und die dazu erforderliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern digital abwickeln zu können. Das ‚Onlinezugangsgesetz‘ sieht zudem ‚Nutzerkonten‘ vor, über die sich Nutzerinnen und Nutzer für die verfügbaren digitalen Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden einheitlich identifizieren können. Die Aktenführung wollen wir in allen Behörden zudem soweit und so schnell wie möglich auf eine ‚digitale Akte‘ umstellen. Hierzu bedarf es aber eines erweiterten Verständnisses von ‚Digitalisierung‘: Es bedeutet nicht nur technische Veränderungen im engeren Sinne, sondern auch die Veränderung von Prozessen, Abläufen, Organisation und Strukturen sowie von Qualifikationen der beteiligten Mitarbeiter. Um diese anspruchsvollen Herausforderungen und Ziele zu Chancen werden zu lassen, müssen die Kompetenzen, Ideen und Kapazitäten aller Akteure in gemeinsamen Projektstrukturen gebündelt und die Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden.

1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300

13.2 Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in der Zukunft hängt auch davon ab, dass nicht jeder alles, alles allein und für sich macht. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Umlandgemeinden intensivieren. Hiervon versprechen wir uns nicht nur Vereinfachungen und einen besseren Service, sondern auch Einsparungen durch Synergien. Für die Bearbeitung, z.B. von Anträgen, muss es möglichst gleiche Verfahren, Standards und Gebühren geben. Und dieses kommt nicht nur den Bürgern zugute: Es stärkt die Metropolregion und wirtschaftliche Unternehmen, auch für die Ländergrenzen keine Behinderung darstellen dürfen.

1301
1302
1303
1304
1305

13.3 Die Digitalisierung und ihre Möglichkeiten müssen auch für eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung und –information genutzt werden. Hierzu kann z.B. eine ‚Bürger- und Bürgerinnen-App‘ ein hilfreiches und zeitgemäßes Instrument sein. Das statistische Landesamt in seiner Funktion als Wahlamt wollen wir in die Lage versetzen, ein rechtssicheres Verfahren für eine auch digitale Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen zu entwickeln. Das Mittel der Petition soll digital mehr genutzt und bürgerfreundlicher organisiert werden.

1306

1307
1308

14. JUSTIZ

1309
1310
1311
1312
1313
1314
1315
1316

14.1 Gerichten und Staatsanwaltschaften kommen im Rechtsstaat entscheidende Rollen zu. Sie genießen zu Recht großes Ansehen in der Bevölkerung, das sie aber nur erhalten können, wenn sie schneller als bisher, insbesondere in der Verfolgung und Aburteilung von Straftaten, handeln. Häufig ist die ‚Härte‘ der Strafe nicht entscheidend: Vielmehr muss die ‚Strafe auf dem Fuße‘ folgen. Überlange Ermittlungs- und Gerichtsverfahren schwächen das Vertrauen in den Rechtsstaat genauso, wie deutlich unterschiedliche ‚Verurteilungsquoten‘ oder nicht begründbar verschiedene Rechtsauslegungen zwischen den Bundesländern. Gerichte und Staatsanwaltschaften in Bremen und Bremerhaven werden wir dem Bedarf entsprechend stärken und in die Lage versetzen, geltendes Recht schnell und konsequent zur Geltung zu bringen. Und hierbei kann es nicht in erster Linie um die Abarbeitung oder Vermeidung von ‚Altfällen‘ gehen. Wir treten dafür ein, die Ausstattung so zu bemessen, dass

1317 auch jederzeit Reserven für Schwerpunktermittlungen (z.B. im Bereich der Clan-Kriminalität) und aufwendigere Verfahren
1318 (z.B. Wirtschaftsstrafsachen) verfügbar sind. Wir sind entschieden der Meinung: Nur ein in diesem Bereich jederzeit hand-
1319 lungsfähiger und konsequenter Staat nimmt sich selbst ernst und wird von anderen ernst genommen.

1320

1321 14.2 Die Leistungsfähigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit wie die der Fachgerichte hängt entscheidend von der zeitgerech-
1322 ten Verfügbarkeit ausreichenden und qualifizierten Personals ab. Die Personalplanung, die bisher von geringer Vorausschau
1323 geprägt ist, werden wir in eine zukunftsorientierte Disposition, die auch die unterstützenden Bereiche einbezieht, weiterentwi-
1324 ckeln. Dazu müssen

1325 14.2.1 attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die insbesondere auch für hochqualifizierte Juristen konkur-
1326 renzfähige Gehaltsstrukturen umfassen,

1327 14.2.2 die Ausbildungskapazitäten in Bremen dem erhöhten Bedarf angepasst und der Übergang in die Justiz unseres
1328 Bundeslandes erleichtert werden,

1329 14.2.3 die Besoldung von Richtern, Staatsanwälten, der unterstützenden Bereiche sowie der im Strafvollzug vor Ort täti-
1330 gen Mitarbeiter so anheben, das sie mindestens im Mittel der Bundesländer liegt,

1331 14.2.4 Anforderungen an die Eingangsanforderung realistisch und ggf. flexibler als bisher gestaltet werden,

1332 14.2.5 die gewohnte Qualität der Bremer Justiz durch eine noch gezieltere Begleitung der Einarbeitung und durch indi-
1333 viduelle Fortbildung ‚on the job‘ sicherstellen, und

1334 14.2.6 die Nachwuchsgewinnung auch bei den Rechtspflegern und den Justizangestellten deutlich intensiviert werden.

1335

1336 14.3 Jugendkriminalität wirkungsvoll und entschieden entgegenzutreten, ist uns ein besonderes Anliegen. Kriminalität von
1337 Jugendlichen und Heranwachsenden zu begegnen, heißt insbesondere durch die Rechtsprechung schnell zu reagieren und kon-
1338 sequent Grenzen aufzuzeigen. Es heißt aber insbesondere, sie auf den ‚richtigen Weg zu bringen‘ und hierbei möglichst nach-
1339 haltig zu unterstützen. Es heißt, ‚Karrieren‘ in Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen oder möglichst frühzeitig zu un-
1340 terbrechen und, wenn notwendig, insbesondere gegen ‚Intensivtäter‘ mit aller Entschlossenheit vorzugehen. Um hier mehr
1341 ‚Wirkung‘ als bisher zu erzielen und alle staatlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten, hauptsächlich bei der Polizei, der Jus-
1342 tiz und den Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe, zu bündeln, Zusammenarbeit zu stärken und um insbesondere einen ‚Raum
1343 der kurzen und schnellen Wege‘ zu organisieren, wollen wir ein gemeinsames ‚Haus des Jugendrechtes‘ schaffen. Hierdurch
1344 soll nicht nur die Reaktionsfähigkeit des Staates bei Straffälligkeit erhöht und Verfahren verkürzt werden, sondern die Wir-
1345 kung von (erzieherischer) Prävention durch gemeinsames Handeln gestärkt werden.

1346

1347 14.4 Wir wollen der Überlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften, der viel zu lange zugesehen wurde, durch eine per-
1348 sonelle Stärkung entgegenwirken, und dazu auch ausreichende und geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Hier ist
1349 ein Feld, wo nicht nur bisherige Strukturen und Organisationsformen zumindest in Frage gestellt werden können, sondern wo
1350 eine konsequente Nutzung digitaler Mittel der Verwaltung, Organisation, Kommunikation, Dokumentation und Archivierung
1351 konsequent und schnell eingeführt werden muss. Wir wollen dazu mit Unterstützung von außen ein Modellprojekt im Feld der
1352 Strafjustiz auf den Weg bringen, in das alle Beteiligten der Rechtspflege, die Wissenschaft und die Behörden zur Ermittlung bei
1353 Strafsachen (z.B. Polizei) einbezogen werden. Dazu bedarf es geeigneter (digitaler) Technik, einer zeitgemäßen Büroausstat-
1354 tung und der Gerichtssäle, aber auch einer Intensivierung der Fortbildung.

1355

1356 14.5 Der Vollzug von Strafen ist für uns ein wichtiger Bestandteil öffentlicher Verantwortung und Glaubwürdigkeit. Dabei
1357 kann es nicht nur um die ‚Höhe‘ der Strafe gehen, sondern auch um einen möglichst geringen zeitlichen Abstand zur Tat.
1358 Eine Strafe muss eine Strafe bleiben und Resozialisierung, Abschreckung vor Straftaten und Schutz der Bevölkerung sind
1359 gleichwertige Ziele im Strafvollzug. Diese Grundsätze dürfen nicht abhängig sein von finanziellen Erwägungen. Wir werden
1360 die Umgestaltung der Justizvollzugsanstalt vorantreiben. Besonders wichtig ist aber auch hier: Den gestiegenen Herausforde-
1361 rungen im Strafvollzug, nicht zuletzt durch eine höhere Gewaltbereitschaft und vielfältigerer Herkunft der Gefangenen, muss
1362 mit mehr Personal in der unmittelbaren Nähe der Insassen begegnet werden.

1363

- 1364 14.6 Bremen muss ein aktiverer Teil der Mitwirkung und Weiterentwicklung des Rechtes auf Bundesebene werden. Neben
1365 der Ausschöpfung geltenden Rechtes bedarf es auch in Teilbereichen der Verschärfung oder zusätzlicher Rechtsgrundlagen, um
1366 Fehlentwicklungen und neuen Formen von Straftaten, z.B. im Internet, wirkungsvoller als bisher entgegenzutreten. Dazu wer-
1367 den wir Initiativen ergreifen, um
- 1368 14.6.1 die Möglichkeiten der ‚Gewinnabschöpfung‘ bei Straftätern zu verbessern. Die Beweislast ist umzukehren, sodass
 - 1369 ‚Renditen‘ aus Straftaten regelmäßig eingezogen werden können, wenn der Täter nicht beweisen kann, dass er
 - 1370 Vermögenswerte aus rechtlich einwandfreien Aktivitäten erzielt hat, und
 - 1371 14.6.2 die Möglichkeiten der ‚Vorratsdatenspeicherung‘ zu nutzen, um schwere Straftaten wie z.B. die der Kinderporno-
 - 1372 graphie endlich wirkungsvoll verfolgen und ahnden zu können.

1373

1374

1375 15. HAUSHALT UND FINANZEN

1376

1377 15.1 Das Land Bremen befindet sich seit mehr als 25 Jahren in einer Haushaltsnotlage. Das ganz einfache Prinzip, dass am En-
1378 de die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden müssen und dass dabei in der Regel nur rentierliche Zukunftsinvestitio-
1379 nen eine Ausnahme bilden können, wurde in unsrem Bundesland viel zu lange missachtet. Stattdessen wurde ein Schuldenberg
1380 angehäuft, der bis 2020 auf fast 23 Mrd. Euro anwachsen wird. Dieses entspricht einer rechnerischen Pro-Kopf-Verschuldung
1381 von rd. 33.000 Euro, womit Bremen im Vergleich zu allen anderen Ländern, sowie gemessen am Länderdurchschnitt von rund
1382 7.000 Euro, der traurige Spitzenreiter bleibt. Der Schuldenberg verursacht zudem Zinslasten, die den jährlichen Haushalt mit
1383 rund 600.000.000 Euro belasten. Somit sind mehr als zehn Prozent des Haushalts ausgegeben, bevor eine Kita oder Schule
1384 gebaut, eine Straße oder Brücke saniert oder ein Polizist, eine Lehrerin oder andere öffentlich Bedienstete bezahlt wurden. Die
1385 Haushaltskonsolidierung der Vergangenheit hat einerseits im Wesentlichen von niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen
1386 durch eine gute Konjunktur gelebt. Sie ist andererseits durch Sparen am falschen Ende zustande gekommen: Dringend not-
1387 wendige Investitionen in die Substanz öffentlicher Infrastruktur sind unterblieben, ebenso dringend notwendige Investitio-
1388 nen in die Zukunft wurden verschoben. Beides, das Anhäufen von Schulden und das Unterlassen von Investitionen, ist ein
1389 Kredit auf die Zukunft und eine unverantwortliche Hypothek für die Zukunft unserer Kinder. Wir werden Anstrengungen zur
1390 Reduzierung der laufenden Kosten, zur Reduzierung der Schuldenlast und zu einer Erhöhung der Investitionsausgaben auch
1391 über das Jahr 2019 konsequent fortsetzen. Für uns sind die Vorgaben der sog. ‚Schuldenbremse‘ mit dem grundsätzlichen
1392 Verbot neuer Schulden ab 2020 keine ‚unbillige Last‘, sondern Voraussetzung und Grundsatz für eine nachhaltige und gene-
1393 rationengerechte Haushaltspolitik.

1394

1395 15.2 Unsere Haushaltspolitik wird auch zukünftig auf bewährten Grundsätzen beruhen. Wir setzen auf wachsende Städte bei Ein-
1396 wohnerzahl und in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie damit auf weiterhin steigende Steuereinnahmen. Wir setzen
1397 auf strenge Ausgabendisziplin und eine z.B. durch die Digitalisierung effektiver und schneller handelnde Verwaltung.
1398 Wir setzen in der Ausgabenpolitik auf klare Schwerpunktsetzungen: Bildung (Kita, Schulen und Hochschulen), Verkehr und
1399 Infrastruktur, Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Innere Sicherheit (Polizei und Justiz) müssen
1400 auch in der Ausgabenpolitik sichtbare Priorität haben. Dem steht z.B. gegenüber, dass einem überproportionalen Anwachsen
1401 der Ausgaben für den sozialen Bereich entgegengewirkt werden muss. Mit dieser Politik werden wir die Sparpolitik ‚mit dem
1402 Rasenmäher‘ beenden und die staatlichen (Kern-) Aufgaben bündeln und effektiver gestalten.

1403

1404 15.3 Wir werden uns mit nicht damit zufriedengeben, nur keine neuen Schulden aufzunehmen. Wir sehen es als wesentlichen Teil
1405 unserer politischen Zukunftsverantwortung an, ab 2020 verfügbare, aber bis 2035 befristete zusätzliche Einnahmen durch Sa-
1406 nierungshilfen des Bundes von 400 Mio. Euro jährlich für die Schuldentilgung der Stadtgemeinden und des Landes zu nutzen.
1407 Hierin besteht auch die einzige Möglichkeit, der Gefahr steigender Zinsen vorzubeugen, die die angestrebte eigenständige Fi-

1408 nanzierung des Haushaltes gefährden würde. Demgegenüber werden wir die durch Kredittilgungen anfallenden (anwachsenden) Zinsersparnisse und die durch die Neugliederung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erweiterten Spielräume zielgerichtet insbesondere für zukunftsbezogene, steuerkraftstärkende und rentierliche Investitionen in die Qualifikation unserer Bürgerinnen und Bürger sowie in eine leistungsfähige Infrastruktur nutzen. Durch die Zinseinsparung werden wir im Zeitraum bis 2035 mehr als 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung haben; die erweiterten Spielräume werden zu Beginn des Zeitraums erhöhter Einnahmen zu Mehreinnahmen aus der veränderten Steuerverteilung von rund 87 Millionen Euro pro Jahr führen und sich dynamisch von Jahr zu Jahr steigern. Insgesamt werden knapp drei Milliarden Euro bis 2035 so zusätzlich zur Verfügung stehen. Wir versprechen uns davon insgesamt nicht nur unmittelbar die Wirtschaft stärkende Effekte: Dieses ist auch der richtige Weg für Bremen und seine Stadtgemeinden, der mit nachhaltiger und generationengerechter Entwicklung, mehr Lebensqualität, sicheren Arbeitsplätzen und einem leistungsfähigen öffentlichen System Einwohner hält und Zusätzliche gewinnt.

1418
1419 15.4 Effektiver Umgang mit öffentlichen Mittel bedeutet für uns nicht nur Sparsamkeit und Ausgabendisziplin. Wir werden stärker als bisher die Wirkung öffentlicher Ausgaben überprüfen und insbesondere ‚Zuwendungen‘ an (externe) Projekte und Institutionen regelhaft mit einer Überprüfung von Notwendigkeit und Zielerreichung versehen. Darüber hinaus gilt auch: Wo wir Geld ausgeben und investieren, wollen wir die Umsetzung schneller und basierend auf zuverlässigen Planungen und Kalkulationen realisiert sehen. Eine weitere Verbesserung, z.B. im Management von Immobilien-Bremen, ist nicht nur im Interesse des Steuerzahlers, sondern auch im Interesse der Bedarfsträger, z.B. in der Bildung oder bei der Polizei. Hierzu bedarf es in diesem Bereich nicht nur der personellen Verstärkung und der Reduzierung von bürokratischen Hemmnissen. Wir wollen insbesondere die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Anbietern von Dienstleistungen ‚rund um das Thema Bauen‘ ausweiten. Darüber hinaus ist uns wichtig, die Inanspruchnahme von Förderungsmöglichkeiten des ‚Bundes‘ und ‚Europas‘ seitens des Landes professioneller und zwischen Land und unseren Kommunen gerechter zu gestalten (z.B. hinsichtlich der Verantwortung für die Bereitstellung der sog. Ko-Finanzierung/ der regionalen Eigenmittel), auch mit dem Ziel, diese Möglichkeiten im Interesse Bremens und Bremerhavens besser ausschöpfen zu können.

1431
1432 15.5 Eine effektive Steuer- und Einnahmenverwaltung zeichnet sich nicht nur gegenüber dem Kunden, Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen durch Dienstleistungsorientierung aus. Sie realisiert auch konsequent die Einnahmen, die dem Gemeinwesen zustehen. Dieses sichert nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern ist auch ein wesentlicher Faktor für Steuergerechtigkeit. Wir wollen dazu

1433 15.5.1 eine Finanzverwaltung, die mittelfristig Kommunikation und Bearbeitung ausnahmslos auf eine digitale Grundlage stellt und damit Bearbeitungsfristen und Aufwand weiter reduziert, und

1434 15.5.2 die personell so ausgestattet ist, dass steuerliche Außenstände und Forderungen sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich wirkungsvoll realisiert und unrechtmäßiger Steuervermeidung wirkungsvoll entgegengetreten werden kann.

1441
1442 15.6 Die Steuergesetzgebung ist nicht zuletzt eine Bundesangelegenheit, die aber einen unmittelbaren Einfluss hat auf die Finanzierungsgrundlagen der Länder und Gemeinden haben. Wir werden uns als Bundesland deshalb sehr aktiv, z.B. in die Diskussion um die steuerliche Abgabepolitik einmischen, die unmittelbare Auswirkungen auf unsere öffentlichen Handlungsspielräume hat. Wir wollen so die Selbständigkeit unseres Bundeslandes langfristig sichern, unseren Haushalt aus Einnahmen ohne Kredite finanzieren und für die Bürger die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltige Perspektiven sichern. So ist z.B. für uns die Novellierung und Umgestaltung der Grundsteuer entscheidend. Hier darf kein zusätzlicher und dauerhaft erhöhter bürokratischer Aufwand entstehen, es muss ein transparentes Verfahren zur Festlegung der Grundlagen zur Besteuerung gefunden werden und unter dem Strich können keine zusätzlichen finanziellen Belastungen auf die Kommunen hingenommen werden.

1451
1452 15.7 Neben der offensiven Nutzung von digitalen Neuerungen wird die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bremen auch zukünftig von kompetenten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängen. Wir treten dafür ein, die Zahl und den qualitativen Bedarf anders als bisher so weit wie möglich entsprechend dem gegenwärtigen und zukünftig absehbaren

1455 Aufgabenumfang zu bemessen. Eine Personalpolitik ‚nach Kassenlage‘ mit dem Risiko von Engpässen in der Bearbeitung oder
1456 faktischer Handlungsunfähigkeit wie in der Wohngeldstelle in Bremerhaven oder dem Standesamt in Bremen sind sowohl für
1457 die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inakzeptabel. Dazu werden wir
1458 15.7.1 eine schnelle, vorausschauende und zeitgemäß agierende Personalentwicklung seitens der Ressorts schaffen,
1459 15.7.2 arbeitsplatzbezogenen Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, die nicht nur potentiellen
1460 Nachwuchs ansprechen, sondern auch durch mehr Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Fehlzeiten
1461 und arbeitsbedingten Erkrankungen besser als bisher vorbeugen,
1462 15.7.3 Mehrarbeit vorzugsweise durch Freizeit abgelten, und für Bereiche, wo dieses nicht möglich ist, ausreichende fi-
1463 nanzielle Mittel zum Ausgleich bereitstellen,
1464 15.7.4 eine Bezahlung öffentlich Bediensteter gewährleisten, die sich konsequent am Bundesdurchschnitt orientiert, und
1465 15.7.5 bei allen das Personal betreffenden Veränderungen die Kompetenz der Personalvertretungen, denen wir eine
1466 partnerschaftliche Zusammenarbeit anbieten, so eng wie möglich einbinden.
1467

1468 16. BAU

1469

1470 16.1 Eine gleichermaßen auf Attraktivität, Zweckmäßigkeit und Bedarfsorientierung setzende Baupolitik ist ein entscheidender Be-
1471 standteil für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Nur wenn wir lebenswerte Städte erhalten, werden wir Anzie-
1472 hungskraft für Wachstum und für neue Einwohnerinnen und Einwohner entfalten und Abwanderung verhindern. Wir wissen
1473 uns in einem Wettbewerb insbesondere mit dem Umland, den wir zum gegenseitigen Nutzen entwickeln wollen. Gleichzeitig
1474 verändern sich die Ansprüche: Urbanes Leben gewinnt an Zuspruch, Menschen schätzen die Angebote der Städte. Familien,
1475 Studentinnen und Studenten oder ältere Menschen benötigen auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnittene Häuser oder
1476 Wohnungen. Für die Wirtschaft ist schnell und flexibel verfügbarer Raum ein knappes Gut, mit dem wir in der Konkurrenz zu
1477 anderen Standorten stehen. Wohnen ist aber auch zu einer entscheidenden sozialen Frage geworden, denn angemessener
1478 Wohnraum zu angemessenen Preisen ist für viele Menschen zu einer existentiellen Frage geworden. Die rot-grüne Koalition
1479 hat diese Fragen kaum beantwortet. Wir wollen eine Baupolitik, die nicht verhindert und behindert, sondern die offensiv und
1480 flexibel die Zukunftsaufgaben einer auf Vielfalt und Anziehungskraft ausgerichteten Stadtentwicklung annimmt.

1481

1482 16.2 Die Tatsache, dass sich der Trend einer Abwanderung in das Umland nicht nur abzubremsen, sondern umzukehren be-
1483 ginnt, verstehen wir als Chance und Herausforderung zugleich. In der längerfristigen städtebaulichen Planung wollen wir mit
1484 den Umlandgemeinden Bremens und Bremerhavens enger kooperieren, um fairen Wettbewerb und Ausgleich von Inte-
1485 ressen gleichzeitig zu gewährleisten. Um auch bei uns verschiedenen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht werden zu können,
1486 brauchen wir nicht nur maßgeschneiderte Angebote, sondern auch Flächen, die individuell geplant und bebaut werden
1487 können. Hierzu werden wir 30% größerer Wohnbauflächen bauträgerfrei ausweisen. Dazu gehört aber auch eine verstetigte
1488 finanzielle Vergleichbarkeit der öffentlich erhobenen oder festgelegten Kosten ‚rund um das Bauen‘, insbesondere im Wettbe-
1489 werb mit dem niedersächsischen Umland. Als öffentlichen Beitrag zu mehr Fairness dabei für Neuerwerber oder für Neubauten
1490 werden wir die Grunderwerbs- und die Grundsteuer dem niedersächsischen Niveau angleichen. Zudem werden wir, wo
1491 dieses möglich und sinnvoll ist, die Kosten für den Erwerb eines Eigenheimes senken, indem wir Grundstücke auf der Basis von
1492 Erbbaupacht für die Bebauung mit Einfamilien- und Doppelhäusern ausweisen. Insbesondere jungen Familien wollen wir so
1493 mehr und besser als bisher ermöglichen, ihren Traum vom Eigenheim in Bremen und Bremerhaven zu verwirklichen.

1494

1495 16.3 Wir setzen dazu auf eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik, bei der neben der Wohnbebauung eine gleichzeitige Pla-
1496 nung, z.B. von Nahversorgungsmöglichkeiten, von Kita- und Schulplätzen und z.B. von Angeboten zur Gesundheitsvorsorge
1497 und Kultur von vornherein mitgedacht und realisiert werden. Dazu werden wir

1498 16.3.1 die Planungsabteilungen der Bauämter so ausstatten, das sie wieder selbst und unabhängig von externen Verga-
1499 ben abschließend beplanen können,

- 1500 16.3.2 die Dauer von Bauleitplanungen auf ein Maximum von 12 Monaten reduzieren,
- 1501 16.3.3 die Beweglichkeit der Planung bei der Gestaltung von Neu- und Umbauten, ggf. auch durch Veränderung der
- 1502 rechtlichen Grundlagen, erhöhen,
- 1503 16.3.4 die Quote von 25% sozialem Wohnungsbau bezogen auf einzelne Gebiete flexibilisieren, aber als stadtweite
- 1504 Zielmarken erhalten,
- 1505 16.3.5 zielgruppenorientierter als bisher die Interessen der Familien, von Singlehaushalten oder älteren Mitmenschen
- 1506 berücksichtigen und so zu einem ausgeglichenen Angebot von Miet- und Eigentumswohnungen beitragen,
- 1507 16.3.6 dafür sorgen, dass Bauanträge in der Regel innerhalb von vier Wochen unter Nutzung digitaler Kommunikation
- 1508 entschieden werden, und
- 1509 16.3.7 die Chancen und Vorteile der Digitalisierung für die Planung von Gebäuden nutzen und durch Einführung des
- 1510 sog. ‚Building Information Modeling‘ (BIM) bei öffentlichen Bauwerken im Land Bremen das digital-ganzheitliche
- 1511 Planen und Bauen zum Standard machen. Wir versprechen uns hiervon mehr Transparenz in der Planung, eine
- 1512 Vereinheitlichung der organisatorischen Prozesse, eine realistische Risikokalkulation sowie eine Reduzierung der
- 1513 Bauzeiten und der Kosten.
- 1514 16.4 Eine zeitgemäße Stadtentwicklung spielt die Neuausweisung von Flächen nicht gegen die Sanierung und Innenentwicklung
- 1515 vorhandener Infrastruktur aus. Dabei setzen wir darauf, neue Wohnbaugebiete immer an die örtlichen Gegebenheiten anzu-
- 1516 passen. Durch Zuwanderung, Individualisierung und allgemeines Wachstum gekennzeichnete Städte benötigen schneller als
- 1517 bisher konkrete Angebote, die nicht nur einen gegenwärtigen, sondern auch einen absehbar zukünftigen Bedarf im Auge
- 1518 haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
- 1519 16.4.1 für den Bereich des Neustädter Hafens eine Machbarkeitsstudie und einen Ideenwettbewerb in Auftrag zu geben
- 1520 mit dem Ziel, vor Ende des bestehenden Pachtverhältnisses im Jahr 2027 ein Nutzungskonzept zu entwickeln,
- 1521 mit dem ergebnisoffen eine künftige industrielle, gewerbliche und/ oder wohnbauliche (innovative) (Um-) Nut-
- 1522 zung des Gebietes geprüft wird,
- 1523 16.4.2 die Bebauung in ‚Brokhuchting‘ endlich zu realisieren,
- 1524 16.4.3 die Beplanung des (ehemaligen) Könecke- und Coca-Cola-Geländes in Hemelingen in Richtung ‚Wohnungsbau‘
- 1525 voranzubringen,
- 1526 16.4.4 die beabsichtigte Bebauung des ‚Brinkmann-Geländes‘ mindestens zu beginnen,
- 1527 16.4.5 eine auch Wohnbebauung vorsehende Umnutzung der Randbereiche des ‚Rennbahnareals‘ in Diskussion, Beteili-
- 1528 gung und Planung zu bringen,
- 1529 16.4.6 den Bereich ‚Aumunder-Angelzentrum‘ zu beplanen,
- 1530 16.4.7 die bauliche Tätigkeit in der Verantwortung der GEWOBA im Wettbewerb mit anderen Bauträgern zu unterstüt-
- 1531 zen und auszuweiten, und
- 1532 16.4.8 Baugebiete unter bestimmten innovativen, individuellen und kreativen ‚Themen‘ auszuweisen. Wir versprechen
- 1533 uns davon, in diesen Bereichen z.B. neue Formen der Mobilität zu verwirklichen und alte ggf. einzuschränken,
- 1534 neue Mittel digitaler Kommunikation und Steuerung in ‚smarten‘ Konzepten zu verwirklichen, generationen-
- 1535 übergreifendes Wohnen zu verwirklichen oder auch zu neuen Formen des gemeinsamen ‚Arbeitens und Woh-
- 1536 nens‘ zu kommen.
- 1537
- 1538 16.5 Wir wollen, wo möglich und von den Beteiligten gewünscht, nicht mehr zeitgemäße Grenzen zwischen ‚Wohnen‘, ‚Arbei-
- 1539 ten‘ und ‚Freizeit‘ überwinden. Wir werden uns insbesondere bei der Entwicklung der ‚Überseestadt‘, der Innenstädte und
- 1540 des ehemaligen Kelloggs-Geländes von diesem Grundsatz leiten lassen mit dem Ziel, ein Auseinanderentwickeln von Stadtteilen
- 1541 wie in der Vergangenheit zu verhindern. Darüber hinaus wollen wir die Attraktivität unserer Lage am Fluss besser nutzen und
- 1542 in die (Innen-) Stadtentwicklung gezielt einbeziehen sowie insbesondere für Fußgänger und Radfahrer zusätzliche Übergänge
- 1543 durch Fähren und Brücken schaffen. Dazu werden wir eine Weserquerung, die Wolmershausen und die Überseestadt mitei-
- 1544 nander verbindet sowie zwei Fahrradbrücken planen (eine entlang der A1 in Hemelingen und eine zweite zur Verbindung der
- 1545 Innenstadt mit der Neustadt über die Kleine und Große Weser). Schließlich sind nur sichere Städte attraktiv und deshalb wollen

1546 wir den Aspekt ‚Sicherheit‘ stärker als bisher in Baupolitik und Städteplanung einfließen lassen: Wir werden die Aufenthalts-
1547 qualität in unseren Städten auch durch die Beseitigung von ‚dunklen Ecken‘ und von ‚Angsträumen‘ verbessern.

1548

1549 16.6 Eine ausgleichende Stadtentwicklungspolitik muss daneben die Verdichtung und Sanierung vorhandenen Wohnraums vor-
1550 ranbringen, aber auch innovative Formen des Bauens und des Wohnens zulassen, beispielsweise Wohnen auf dem Wasser
1551 oder ‚Tiny-Houses‘. Wir werden dazu an ausgesuchten Standorten auch Hochbauten zulassen und ein Förderprogramm zur
1552 Aufstockung und Erhaltung vorhandener Wohngebäude auflegen. Zusätzlich wollen wir mit zusätzlichen und spezialisierten
1553 Kapazitäten in der baulichen Planung die Bebauung in der ‚zweiten Reihe‘ und von ‚Lücken‘ identifizieren und fördern. Dazu
1554 halten wir eine Überarbeitung insbesondere älterer Bebauungspläne für erforderlich. Mit Blick auf einzelne Zielgruppen
1555 wollen wir vorhandene Bereiche gezielt einer neuen Nutzung zuführen: So soll z.B. das ehemalige ‚Bundeswehrhochhaus‘ zu
1556 einem Wohnkomplex für Auszubildende und Studierende umgestaltet werden.

1557

1558 16.7 Die Entwicklung der Attraktivität von Innenstädten ist nicht nur für Handel, Gewerbe, Kultur und Gastronomie, sondern
1559 auch für die Identität der Menschen in Bremen und Bremerhaven sowie die touristische Anziehungskraft unserer beiden
1560 Städte besonders wichtig. Wir werden dazu die Umgestaltung des ‚Domshofes‘, der ‚Domsheide‘, des Bereiches um den ‚Brill‘
1561 sowie die Neuordnung der Kaufhausinfrastruktur in Bremen in einem ganzheitlichen Konzept zusammenbinden und dabei die
1562 kreativen Ideen von ‚Buten- und Binnen-Bremern‘ einbeziehen. Neben dem zu wertzuschätzenden privaten Engagement in
1563 diesem Prozess, ist eine gleichzeitige Neuordnung der Parkraumgestaltung und Verkehrsführung nach unserer Auffas-
1564 sung unabdingbar.

1565

1566 16.8 Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Verminderung des sog. ruhenden Verkehrs in bestehenden und ggf. neu zu
1567 errichtenden Wohnquartieren richten. Die meisten der historisch gewachsenen Quartiere sind planerisch und gestalterisch nicht
1568 auf die aktuell vorhandene Anzahl parkender Fahrzeuge ausgerichtet. Die Konsequenz sind nicht nur erhebliche Probleme für
1569 Einsatz- und Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr, sondern auch fehlender Platz für städtisch-urbanes Leben und sinkende Le-
1570 bensqualität. Hier gilt es, zunächst modellhaft, gemeinsam mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern in den beste-
1571 henden Quartieren geeignete Alternativen zu planen und umzusetzen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere werden wir von
1572 Anfang an die Verkehrsanbindung, intelligente Mobilitätslösungen, erforderliche Parkmöglichkeiten und Verkehrsvermeidungs-
1573 strategien einplanen.

1574

1575 16.9 Wir sind uns bewusst, dass Bebauung auch zu Konflikten führen kann. Wir setzen dabei einerseits auf eine frühzeitige Infor-
1576 mation und Einbindung der Beiräte sowie der Bürgerinnen und Bürger, z.B. in Planungskonferenzen oder fallbezogenen
1577 Moderationsverfahren. Und wir setzen andererseits auf rechtliche Bedingungen zur Bebauung, die, wie z.B. bei der Regelung
1578 von Mindestabständen von Windanlagen zur Wohnbebauung, die berechtigten Interessen möglichst aller, im Zweifel aber ins-
1579 besondere die der Wohnbevölkerung berücksichtigen. Unser Ziel ist es darüber hinaus, die Interessen der Allgemeinheit und
1580 die berechtigten lokalen Interessen, z.B. in der Art und Weise einer traditionellen Bebauung, in Einklang zu bringen. Dabei
1581 ist für uns wichtig, dass Baupolitik nicht nur Neubau und Expansion zur Befriedigung von Bedarfen bedeuten kann. Mit Blick
1582 auf einzelne Quartiere verstehen wir Baupolitik auch als wesentlichen Bestandteil einer Politik zur sozialverträglichen Ent-
1583 wicklung bestimmter Bereiche unserer Städte. So werden wir z.B. in der ‚Grohner Düne‘ in Verhandlungen mit der Eigentüme-
1584 rin zu erreichen suchen, die Wohnungen im Gesamtinteresse der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren und die Aufenthalts-
1585 qualität des Quartiers insgesamt erhöhen.

1586

1587

1588

1589
1590

17. SOZIALES

1591
1592
1593
1594
1595
1596
1597
1598
1599
1600
1601
1602
1603
1604
1605
1606
1607
1608
1609
1610
1611
1612
1613
1614
1615
1616
1617
1618
1619
1620
1621
1622
1623
1624
1625
1626
1627
1628
1629
1630
1631
1632
1633
1634

17.1 Sozialstaatprinzip und solidarische Verantwortung sind für uns keine leeren Worte, sondern Auftrag für eine Politik, die für alle, gleich welchen Alters, welcher Herkunft oder in welcher Lebenssituation Verantwortung trägt und übernimmt. Wir sehen mit Sorge, dass es gerade in den letzten Jahren zunehmende Tendenzen zur Armut gibt, die nicht nur regional in unseren Städten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Es ist nicht hinnehmbar, dass Alter und Kinder ein Armutsrisiko sind oder Alleinerziehende systematisch schlechtere Chancen in Ausbildungs- und Berufswelt haben. Als besonders bedrückend und inakzeptabel empfinden wir die Armut von Kindern in Bremen und Bremerhaven, die sich nicht nur in materiell-finanzieller Benachteiligung zeigt und bundesweit einen Spitzenwert erreicht hat. Armut bedeutet schlechtere Chancen in Schule, Ausbildung und Beruf und mündet zu häufig in einen Teufelskreis ein. Wir wollen durch gezieltere finanzielle Förderung und Forderung, aber insbesondere durch Unterstützung zur selbständigen Bewältigung des Lebens ‚Karrieren in Hartz IV‘ verhindern oder unterbrechen.

17.2 Armut und ihre Bekämpfung ist eine Gerechtigkeitsfrage, nicht zuletzt aus mitmenschlicher Verpflichtung und christlicher Nächstenliebe, und damit ein wesentliches Kennzeichen einer humanen Gesellschaft. Bedürftige sind für uns deshalb auch keine ‚Bittsteller‘, sondern fordern zu Recht einen Anspruch ein. Trotzdem gehört auch zur Wahrheit: Für die Umsetzung dieser sozialstaatlichen Aufgaben ist in den letzten Jahren sehr viel (Steuer-) Geld aufgewendet wurde. Kaum ein öffentlicher Haushalt hat in der vergangenen Zeit fast kontinuierlich derartige Steigerungsraten erfahren. Wir sehen einen Grund darin, dass den Ursachen der Armut und der zunehmenden Segregation in unseren Städten nicht wirkungsvoll und zielorientiert genug entgegengetreten wurde und stattdessen nach dem Motto vorgegangen wurde ‚Viel hilft viel‘. Über die Wirkung mit richtigen Zielen durchgeführter Maßnahmen für die Betroffenen wissen wir allerdings nur sehr wenig. Wir werden für eine verbesserte Rechenschaftspflicht über die Wirksamkeit der sozialpolitischen Instrumente sorgen, damit im Interesse der Betroffenen passgenaue Maßnahmen ergriffen und finanziert werden können, aber auch um Missbrauch, wie z.B. bei der Gewährung von Mittel im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes in Bremerhaven, zu verhindern. Außerdem muss dem Ziel der Armutsprävention mehr Bedeutung zukommen: Öffentliche Unterstützung muss in erster Linie individuelle (Eigen-) Verantwortung wecken, stärken und einfordern mit dem Ziel, Leben in Eigenständigkeit zu führen. Eine unter anderem durch Zuwanderung vielfältiger werdende Gesellschaft muss zudem auch neue Formen der aufsuchenden Beratung und Unterstützung entwickeln und realisieren.

17.3 Wirksamkeit erfordert einerseits ein engeres Zusammenwirken der Ressorts Soziales, Bildung, Wirtschaft/Arbeit, Gesundheit und Bau, um mit gebündelten, kontinuierlichen und konzeptionell unterlegten Maßnahmen gemeinsam vorzugehen, und das mit einer klaren Federführung im Ressort Soziales. Wirksamkeit erfordert andererseits aber insbesondere Transparenz: So werden wir z.B.

- 17.3.1 die Ergebnisse von Entgeltverhandlungen von Einrichtungen und Trägern innerhalb eines Monats veröffentlichen,
- 17.3.2 das Controlling bei Zuwendungsempfängern weiterentwickeln mit dem Ziel, die Trägerstrukturen, wo möglich, zu straffen,
- 17.3.3 ein ‚Frühwarnsystem‘ schaffen, um den Missbrauch oder das ‚Versickern‘ öffentlicher Gelder z.B. bei drohender Insolvenz nichtöffentlicher Leistungserbringer zu verhindern,
- 17.3.4 Bürokratie und Routineabläufe vereinfachen und z.B. dafür sorgen, dass Kindergeldanträge zukünftig papierlos erledigt werden können, und
- 17.3.5 ein unabhängiges Qualitäts- und Beschwerdemanagement einrichten.

17.4 Unsere Sozialpolitik hat zwei Ziele und Ansatzpunkte: Wir wollen einerseits besonders betroffene Zielgruppen und andererseits besonders betroffene Stadtteile in den Blick nehmen. So wollen wir eine ‚Politik mit der Gießkanne‘ verhindern und Unterstützung immer mit konkreten Zielvereinbarungen versehen, deren Erreichung auch überprüft wird. Dazu brauchen wir eine bürgernahe Verwaltung, die in nicht mehr als vier Wochen Anträge entscheidet und Hilfe auf den Weg bringt. Dazu

- 1635 brauchen Berechtigte eine Beratung, die ihnen ihre Möglichkeiten aufzeigt und die Reichweite unserer sozialen Instrumente
 1636 im Sinne der Betroffenen so nutzt, dass Ansprüche auch tatsächlich realisiert werden. Dieses gilt insbesondere für die Elterngel-
 1637 danträge, die Mittel für Bildung und Teilhabe, Wohngeld und Hilfen zur Pflege.
 1638
- 1639 17.5 Die Menschen und ihre spezifische Situation müssen im Vordergrund unseres Hilfsansatzes stehen. Hieran müssen die
 1640 Maßnahmen (wirksam) ausgerichtet werden, hier wollen wir sie abholen und zu einem gemeinsamen Ziel begleiten, das ihnen
 1641 ein selbstständiges, würdiges Leben in gesellschaftlicher und beruflicher Beteiligung und Selbstverantwortung ermög-
 1642 licht. Dazu wollen wir z.B.
- 1643 17.5.1 die Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes weiter ausbauen, um Langzeiterwerbslosen und Menschen mit
 1644 dauerhaften Einschränkungen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sind, sinnvolle Beschäftigungs-
 1645 perspektiven zu eröffnen und dazu die Möglichkeit des sog. Passiv-Aktiv-Transfers offensiver als bisher einset-
 1646 zen,
- 1647 17.5.2 Menschen mit Behinderungen noch konsequenter einen selbstverständlichen Weg in eine inklusive Gesellschaft
 1648 ebenen, das System der Arbeitsassistenzen vereinfachen und bedarfsgerecht ausstatten sowie das Prinzip ‚ambu-
 1649 lanter vor stationärer Hilfe‘ konsequent umsetzen, und
- 1650 17.5.3 wohnungslosen Menschen ausnahmslos eine Wohnung anbieten, denn Obdach ist für uns ein Menschenrecht und
 1651 eine Voraussetzung für gesellschaftliche Integration.
 1652
- 1653 17.6 Viel zu lange ist in unseren Städten hingenommen worden, dass sich Stadtteile sozial auseinanderentwickeln. Wir wollen eine
 1654 Vielfalt der Mentalitäten und der städtebaulichen Unterschiede, die bunte Mischung bildet das Ganze und ist für uns eine Stär-
 1655 ke. Wir wollen aber keine soziale Abschottung und kein ‚Abkoppeln‘ von ganzen Regionen, die zu Instabilitäten insgesamt
 1656 führen können. Wir werden deshalb auch unter sozialen Gesichtspunkten
- 1657 17.6.1 die Mischung von Arbeiten, Freizeit und Wohnen fördern,
 1658 17.6.2 eine Steuerung der Zuwanderung auch unter regionalen Gesichtspunkten aufbauen, und
 1659 17.6.3 durch gleichzeitige bauliche Sanierung, Aktivierung der bürgerschaftlichen Verantwortung und der sozialen Kon-
 1660 trolle, leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen wie insbesondere Schulen sowie mit Maßnahmen zur Präventi-
 1661 on vor Unordnungstendenzen die Entwicklung von Stadtteilen mit besonderen Problemlagen voranbringen. Und
 1662 dazu gehört auch: Ein ganzheitliches Quartiersmanagement, möglichst mit allen Bereichen der Hilfe und Ber-
 1663 atung (Gesundheit, Arbeit, Bildung etc.) in Zentren unter einem Dach, das die Arbeit bündelt und koordiniert.
 1664 Hierbei orientieren wir uns am Konzept ‚sozialraumorientierter Präventionsketten‘, das alle Akteure eng ver-
 1665 netzt.
 1666
- 1667 17.7 In kaum einer Region Deutschlands leben so viele Alleinerziehende. Hauptsächlich Frauen tragen dabei in ‚kleinen Familien‘
 1668 Verantwortung für die Erziehung von Kindern und nehmen damit eine wichtige Funktion in der Gesellschaft wahr. Diese
 1669 Wertschätzung wollen wir dadurch unterstreichen, indem wir die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende in Beruf, Studi-
 1670 um und Ausbildung deutlich verbessern und in der Beschäftigungsquote dieses Personenkreises mindestens den Durchschnitt
 1671 der Stadtstaaten erreichen. Dieses erfordert
- 1672 17.7.1 die Zahl der teilzeitfähigen Arbeitsplätze, insbesondere aber der Ausbildungsplätze in Teilzeit deutlich zu stei-
 1673 gern,
 1674 17.7.2 Alleinerziehenden bei der Zuweisung von Kita- und Ganztagschulplätzen im Zweifel den Vorrang zu geben,
 1675 17.7.3 spezifische Netzwerke und Beratungsangebote zu schaffen, und
 1676 17.7.4 die Kinderbetreuungszeiten in Kitas zu flexibilisieren und auch im Krankheitsfall eines Kindes Betreuungsmög-
 1677 lichkeiten verfügbar zu machen.
 1678
 1679

1680
1681

18. UMWELT UND ENERGIE

1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724

18.1 Wir sehen den Schutz der Umwelt nicht nur als einen Teil unserer Zukunftsverantwortung für eine lebenswerte Welt für unsere Kinder. Wir empfinden aktiven Umweltschutz als Teil unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt, in der uns immer deutlicher wird, dass Erderwärmung und Klimawandel, Verschmutzung von Luft, Umwelt und Meeren oder auch die zunehmende Verknappung von trinkbarem Wasser keine Probleme sind, die ‚weit weg‘ sind. Tatsächlich spüren wir nicht nur die umweltbezogenen, sondern auch die sozialen und migrationsbezogenen Auswirkungen längst in unseren Städten. Steigende Temperaturen, mit ihren Auswirkungen z.B. auf Trinkwasserversorgung oder Schifffahrt und steigende Meeresspiegel, z.B. verbunden mit erhöhten Anforderungen an den Deichschutz, sind auch jetzt schon lokal ganz konkrete eingetretene Folgen der globalen Klimaveränderung. Wir sind vielfältige Ankündigungen von Rot-Grün gewohnt, nicht zuletzt bei den Klimazielen. Auch hier ist die derzeitige Koalition an selbst gesteckten Zielen gescheitert. Nach dem Motto ‚global denken, lokal handeln‘ wollen wir frei von Ideologie und pragmatisch die Interessen von Umweltschutz, Wirtschaft und Verkehr nachhaltig ausgleichen und von einem scheinbaren Widerspruch zu einem Standortvorteil entwickeln. Wir setzen auf Kooperation und nicht auf Konfrontation. Wir wollen, dass von einer Intensivierung der umweltbezogenen Technologien, Forschung und wirtschaftlichen Anwendung zusätzliche Impulse für Umwelt, Menschen und Wirtschaft ausgehen. Eine besondere und beispielhafte Rolle spielen dabei für uns die Elektromobilität in Bremen oder die Windenergie in Bremerhaven.

18.2 Deiche und ihr Hinterland sind für unser Landschaftsbild in Norddeutschland prägend. Sie erfüllen nicht nur wichtige Schutzfunktionen, sondern sind darüber ein Teil Naherholung, Landwirtschaft und wichtiger Lebensraum für eine spezielle Flora und Fauna. Ihre Pflege und ihr Erhalt sind deshalb für uns Daseinsvorsorge und Naturschutz in gleicher Weise. Dazu wollen wir diese Landschaften nicht nur konventionell, sondern auch vor neuen Bedrohungen schützen: ‚Prädatoren‘ (räuberische Tiere mit schädlichem Beutetrieb) und ‚invasive Pflanzen‘ (sich schädlich ausbreitende Pflanzenarten) stellen zunehmend eine solche dar, der wir gemeinsam mit Landwirtschaft, Deichverbänden und Jägerschaften auch überregional entgegentreten müssen.

18.3 Bremen und Bremerhaven sind Städte, die zu Recht stolz sind auf ihre vielfältigen Parkanlagen. Diese sind nicht nur ‚grüne Lungen‘ in unseren Städten, sondern ein wesentlicher Teil von Lebensqualität, Attraktivität und Naherholung für Jung und Alt. Sie sind gleichzeitig Gegenstand ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im besten hanseatischen Sinne. Ihr Erhalt ist für uns darüber hinaus ein Teil unserer regionalen Verantwortung für Umwelt- und Naturschutz ‚im Kleinen‘. Der städtische Baumbestand, nicht nur in Parkanlagen, prägt das Bild in unseren Städten ganz maßgeblich mit und ist ein Teil von Lebensqualität und Attraktivität. Wir wollen deshalb, wo immer möglich, jeden abgehenden Baum ersetzen. Es gehört aber auch dazu, den Pflegezustand und die Qualität von natürlich genutzten Flächen für Umwelt, Stadt und Menschen zu erhalten und wo notwendig zu verbessern, ihren Bestand uneingeschränkt sicherzustellen und die Nutzung so zu regeln, dass der Schonung der Natur im Zweifel Vorrang eingeräumt wird. Deshalb lehnen wir private Partys oder Veranstaltungen auf Flächen, die hauptsächlich der Erholung und Freizeitgestaltung der Allgemeinheit dienen sollen, ab.

18.4 Wo sich Lebensgewohnheiten und Interessen anders als bisher entwickeln, muss in unseren Städten auch die Bereitschaft zur Veränderung bestehen. Wir wollen gemeinsam mit den Kleingartenvereinen darüber sprechen, welche brachliegenden Flächen im Einvernehmen einer anderen Nutzung zugeführt werden können. Gleichzeitig werden wir anregen, die Regeln zur Bewirtschaftung von Kleingärtenflächen zu überdenken.

18.5 Umweltschutz durch Verbote, Plaketten oder Verbotszonen für bestimmte Nutzungen können nur die letzten Mittel sein. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Umweltschutz vorzugsweise durch Anreize zu verwirklichen. Dabei soll nach unserer Auffassung die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion einnehmen. Wir wollen, wenn es die Infrastruktur zulässt, nach und nach alle Dächer öffentlicher Gebäude begrünen und/oder für die Erzeugung von Energie durch Photovoltaik und Solarthermie (mindestens 100 Anlagen bis 2023) einsetzen und auch bei gewerblichen Infrastrukturen für einen entspre-

- 1725 chende (zusätzliche) Nutzung werben. Für private Bauherren werden wir für die freiwillige Begrünung ihrer Immobilie ein Förderprogramm auflegen.
- 1726
- 1727
- 1728 18.6 Wir werden eine zuverlässige Müllentsorgung gewährleisten, deren Dienstleistungen sich gleichermaßen an den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Umweltschutzes orientieren müssen. Eine Erhöhung der Müllgebühren, als Folge organisatorischer Veränderungen, werden wir nicht zulassen. Die Entsorgung von sog. Wertstoffen in Müllsäcken werden wir nur noch bei den Recycling-Höfen zulassen und sonst ausnahmslos auf die ‚Gelbe Tonne‘ umstellen. Das Angebot der Recycling-Höfe werden wir flächendeckend erhalten.
- 1729
- 1730
- 1731
- 1732
- 1733
- 1734 18.7 Umweltschutz und Energienutzung liegen nahe beieinander. Schon heute können Energieproduzenten und Nutzer durch Nachfrage nachhaltig beeinflussen, aus welchen Rohstoffen sich die Energieproduktion speisen soll. Unsere politischen Ziele bleiben die Einhaltung der vereinbarten Klimaziele und die deutliche Reduzierung der CO₂-Emission. D.h.: Die bis 2020 zu erwartende ungefähre Reduzierung von 13% im Vergleich zu 1990 muss deutlich gesteigert werden, und sich an der geplanten (und weiterhin notwendigen) Zielmarke von 40% orientieren. Dazu wollen wir eine gleichermaßen wirtschaftlich wie sozial- und umweltverträgliche Energiewende und insbesondere bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Bremen vom Netz nehmen, und auch auf der Bundesebene auf entsprechende Rahmenbedingungen hinwirken. Hierbei setzen wir einerseits auf Energieeinsparungen, umweltverträgliche Energieproduzenten und ein durch die Digitalisierung effektiver gesteuertes Energiemanagement. Und dazu wollen wir andererseits die allgemeine, insbesondere aber energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude verstärken. Einen Beitrag dazu sehen wir auch im Bau der Fernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk in die Vahr.
- 1735
- 1736
- 1737
- 1738
- 1739
- 1740
- 1741
- 1742
- 1743
- 1744
- 1745 18.8 Windenergie spielt als Energieträger und als regionale industrielle Kompetenz eine wichtige Rolle, an deren herausragender Bedeutung für die Energieproduktion für die Zukunft nach unserer Auffassung nicht zu zweifeln ist. In einem norddeutschen Verbund werden wir die Potentiale der Offshore-Energie verstärkt nutzen, uns für den Ausbau von Offshore-Parks einsetzen und, für einen verbesserten Energietransfer, den Ausbau der Energienetze in der Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern unterstützen. Wir wollen, das Bremen und Bremerhaven auch zukünftig Kompetenzzentren für Windenergie bleiben. Dazu bedarf es eines vernetzten Handelns des Landes mit und in Richtung des Bundes und der anderen Länder, das aktiv zu betreiben sein wird. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Beschränkung der Ausbauziele abzuschaffen.
- 1746
- 1747
- 1748
- 1749
- 1750
- 1751
- 1752
- 1753
- 1754 18.9 Um (temporäre) Stromüberschüsse, insbesondere aus der Windenergie aber auch aus der Industrie, besser nutzen und speichern zu können, das Stromnetz in Zeiten stark schwankender Stromproduktion aus erneuerbaren Energien stabil zu halten und umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen, streben wir ein Modellvorhaben zur Kopplung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Privathaushalte über die sogenannte Power-to-X-Technologie an. Dafür werden wir das Know how aus Wissenschaft und Forschung, insbesondere im Bereich Energieforschung an der Hochschule Bremerhaven, nutzen und ausbauen. Bei der Power-to-X-Technologie wird Strom aus erneuerbaren Energien mittels Elektrolyse CO₂-neutral in chemische Energieträger wie Wasserstoff oder Methan (Power-to-Gas), in flüssige synthetische Kraftstoffe (Power-to-Liquid) bzw. in Wärmeenergie (Power-to-Heat) umgewandelt. Insbesondere die Busflotten der BSAG und von BremerhavenBus eignen sich zum Einsatz von mithilfe von Ökostrom produziertem Wasserstoff, Methangas bzw. Diesel. E-Fuels können auch als Schiffsdiesel bzw. Flugbenzin zum Einsatz kommen. Für Power-to-Heat-Verfahren könnten die in den beiden Stadtgemeinden bestehenden Fernwärmenetze genutzt werden. Um die Wirtschaftlichkeitslücke zu herkömmlichen Energieträgern zu verringern, ist neben einer direkten Förderung die Befreiung solcher Umwandlungs- und Speicherprozesse von der EEG-Umlage unabdingbar, für die wir uns auf Bundesebene einsetzen werden.
- 1755
- 1756
- 1757
- 1758
- 1759
- 1760
- 1761
- 1762
- 1763
- 1764
- 1765
- 1766
- 1767
- 1768 18.10 Die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastikmüll stellt eines der vordringlichen umweltpolitischen Probleme unserer Zeit dar. Wir unterstützen daher das Anliegen der EU-Kommission mittelfristig bestimmte Plastikprodukte zu verbieten. Dieses wird alleine aber nicht ausreichen. Wir werden daher auf lokaler Ebene gezielt Projekte fördern, die das Ziel haben, weitere Plastikprodukte zu ersetzen. Ferner werden wir auf Bundesebene eine Initiative auf den Weg bringen, um auf bestimmte Pro-
- 1769
- 1770
- 1771

1772 dukte aus Plastik (wie z.B. Tüten) eine Abgabe erheben zu können, damit deren Produktion und Verwendung möglichst unattraktiv wird. Wir werden ebenfalls versuchen, Einwegverpackungen aller Art in Bremen drastisch zu reduzieren. Dazu gehören insbesondere die Einwegkaffeebecher, deren Nutzung seit Jahren explosionsartig ansteigt. Wir werden durch Anreize zur Vermeidung und ggfs. durch lokale Abgaben auf Einwegverpackungen die Zahl in Bremen deutlich einschränken.

1776

1777 19. BEIRÄTE

1778

1779 Die Beiräte in unseren Stadtteilen in Bremen sind für uns die wichtigsten Träger politischer Beteiligung auf einer regionalen Ebene und für uns Partner in der gemeinsamen Verantwortung für die Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Das ehrenamtliche Engagement in diesem Feld verdient entschieden mehr Wertschätzung und Unterstützung als dies derzeit der Fall ist. Hierzu gehört auch, das geltende Beirätegesetz umzusetzen und eine partnerschaftliche Arbeitsbeziehung zwischen Beiräten und Verwaltung ‚auf Augenhöhe‘ zu organisieren. Nicht selten müssen die Konsequenzen und Entscheidungen der ‚großen‘ Politik auf dieser Ebene begründet und gegenüber der Bevölkerung vertreten werden. Wir wollen die Beiräte noch besser als bisher einbinden in diese Entscheidungen, insbesondere in die Aufstellung von Haushalten, die auch in den Stadtteilen wesentliche Weichen für die Sachpolitik stellen. Wir wollen dazu ermuntern, dass von der Vertretungsmöglichkeit von Beiratsinteressen in Deputationen und in der Stadtbürgerschaft häufiger Gebrauch gemacht wird. Wir wollen umgekehrt, dass in jedem Beiratsbereich pro Jahr mindestens ein Mitglied des Senates den Beiräten und der Bevölkerung öffentlich Rede und Antwort steht. Wir wollen, dass die Beiräte nicht nur in Fragen der Bebauung und der Stadtentwicklung ein Recht auf frühestmögliche Information haben, sondern auch in allen anderen Fragen von für den Stadtteil grundsätzlicherer Bedeutung eingebunden werden. Die Ausstattung der Ortsämter ist nach unserer Auffassung so zu bemessen, dass eine angemessene, kompetente und die Beiräte von Routinearbeiten entlastende Unterstützung jederzeit sichergestellt ist.

1793

1794 20. KULTUR

1795

1796 20.1 Kultur bestimmt Kreativität, Ausstrahlung, Identität und Lebensgefühl in unseren beiden Städten maßgeblich mit. Kultur ist Attraktivität, Aktivität, Ausgleich und schöpferische Unruhe gleichzeitig. Kultur steht für neue Ideen und für (geistigen) Fortschritt ebenso wie für Tradition und die Besinnung auf bewährte Werte. Kultur ist Erinnerung und Lernen für die Zukunft. Kultur kritisiert und führt gleichzeitig zusammen. Kultur ist für uns kein Luxus, den sich eine Gesellschaft leistet oder nur einigen Wenigen zur Verfügung stehen soll. Kultur ist deswegen auch weit mehr als das Aufbewahren von Kulturgütern, Werken oder Ideen, so wichtig dieses ist. Auch die Unterscheidung von ‚Hochkultur‘ oder ‚freier Szene‘ wird der Bedeutung aller Kulturschaffenden für die Anziehungskraft und Entwicklung Bremens und Bremerhavens und der Abhängigkeit des einen vom anderen nicht mehr gerecht. Merkmal von Kultur ist für uns Vielfalt, in den Themen, in den Sparten und in den Strukturen. Wir wollen die Förderung von Kultur in inhaltlichen Zusammenhängen ordnen und fördern, Profile schärfen und Schwerpunkte setzen. Einzelne Einrichtungen, Projekte und Kulturschaffende können dabei in unterschiedlichen und auch übergreifenden Kategorien ‚unterwegs‘ sein. Diese sind

- 1800 ○ Kultur – Kreativität – Wirtschaft
- 1801 ○ Kultur – Bildung – Erinnerung – Forschung - Demokratievermittlung
- 1802 ○ Kultur – Tradition/Werte/Identität/Information - Integration
- 1803 ○ Kultur – Unterhaltung/Freizeit – Standort – Attraktivität

1811

1812 20.2 Eine lebendige kulturelle Szene und herausfordernde Aktivitäten haben immer auch mit der Verfügbarkeit von Ressourcen zu tun. Dabei geht es einerseits nicht nur um die Höhe, sondern auch um die Zuverlässigkeit und längerfristige Planbarkeit.

1813

- 1814 keit. Es geht andererseits um Wertschätzung für privates Engagement durch Stiftungen und Zuwendungen, das wir weiter för-
 1815 dern wollen. Wir werden mit den Mitteln aus den Einnahmen der sog. Citytax
- 1816 20.2.1 einen Fonds schaffen, mit dem private neue Spenden in den Grundstock einer Stiftung mit kulturell-öffentlicher
 1817 Zwecksetzung verdoppelt werden können,
 - 1818 20.2.2 Projektmittel erhöhen und planbar gestalten,
 - 1819 20.2.3 die Nachwuchsarbeit und die kulturell-professionelle Arbeit unterstützen, indem wir bis zu vier Stipendien (sechs
 1820 Monate je 2.000€) je in Bremen und Bremerhaven unterstützen,
 - 1821 20.2.4 Kulturschaffende durch gezielte Fortbildung in Akquisition von Sponsoring unterstützen,
 - 1822 20.2.5 einen Preis für Bremer und Bremerhavener Buchhandlungen ausloben, und
 - 1823 20.2.6 ein Förderprogramm zur Schaffung von Atelierräumen auflegen.
- 1824
- 1825 20.3 Wir wollen, dass Kultur in unseren Schulen sichtbarer wird und Kultureinrichtungen häufiger als bisher von Schülerinnen
 1826 und Schülern besucht werden. Dazu wollen ‚Kulturschaffende‘ einladen, den Unterricht an Schulen zu unterstützen und mehr
 1827 und andere Kultureinrichtungen dabei unterstützen, neben der Arbeit in der Kultur zu externen Lernorten zu werden. Neben
 1828 den Schülerinnen und Schülern, wollen wir mehr Studentinnen, Studenten und Auszubildende für die Kultur gewinnen und dazu
 1829 ein Semesterticket ‚Plus Kultur‘ schaffen.
- 1830
- 1831 20.4 Kulturelle Werte, kulturelle Vielfalt und Kreativität und kulturelle Traditionen vermitteln Orientierung und sind ein wichtiger
 1832 Beitrag zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Urteilsvermögens. Wir wollen, dass unsere Schulen unser kulturelles Erbe ver-
 1833 mitteln. Kindern und Jugendlichen sollen unsere Wurzeln, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, nähergebracht werden kön-
 1834 nen. Kindergartengruppen und Schulklassen werden dazu in allen öffentlichen Museen freien Eintritt erhalten.
- 1835
- 1836 20.5 Die Reichweite und Nutzung von Kultur hängt auch davon ab, inwieweit sie verfügbar ist, wenn Zielgruppen sie nachfragen.
 1837 Dazu wollen wir z.B. die Sonntagsöffnung der Stadtbibliotheken in Bremen und Bremerhaven. Auch eine ‚digitale Öffnung‘
 1838 kann zur Bandbreite der Möglichkeiten gehören, die Verfügbarkeit von Dienstleistungen durch Bibliotheken zu verbessern und
 1839 so zusätzliche Nutzerkreise zu erschließen.
- 1840
- 1841 20.6 Politik selbst ‚macht‘ keine Kultur, sondern schafft die Rahmenbedingungen und Räume dafür, dass Künstlerinnen und
 1842 Künstler kreativ und zum Wohle der Gemeinschaft gestalten und wirken können. Gemeinsam mit allen ‚Kulturschaffenden‘
 1843 und Akteuren werden wir eine Kulturstrategie des Landes und der Kommunen entwickeln, die klare und transparente För-
 1844 derkriterien vorgibt und neue Entwicklungen ermöglicht. Dabei werden wir Initiativen für ‚Kultur und Digitales‘ und zur Stär-
 1845 kung der ‚Gegenwartskunst‘ ergreifen. Strategische Ausrichtungen neu aufzusetzen, heißt für uns aber auch, ggf. politische
 1846 Zuständigkeiten unter Beteiligung der Betroffenen zu verändern, wenn dieses zweckmäßig erscheint: Um Synergien zu schaf-
 1847 fen und Vernetzungen zu verbessern, wollen wir die Musikschulen und die Volkshochschulen administrativ dem Bereich ‚Bil-
 1848 dung‘ zuordnen.
- 1849
- 1850 20.7 Von besonderer Bedeutung, auch mit einer deutlich überregionalen Ausstrahlung, sind für uns unsere Orchester und ihre Dar-
 1851 bietungen z.B. im Rahmen der Philharmonie oder auch im Rahmen von ‚Events‘ wie z.B. dem Musikfest Bremen. Wir werden
 1852 ihren Bestand und ihre Entwicklung auch weiterhin unterstützen. Besonders beispielgebend ist für uns nicht nur das inzwischen
 1853 internationale Renommee der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, sondern auch deren schulisches Engagement zu
 1854 Gunsten von Schülerinnen und Schülern und einer ganzen städtischen Region. Wir wollen dieses Engagement zur Förde-
 1855 rung des Nachwuchses, aber auch mit sozialen und integrationspolitischen Hintergründen, nachdrücklich fördern und, wo mög-
 1856 lich, ausweiten. Dazu werden wir die Durchlässigkeit und Zusammenarbeit zwischen professionellen und ehrenamtlichen Musi-
 1857 kern verbessern und die Durchgängigkeit der musikalischen Förderung zwischen unterschiedlichen Schulen ermögli-
 1858 chen.
- 1859

1860 20.8 Bremens kulturelle Vielfalt ist insbesondere, aber nicht nur abhängig von der Kreativität der Kulturschaffenden. Bremen hat
1861 eine besondere Tradition in der Unterstützung der Kultur durch Mäzenatentum, Sponsoring und ehrenamtliches Engage-
1862 ment für die Kultur, für die Bewahrung von kulturellen Werten und die Pflege von Traditionen. Bremen wäre ohne dieses En-
1863 gagement in mehrfacher Hinsicht ‚ärmer‘. Wir wertschätzen und fördern deshalb diese breite tätige und finanzielle Un-
1864 terstützung, z.B. in Vereinen, durch private Sammlungen oder etwa durch die Zurverfügungstellung von Exponaten. Dieses
1865 bereichert nicht nur das kulturelle Angebot unserer Städte, sondern ist auch Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung in ei-
1866 nem typischen und gewachsenen Bremischen (hanseatischen) Selbstverständnis. Beispiele für viele andere sind dafür der
1867 Kunstverein Bremen in seiner unverzichtbaren Trägerschaft und Unterstützung der Kunsthalle Bremen oder der Kunstverein
1868 Bremerhaven mit dem Kunstmuseum und der Kunsthalle. Dieses Engagement ist bereits selbst Teil einer speziellen Kultur in
1869 Bremen und Bremerhaven, die wir bewahren und stärken wollen.

1870
1871 20.9 Die Museen in Bremen und Bremerhaven sind mehr als die ‚kollektiven‘ Gedächtnisse der Gesellschaft. Sie sind als Anzie-
1872 hungspunkte für Besucher ebenso unverzichtbar wie als Lernorte, z.B. für Schülerinnen und Schüler. Wir wollen ihre Attrakti-
1873 vität erhalten und wo notwendig steigern. Dieses bedeutet, nicht nur zu bewahren, sondern auch zu verändern. Dazu müs-
1874 sen sie in die Lage versetzt werden, neben der Öffnung für das Publikum, ihre kulturfachliche Arbeit zu leisten. D.h.: Zu be-
1875 wahren, neue Erkenntnisse zu gewinnen, zu präsentieren, aber auch Bestände zu digitalisieren und z.B. die Provenienz zu er-
1876 forschen. D.h., sich mit klassischen und für Bremen typischen Themen, z.B. rund um die kaufmännischen, seefahrerischen und
1877 maritimen Traditionen Bremens und Bremerhavens auseinanderzusetzen und sie einem breiten Publikum zugänglich zu ma-
1878 chen. D.h. aber auch, sich mit (ggf. unbequemen) Themen wie z.B. dem Kolonialismus (neu) auseinanderzusetzen. D.h.
1879 schließlich aber insbesondere, dazu auch neue Wege zu gehen, die wir nachdrücklich unterstützen werden: Bremen muss eine
1880 digitale Kulturstrategie für Museen vorantreiben und so die Häuser sowohl für Forschungsdatenbanken als auch für Besu-
1881 cher jeweils digital zugänglich machen. Neben einer technischen Infrastruktur (LAN/WLAN) ist die Umsetzung eines ‚digitalen
1882 Besuchs‘ anzugehen. Dieses bedarf Initiative und Akzeptanz bei allen Beteiligten im öffentlichen wie im privaten Raum: Wir
1883 wollen einen Runden Tisch mit den (ehrenamtlichen) Museen etablieren, um durch einen regelmäßigen Austausch die dort ge-
1884 leistete Arbeit frühzeitig unterstützen zu können, auch, um so den Verlust durch Schließung oder Abzug z.B. von Sammlungen
1885 für Bremen zu vermeiden.

1886
1887 20.10 Bremen und Bremerhaven haben als ‚Theaterstädte‘ eine lange, eigenständige und etablierte Tradition. Neben den ‚Gro-
1888 ßen‘ gibt es eine Vielzahl weiterer Spielstätten der darstellenden Kunst. Die großen Theater in Bremen und Bremerhaven ha-
1889 ben mit ihrem jeweiligen Status als Stadttheater jedoch jeweils ein Alleinstellungsmerkmal, das eine große Verantwortung be-
1890 deutet. Experimentelles Theater muss auf den Bühnen dort ebenso Platz finden wie auch ein Programm, das die breite Stadt-
1891 gesellschaft anspricht und Publikum bindet. Die Theaterlandschaft wollen wir weiter unterstützen, ihre Vielfalt und ihre
1892 ggf. besondere Profilierung erhalten. So gehört z.B. die Bremer Shakespeare Company mit ihrem Ensemble zu einer der re-
1893 nommiertesten Schauspielgruppen in Deutschland. Die ehrenamtlichen Theaterschaffenden im Bereich der Amateurtheater,
1894 aber auch die freie Theaterszene, wollen wir stärker fördern. Sie sind nicht nur ein wichtiger und kreativer ‚Teil des Gan-
1895 zen‘, sondern bieten häufig für den (beruflichen) Einstieg in Theater und Schauspiel auch eine unverzichtbare ‚Bühne‘.

1896

1897 21. GESUNDHEIT

1898

1899 21.1 Auch Dank eines geradezu atemberaubenden wissenschaftlichen Fortschritts in der Medizin steigt die durchschnittliche Lebens-
1900 erwartung und kann bis in das hohe Alter eine zunehmende Lebensqualität sichergestellt werden. Wie in kaum einem ande-
1901 ren Land der Welt profitieren breite Bevölkerungsschichten von diesen Entwicklungen. Dennoch gibt es zahlreiche Probleme:
1902 Eine zunehmende Überforderung der Krankenhäuser, die unter einem gewaltigen Kostendruck zu leiden haben. Eine sich in
1903 der Fläche unserer Städte auseinanderentwickelnde Hausärzte- und Fachärzteversorgung. Notfallambulanzen, die ständig an

- 1904 den Belastungsgrenzen arbeiten. Wir wollen die bestehenden Strukturen, in der die Verantwortung für das Gesundheitswesen
 1905 in einer Bündelung von öffentlichen und privaten Einrichtungen wahrgenommen wird, unter Berücksichtigung des demografi-
 1906 schen Wandels, zukunftsfest gestalten. Wir wollen eine qualitativ hoch- und gleichwertige Versorgung für alle Bremerin-
 1907 nen und Bremer.
 1908
- 1909 21.2 Grundlage und Basis einer guten medizinischen Versorgung ist die allgemeinmedizinische haus- und kinderärztliche Be-
 1910 treuung, die wir für alle Stadtteile ortsnah und schnell verfügbar sicherstellen wollen. Dazu wollen wir mit den Interessenver-
 1911 bänden und insbesondere die kassenärztlichen Vereinigungen eine neue sozialraumorientierte Bedarfsplanung, in Verbindung
 1912 mit Anreiz- und Förderprogrammen (z.B. durch Mietunterstützung), insbesondere für jüngere Medizinerinnen und Mediziner,
 1913 auf den Weg bringen. In der Städte- und Quartiersplanung muss zukünftig die Versorgung mit ortsnahe verfügbarer me-
 1914 dizinischer Kompetenz von vornherein mitgedacht werden. Um Lücken zu schließen und um schnell medizinische Hilfe vor
 1915 Ort zu bringen, wollen wir, wo möglich, das Instrument der Telemedizin weiterentwickeln und einsetzen. Diese kann, z.B. per
 1916 Video-Verbindung, einen Beitrag dazu leisten, in Ergänzung des klassischen Arztbesuches häufiger, individueller, regelmäßiger
 1917 und ortsunabhängiger als bisher den Rat eines Mediziners oder einer Medizinerin einholen zu können.
 1918
- 1919 21.3 Prävention und Akutmedizin, Beratung und Behandlung, Information und Intervention müssen zukünftig mehr als bisher
 1920 Netzwerke bilden. Zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung muss auch eine Verbesserung des Gesundheitsverhal-
 1921 tens kommen. Integrierte Versorgungszentren auf der einen und Gesundheitstreffpunkte auf der anderen Seite sollen das nach
 1922 unserer Vorstellung ortsnah sowie fachlich bzw. zielgruppenspezifisch sicherstellen. So können sich für uns fachärztliche In-
 1923 tervention und allgemeine Prävention, z.B. auch für eine bessere Ernährung ergänzen. Insbesondere in die präventive Ar-
 1924 beit wollen wir in dort tätige Einrichtungen, die mit einem Bildungsauftrag Menschen erreichen, mehr investieren. Neben mehr
 1925 Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement in diesem Bereich, werden wir in jeder Bildungs- und Betreuungseinrichtung
 1926 zukünftig mindestens eine Präventionsfachkraft einsetzen.
 1927
- 1928 21.4 Wir werden unsere Kliniken aus dem derzeit ständigen Krisenmodus herausführen. Das Nebeneinander von öffentlichen
 1929 und von Kliniken in nichtöffentlicher Trägerschaft hat sich bewährt, muss aber mehr als bisher zum gegenseitigen Nutzen und
 1930 zum Heben von Synergieeffekten geführt werden. Unsere öffentlichen Krankenhäuser, die mehr als zwei Millionen Menschen
 1931 aus Bremen und ‚Umzu‘ behandeln, wollen wir gleichzeitig an allen vier Standorten erhalten und spezialisieren. Für
 1932 Bremerhaven ist insbesondere der Standort Reinkenheide mit seiner ‚Maximalversorgung‘ zu sichern und wir treten nach-
 1933 drücklich dafür ein, bestehende Qualitätsstandards, z.B. auch in der Neonatologie, für die Stadtgemeinde zu erhalten. Grund-
 1934 sätzlich wollen wir
- 1935 21.4.1 die öffentlichen Investitionen in unsere Kliniken schrittweise auf die notwendigen Mittel erhöhen,
 1936 21.4.2 die gemeinsame Planung zum Krankenhausbedarf und zur wissenschaftlichen Begleitung unserer medizinischen
 1937 Einrichtungen insbesondere mit den niedersächsischen Umlandgemeinden intensivieren, und
 1938 21.4.3 zur Entlastung der Notfallambulanzen in den Kliniken gemeinsame ambulante Portalpraxen auf den Weg bring-
 1939 gen, um ‚echte‘ Notfälle schneller und sicherer als bisher von Vermeintlichen unterscheiden zu können.
 1940
- 1941 21.5 Darüber hinaus wollen wir digitale Mittel der Kommunikation nutzen, um spezifische Angebote zur Prävention durch ein
 1942 zusätzliches, mehrsprachiges und virtuelles Gesundheitszentrum bekannt zu machen, das, öffentlich organisiert, von Einrich-
 1943 tungen der Gesundheitsvorsorge (z.B. auch Sportvereinen) und der Beratung mitgenutzt werden kann. Wir wollen, dass ge-
 1944 sundheitliche Angebote, Beratung und Hilfe, unabhängig von Ort und Zeit, für alle Bürgerinnen und Bürgern nied-
 1945 rigschwellig zugänglich sind.
 1946
- 1947 21.6 Von zentraler Bedeutung ist für uns, die Möglichkeiten der Digitalisierung für das Gesundheitswesen schnell und offensiv
 1948 nutzbar zu machen. Im Sinne der Patientinnen und Patienten geht es uns um: Mehr Transparenz, Selbstbestimmung und Ver-
 1949 sorgungssicherheit für die Betroffenen, nahtlose und schnellere Kommunikation zwischen Ärzten und anderen Akteuren im Ge-
 1950 sundheitswesen, aber insbesondere um mehr Zeit im Verhältnis vom Arzt zum Patienten. Wir wollen durch Digitalisierung

- 1951 Abläufe erleichtern und damit die Behandlungsqualität steigern. Der Patient soll weniger Objekt und mehr als bisher selbst-
- 1952 bestimmter und aktiver Beteiligter sein. Als ein Kernanliegen werden wir dazu in die Entwicklung der ‚digitalen Patientenakte‘
- 1953 einsteigen und sie möglichst schnell flächendeckend einführen. Dazu wollen wir im Rahmen eines zentralen Projektes,
- 1954 21.6.1 aus dem Krankenhausfonds insgesamt 30 Mio. Euro mobilisieren und innerhalb von fünf Jahren die Pflegedokumentation
- 1955 vollständig digitalisieren,
- 1956 21.6.2 den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Kliniken, behandelnden Ärzten, Apotheken und
- 1957 auch Rehabilitationseinrichtungen zur Diagnose, Therapie und Medikation digital organisieren,
- 1958 21.6.3 ein zwischen Haus- und Fachärzten vernetztes Terminmanagement aufbauen, das insbesondere bei Überweisungen
- 1959 sowohl für die Patienten als auch für die Praxen schnellere und einfachere Planbarkeit bedeutet,
- 1960 21.6.4 Transparenz über die Verfügbarkeit z.B. von Diagnose- und Therapieausstattungen verbessern, um z.B. fachliche
- 1961 Unterstützung bei Operationen von Ferne schneller als bisher zu gewährleisten,
- 1962 21.6.5 einen Beitrag zur Entbürokratisierung z.B. im Abrechnungswesen gegenüber den Krankenkassen zu schaffen,
- 1963 21.6.6 die Kommunikation innerhalb größerer Einrichtungen im Gesundheitswesen verbessern, sodass z.B. Personal effektiver
- 1964 gesteuert, die Auslastung bis zum Operationssaal optimiert und das Controlling von Kosten bis zur Hygiene auf einheitliche
- 1965 Standards und Verfahren gebracht wird, und
- 1966 21.6.7 dem Patienten einerseits mehr Sicherheit und Kenntnis über die von ihm gespeicherten Daten geben und andererseits
- 1967 für mehr Transparenz über die abgerechneten Leistungen zur Reduzierung von Fehlerquoten sorgen.
- 1968
- 1969 21.7 Insbesondere im Gesundheitswesen ist die Digitalisierung ein komplexer und längerfristig anzulegender Prozess mit einer Vielzahl
- 1970 von Akteuren. Einzubinden sind alle, vom niedergelassenen Arzt, über die Therapieeinrichtungen, Krankenkassen bis hin
- 1971 zum Personal der Krankenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft. Von besonderer Bedeutung ist ein solches Kompetenzzentrum
- 1972 auch als Anlaufstelle für Patienten, die Fragen oder Bedenken haben. Wir wollen um diesen Prozess realisieren und steuern
- 1973 zu können ein ‚Kompetenzzentrum für Digitalisierung im Gesundheitswesen‘ schaffen, das alle Beteiligten einbindet
- 1974 und wo notwendig deren Qualifizierung ermöglicht, Transparenz schafft, Standards setzt und kontrolliert sowie Patienten informiert
- 1975 und berät. Ein solches Kompetenzzentrum wäre zusätzlich eine wichtige standortpolitische Maßnahme, denn es könnte auch
- 1976 überregional wirken, zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, spezifische Kompetenz nach Bremen bringen oder hier
- 1977 binden. Es wäre gleichzeitig ein wichtiges Instrument gebündelter Zusammenarbeit mit überregionalen Einrichtungen, z.B.
- 1978 des Bundes, oder könnte für andere Gemeinwesen Funktionen im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen mit übernehmen.
- 1979
- 1980
- 1981 21.8 Wir tragen für die Rahmenbedingungen eines guten und zukunftsfähig aufgestellten Gesundheitswesens politische Verantwortung.
- 1982 Wir wertschätzen dazu die unverzichtbaren Beiträge der Kliniken in nichtöffentlicher Trägerschaft sowie die der niedergelassenen
- 1983 Ärzte, Apotheker und der vielfältigen therapeutischen Berufsgruppen. Unsere unmittelbare Verantwortung gilt aber den städtischen
- 1984 Kliniken und wir bekennen uns zur ‚Gesundheit-Nord‘ als kommunalem Klinik-Verbund. Dazu ist für uns unabdingbar,
- 1985
- 1986 21.8.1 die Krankenhäuser im städtischen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) zu sanieren und damit strukturell und
- 1987 finanziell auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage stellen. Dazu gehört auch die ‚GeNo‘ von den Schuldenrisiken durch den
- 1988 Teilersatzneubau am Klinikum Mitte zu entlasten und organisatorisch zukunftsfähig aufzustellen,
- 1989 21.8.2 die Entwicklung der Einnahmen in Zusammenarbeit mit Kassen und anderen Verantwortungsträgern, wie z.B. dem Bund,
- 1990 bei den Krankenhäusern sowohl bei den Investitionen als auch durch die sog. Fall-Pauschalen berechenbarer und
- 1991 auskömmlicher zu gestalten, um gleichzeitig die damit verbundenen Haushaltsrisiken der Kommunen zu reduzieren, und
- 1992
- 1993 21.8.3 die einzelnen Krankenhäuser im Klinikverbund unter Erhalt der Notfallversorgung bei der Entwicklung von medizinischen
- 1994 Profilen zu unterstützen. So werden wir z.B. die für das Klinikum Bremen-Ost bereits 2013 beschlossene Psychiatriereform
- 1995 umsetzen und gleichzeitig die Geriatrie zu einem Zentrum mit überregionaler Bedeutung ausbauen.
- 1996
- 1997

1998 21.9 Die medizinisch-wissenschaftliche Entwicklung, die Sicherung insbesondere auch hochqualifizierten Nachwuchses sowie die Anziehungskraft des Standortes auch für Spezialisten im medizinischen Bereich müssen aus unserer Sicht zusammengedacht werden. Dazu gehört nicht nur, dass alle Berufe des medizinischen Sektors einschließlich aller Therapieberufe ohne eigene Kosten erlernbar sein müssen. Dazu gehört auch, dass Bremen in einem stärker als bisher durch Konkurrenz gekennzeichneten Arbeitsmarkt ‚Medizin‘ eigene Anstrengungen zur Aus- und Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten aufbaut. Wir wollen das Cluster ‚Gesundheitswirtschaft‘, das an unseren Hochschulen bereits besteht, durch die Einrichtung einer medizinischen Fakultät stärken. Diese wollen wir unter Einbindung unserer Kliniken an der Universität Bremen und im Wettbewerb der Ideen entwickeln, gründen und spätestens 2035 die ersten 100 Absolventinnen und Absolventen verabschieden. Wir erwarten dadurch für die Universität nicht nur Impulse für die nächste Runde der Exzellenzinitiative und einen Beitrag zur Verminderung des Risikos durch einen Ärztemangel in unserem Bundesland, sondern auch Beiträge, das in Bremen und Bremerhaven schnell verfügbare medizinisch-wissenschaftlichen ‚Know-How’s‘ zu bündeln. Darüber hinaus wollen wir damit eine Stärkung des wirtschaftlichen Teils der Gesundheitswirtschaft an unserem Standort. Dazu wollen wir, wie schon an anderen Hochschulstandorten üblich, einen (virtuellen) Campus ‚Life Sciences‘ schaffen, der insbesondere den Austausch der medizinischen, biologischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten ermöglicht und verdichtet, sodass durch die Neugründung einer medizinischen Disziplin an der Universität ein Mehrwert auch für andere Fachbereiche von Beginn an entsteht.

2013

2014 22. PFLEGE

2015

2016 22.1 Zeitgemäße Pflege muss ein Leben in Würde und möglichst weitgehender Selbstständigkeit durch vielfältige Angebote der ambulanten, der stationären sowie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sicherstellen. Die qualitativen und quantitativen Herausforderungen des Angebotes zur Verfügbarkeit einer ausreichenden Zahl von Plätzen und zur Sicherung der immer drängender werdenden Frage des Fachkräftebedarfs in diesem Bereich, erfordern es für uns, die Zuständigkeit für die Gesundheits- und die Altenpflege in einem Ressort zusammenzufassen und durch einen speziell Verantwortlichen führen zu lassen. Diesem Verantwortlichen wollen wir einen gesondert zuständigen Beauftragten an die Seite stellen, der die Interessen der zu Pflegenden vertritt und ein Beschwerdemanagement für die zu Pflegenden und ihre Angehörigen aufbaut.

2023

2024 22.2 Die in der Pflege zu lösenden Fragen sind vielfältig. Zu berücksichtigen sind die Interessen der zu Pflegenden, der Pflegekräfte, der Einrichtungen, der Pflegekassen und derjenigen, die in diesem Bereich für Leitungs-, Organisations-, und Aus- und Weiterbildungsfragen zuständig sind. Wir wollen diese divergierenden und zum Teil drängenden Fragen bündeln und bereit, im Konsens mit den Beteiligten mit einer Pflegekammer eine Einrichtung zu schaffen, die hier Moderation, Expertise und Kommunikation in die Öffentlichkeit gewährleisten kann.

2029

2030 22.3 Pflege ist insbesondere eine Dienstleistung von Mensch zu Mensch. Eine angemessene personelle Ausstattung der Einrichtungen und eine bedarfsgerechte offensive Neuausrichtung der Nachwuchsgewinnung und -förderung sind deshalb zentrale politische Anliegen. Einer höheren Wertschätzung der Leistungen des in der Pflege und Betreuung tätigen Personals muss auch eine angemessen zu steigernde Bezahlung entsprechen. Wir treten deshalb für verbindliche Personaluntergrenzen in allen Einrichtungen ein und wollen die Betreuungsrelationen verbessern. Eine Fachkraftquote von 50% in Altenpflegeeinrichtungen darf nicht unterschritten werden. Insbesondere in der Nacht ist ein Personalschlüssel umzusetzen, der für jede Einrichtung mindestens eine Doppelbesetzung vorsieht und sich am steigenden Bedarf orientiert. Die die Standards in der Pflege überwachende Wohn- und Betreuungsaufsicht ist durch zehn neu einzurichtende Stellen zu stärken. Technische Unterstützungsleistungen, die es inzwischen gibt, wollen wir, wo möglich, in das System einbinden, um die Qualität in der Pflege zu erhöhen und um alle Möglichkeiten zur Entlastung des Pflegepersonals zu nutzen.

2040

- 2041 22.4 Der Nachwuchsförderung und Gewinnung für die qualifizierte Pflege wird ein Hauptaugenmerk zukommen müssen.
2042 Die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich werden es erfordern, die Kompetenzen der Pflegeschulen zu bündeln und trotzdem
2043 Kapazitäten gleichzeitig in Bremen und Bremerhaven vorzuhalten. Dazu wollen wir sicherstellen
- 2044 22.4.1 zu Beginn der generalistischen Pflegeausbildung im April 2020 insgesamt 1000 Ausbildungsplätze zur Verfügung
2045 zu haben und diese Zahl in der Zukunft ggf. bedarfsgerecht anzupassen. Darüber hinaus werden wir 50 schuli-
2046 sche Plätze für Hilfskräfte anbieten, die sich zu Fachkräften weiterentwickeln wollen,
- 2047 22.4.2 eine Weiterqualifizierungsoffensive für derzeitige Pflegehilfskräfte auf den Weg zu bringen und gleichzeitig die
2048 allgemeinen Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu stärken, um das Berufsbild im Allgemeinen für junge
2049 Menschen attraktiver als bisher zu gestalten,
- 2050 22.4.3 den primärqualifizierenden Studiengang ‚Pflege‘ an der Hochschule Bremen nachdrücklich zu unterstützen sowie
2051 durch Pflegekompetenzzentren in Bremen und Bremerhaven Ausbildung, medizinische Angebote und soziale
2052 Dienste ganzheitlich weiterzuentwickeln, und
- 2053 22.4.4 die Bedingungen für die Anwerbung und Integration in den Pflegedienst dadurch zu verbessern, dass der Aner-
2054 kennungsprozess vergleichbarer ausländischer Qualifikationsnachweise nicht länger als zwei Monate dauert.
- 2055
- 2056 22.5 Eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft ist die Zunahme demenzieller Veränderungen, insbesondere bei
2057 älteren Menschen. Die Begleitung und Pflege eines Menschen mit Demenz stellt Angehörige und Pflegekräfte vor besondere
2058 Herausforderungen. Während heute noch ca. 70 Prozent der Betroffenen Zuhause versorgt werden, wird sich dieser Anteil in
2059 den nächsten Jahren aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen und mit zunehmenden Singlehaushalten verringern. Zeit-
2060 gleich wird auch die Anzahl der demenziell Veränderten zunehmen. Unser Ziel ist es neue innovative Versorgungskonzepte
2061 für demenziell veränderte Menschen zu entwickeln und entsprechende Projekte gemeinsam mit interessierten Trägern zu rea-
2062 lisieren. Das Selbstbestimmungsrecht der Gepflegten steht dabei für uns an erster Stelle. Die bisherige Praxis der Pflege-
2063 einrichtungen in der Form ein „Öffnung zum Stadtteil“ und der damit verbundenen Sensibilisierung des Lebensumfelds mit
2064 dem Thema Demenz wollen wir weiter fördern.
- 2065
- 2066 22.6 Eine besondere Bedeutung hat für uns die Begleitung von Menschen in ihrer letzten Lebensphase. Die haupt- und ehren-
2067 amtliche Tätigkeit der Menschen in den Hospizen unterstützen wir mit besonderem Respekt. Wir werden sicherstellen, dass auf
2068 der Grundlage einer Bedarfsplanung jeder und jede, der oder die es wünscht, einen Platz in einem Hospiz oder einer Palliativ-
2069 station bekommt. Eine angemessene Sterbegleitung wollen wir auch in Pflegeheimen und, wenn Menschen dieses wünschen,
2070 im Rahmen von Kurzzeitpflegeplätzen sicherstellen.

2071

2072 23. DIGITALISIERUNG

2073

- 2074 23.1 Die Digitalisierung ist neben der Globalisierung die Herausforderung unserer Zeit, die alle Bereiche der Gesellschaft, der
2075 Wirtschaft und insbesondere auch des staatlichen Handelns erfassen und verändern wird. Für uns kommt es nicht nur darauf
2076 an, die damit verbundenen Chancen für Bremen und Bremerhaven offensiv zu nutzen, sondern auch in der Bevölkerung
2077 Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung zu schaffen. Digitalisierung ist kein Ereignis, das mit dem Breitbandausbau o-
2078 der der Bereitstellung von Tablets erledigt wäre, sondern vielmehr ein andauernder Prozess, der, intelligent gestaltet, auf viel-
2079 fältigen Feldern Nutzen mehrt, neue Produkte und qualifizierte Arbeitsplätze hervorbringen wird, Verfahren und Strukturen
2080 vereinfacht und am Ende auch Kosten sparen wird. Wir wollen die Kleinheit Bremens und die Kürze der Wege nutzen und
2081 damit die vielfältig bereits vorhanden Kompetenzen bündeln, um in Deutschland in diesem Bereich eine führende Region
2082 zu werden. In diesem Prozess müssen wir deutlich Geschwindigkeit aufnehmen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit als Region
2083 nicht zu gefährden. Dazu werden wir ein Ressort ‚Digitalisierung‘ schaffen, unter dessen Verantwortung in einem ersten
2084 Schritt Ziele in Kernbereichen definiert werden und in einem Kompetenzteam erste Leuchtturmprojekte auf den Weg gebracht

2085 werden, auch wenn ‚Digitalisierung‘ insgesamt als Querschnittsaufgabe gedacht werden muss. Es kommt darüber hinaus da-
2086 rauf an, Digitalisierung dezentral zu organisieren und zu realisieren, aber zentral zu steuern und zu einem Ganzen
2087 zusammenzubinden. Auch hier gilt: Es fehlt nicht in erster Linie an Absichten und Konzepten, es fehlt an wahrnehmbarer
2088 Umsetzung Jetzt und Hier. Wir werden darüber hinaus in Bremen den Rechtsanspruch auf digitale und papierlose öffent-
2089 liche Dienstleistungen gemäß des Onlinezugangsgesetzes des Bundes und des Bremischen Gesetzes zur Förderung
2090 der elektronischen Verwaltung zügig bis 2022 realisieren.

2091
2092 23.2 Unser Ziel ist eine weitestgehend papierlose Verwaltung. Dazu soll nicht nur die verwaltungsinterne Kommunikation und die
2093 Datenverwaltung verändert werden. Auch Antragstellung, Kommunikation und Bescheide gegenüber dem Bürger sollen digital
2094 erfolgen. Digitalisierung ist aber kein Selbstzweck, sondern muss nach unserer Auffassung schnell und sichtbar konkret werden
2095 und für die Betroffenen einen Mehrwert darstellen. Dazu wollen wir zunächst z.B. darauf hinwirken,

2096 23.2.1 den Personalausweis um eine anwenderfreundliche und sichere digitale Komponente zu erweitern, um Rechtsge-
2097 schäfte gültig und abschließend digital abwickeln zu können,

2098 23.2.2 digitale Datenbestände so aufzusetzen, dass alle Behörden und berechtigten Bedarfsträger wie z.B. Kranken-
2099 oder Rentenkassen darauf zurückgreifen können,

2100 23.2.3 Steuererklärungen und –bescheide in einem ersten Schritt ausschließlich digital abwickeln,

2101 23.2.4 die Bearbeitung von Bauanträgen schneller und transparenter gestalten, indem sie nicht nur digital abgewickelt,
2102 sondern der Bearbeitungsstand auch online nachvollzogen werden kann,

2103 23.2.5 mit einer ‚digitalen Krankenakte‘ das Gesundheitswesen transparenter und effektiver machen,

2104 23.2.6 eine ‚Bürgerinnen und Bürger-App‘ einführen mit dem Ziel, dass künftig alle öffentlichen sowie (andere) private
2105 Dienstleistungen wie Kommunikation, ÖPNV, Theater, Bremer Bäder, oder Cambio, mit nur einem Klick anwend-
2106 bar sind, wobei die App sowohl zur Identifikation als auch als Transaktionsmittel dienen soll, und insbesondere

2107 23.2.7 das bereits auf den Weg gebrachte Projekt von der „Namensgebung bis zum Kindergeld“ (ELFE – einfach Leis-
2108 tungen für Eltern) zügig vorantreiben.

2109
2110 23.3 Unsere Kinder werden in einer zunehmend digitalen Welt aufwachsen und die damit verbundenen Chancen und Risiken
2111 als selbstverständliche Bestandteile ihres Lebens wahrnehmen. Sie werden schulisch auf Berufe vorbereitet werden müssen, die
2112 es noch gar nicht oder mit noch mit ganz anderen Anforderungen an Kompetenzen und Qualifikationen gibt. Es wird deshalb
2113 darauf ankommen Kindern und Jugendlichen in geeigneter Form und frühzeitig mit der digitalen Welt zu konfrontieren und
2114 unsere Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen so auszustatten und auszurichten, dass sie diese veränderte Wirklichkeit
2115 abbilden und gezielt darauf vorbereiten. Dazu wird bereits die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die
2116 Förderung des hochschulischen Lehrpersonals neu auszurichten sein, denn digital gestützte Methodik wird perspektivisch
2117 Lernortgestaltung, Unterrichtsmedien oder auch das Prüfungswesen ebenso verändern, wie die Verwaltung der Lehrinrichtun-
2118 gen. Auch die Einbeziehung und Information der Eltern in den Schulalltag wird ‚eine neue Dimension‘ bekommen. Um auf die-
2119 sem Wege beispielhaft und konkret voranzukommen, werden wir

2120 23.3.1 bis 2021 flächendeckend auf ein System des ‚digitalen Klassenbuches‘ umstellen, und

2121 23.3.2 an mindestens je einer Oberschule, beruflichen Schule und einem durchgängigen Gymnasium einen Schulversuch
2122 ‚digitale Schule/ digitaler ‚Arbeitsplatz Klassenzimmer‘ einrichten.

2123
2124 23.4 Wir wollen durch die Digitalisierung auch die Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung verbes-
2125 sern. Dazu werden wir in der vor uns liegenden Legislaturperiode die Voraussetzungen für eine elektronische Abgabe der
2126 Stimme bei Wahlen und Abstimmungen in unserem Verantwortungsbereich schaffen.

2127
2128 23.5 Für eine bestmögliche Nutzung der zahllosen Möglichkeiten der Digitalisierung, beispielsweise in Bezug auf ‚künstliche Intel-
2129 ligenz‘ und ‚autonomes Fahren‘, bedarf es der entsprechenden Infrastruktur. Wir werden den bereits initiierten Aufbau des
2130 Gigabit-Netzes zügig vorantreiben und zugleich das öffentliche WLAN-Netzwerk bedarfsgerecht und flächendeckend aus-
2131 bauen.

2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159

2160

2161
2162

2163
2164
2165
2166
2167
2168
2169
2170
2171
2172
2173
2174
2175

- 23.6 Es wird nach unserer Auffassung entscheidend darauf ankommen, die Digitalisierung in einem engen Zusammenwirken von Hochschulen und Wirtschaft zu einem Schlüssel für neue Produkte und Dienstleistungen zu machen. Die Grenzen zwischen Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Entwicklung und Produktion werden dabei zunehmend verschwimmen. Handlungsfelder wie ‚künstliche Intelligenz‘, ‚Internet der Dinge‘, ‚Sprach- und Gesichtserkennung‘ oder neue und vernetzte Formen der Mobilität sind nur wenige Beispiele, die eine hohe Bedeutung erhalten werden und die wir in einem neuen ‚Cluster‘ wirtschaftlich-wissenschaftlicher Steuerung vernetzen, zusammenfassen und fördern wollen.
- 23.7 Die Digitalisierung wird keine Akzeptanz finden, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die Sicherheit und Transparenz der Datenbestände, Datenflüsse und Datennutzung so zu gestalten, dass der Eigentümer der Daten dazu ein jederzeitiges Einsichtsrecht und ein Recht auf Beschränkung der Nutzung, Kontrolle und Löschung seiner Daten hat. Auch wollen wir, dass Daten von Seiten der Behörden zukünftig nur noch einmal erhoben werden. Die Ausstattung und die Einsichtsmöglichkeiten der Datenschutzbeauftragten müssen darüber hinaus angesichts der veränderten Bedingungen rechtlich, sowie personell qualitativ und quantitativ so erweitert werden, dass auch von dieser Seite her eine jederzeit wirkungsvolle Kontrolle möglich bleibt. Mittels eines transparenten Regelwerkes muss festgelegt werden, unter welchen Bedingungen Daten zu welchen Institutionen und auf welchen Wegen verschickt werden. Der Dateneigentümer muss jederzeit überprüfen können, ‚von wem‘ seine Daten ‚wie‘ und ‚wo‘ verwendet oder gespeichert werden. Mittels eines Einspruchsverfahrens muss nicht nur Transparenz garantiert, sondern auch Löschungen oder Veränderungen möglich sein.
- 23.8 Die Sorgen vieler Menschen vor dem drohenden Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge der Digitalisierung müssen von der Politik ernst genommen und bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden. Es ist mittlerweile eine allgemein bekannte Tatsache, dass sich viele Berufsbilder und Arbeitsplätze in der Zukunft radikal verändern. Dieses wollen wir nicht geschehen lassen, sondern gestalten und die Beteiligten in diesen Prozess einbeziehen. Wir sind davon überzeugt, dass die Digitalisierung gerade in Zeiten des absehbaren Fachkräftemangels auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viele Vorteile mit sich bringen wird, wie etwa flexiblere Arbeitszeitmodelle, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder den Wegfall körperlich anstrengender Arbeiten. Wir werden deshalb den Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt im engen Austausch mit Arbeitnehmervertretern begleiten und durch eine gezielte Förder- und Weiterbildungspolitik sicherstellen. Wir wollen so dazu beitragen, dass die Digitalisierung für alle ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gewinn wird.

24. WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULEN

- 24.1 Die Wissenschaft mit ihrem Beitrag zur wissenschaftlichen Ausbildung durch die Lehre und ihrem Beitrag zur Innovation durch Forschung ist ein wesentlicher Motor unserer Gesellschaft. Unsere Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstitute und forschenden Unternehmen bilden eine wesentliche Säule unseres geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Wohlstands in Bremen und Bremerhaven und dieses mit zunehmender deutschlandweiter und internationaler Ausstrahlung. Bremen hat sich über die letzten dreißig Jahre exzellente Strukturen in den fünf Landeswissenschaftsschwerpunkten Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften, Sozialwissenschaften und Gesundheitswissenschaften aufgebaut. In Bremerhaven sind ebenfalls wissenschaftliche Strukturen, z.B. in der Meeresbiologie, entstanden, die internationalen Ruf genießen. Die öffentliche Hand in Bremen hat dieses in der Vergangenheit leider nicht immer ausreichend unterstützt. Die Grundfinanzierung liegt im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz und die Versorgung, z.B. mit Wohnheimplätzen für Studierende, auf dem Vorletzten. Mit der Einführung einer sog. Zivilklausel besteht für unsere Hochschulen ein bürokratisches Hindernis, dass die überregionale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Unser Ziel ist die wissenschaftliche Unabhängigkeit und Autonomie der Hochschulen, die Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen auf den Bundesdurchschnitt auch mit Unterstützung des Bundes, die wissenschaftliche Nachwuchssicherung durch eine Verbesserung der Bedingun-

2176 gen, ein Abbau des Sanierungsstaus bei der wissenschaftlichen Infrastruktur und eine breitere Rückkehr in die ‚Exzellenz‘ als
2177 zurzeit.

2178

2179 24.2 Wissenschaft braucht gute Rahmenbedingungen und zwischen Hochschulen und Politik gemeinsame und entschiedene Im-
2180 pulse für die Zukunft. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Wissenschaftsplanung wollen wir

2181 24.2.1 bis 2035 die Gesamtstudierendenzahl im Lande Bremen von ca. 33.000 auf 40.000 erhöhen, wobei wir für die
2182 Stadt Bremerhaven eine Steigerung der Zielzahl von ca. 3.000 auf 5.000 Studentinnen und Studenten nach-
2183 drücklich anstreben,

2184 24.2.2 die Machbarkeit eines Studienganges ‚Medizin‘ prüfen und zusätzliche Angebote in den Bereichen Soziales und
2185 Gesundheit auf den Weg bringen,

2186 24.2.3 im Bereich der ‚künstlichen Intelligenz‘ in einer engen Verbundenheit von wirtschaftlicher Praxis und wissen-
2187 schaftlicher Forschung einen Schwerpunkt in einer Schlüsseltechnologie der Zukunft setzen,

2188 24.2.4 den Lehramtsstudiengang ‚Sportpädagogik‘ an der Universität wieder einführen,

2189 24.2.5 die Kapazitäten in den Bereichen Lehramt und Sonderpädagogik ausweiten,

2190 24.2.6 das Feld der hochschulischen Weiterbildung stärken, um Angebote im Sinne des lebenslangen Lernens, auch un-
2191 ter Nutzung digital unterstützter Lernformate, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüchen entspre-
2192 chend auszubauen,

2193 24.2.7 das unterstützende Umfeld von Forschung und Lehre zeitgemäß entwickeln und z.B. für die Staats- und Universi-
2194 tätsbibliothek eine Sonntagsöffnung vorsehen,

2195 24.2.8 den bürokratischen Aufwand, z.B. bei Forschungsanträgen und Dokumentationen, reduzieren sowie notwendige
2196 Vorschriften transparenter und anwendungsfreundlicher gestalten,

2197 24.2.9 die überregionale wissenschaftliche Zusammenarbeit, z.B. der Meeresbiologie im Rahmen der ‚Deutschen Allianz
2198 für Meeresforschung‘, fördern, um Fähigkeiten und Mitteleinsatz zu bündeln und die internationale Wettbe-
2199 werbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes ‚(Nord-)Deutschland‘ insgesamt zu stärken, und

2200 24.2.10 das Wissenschaftsmarketing mit einer einheitlichen Gesamtstrategie neu aufstellen, um Bremen und Bremer-
2201 haven mit seinen akademischen Strukturen und Potentialen national wie international besser sichtbar zu ma-
2202 chen, um so auch in Zukunft junge Menschen und Spitzenforscher für Bremen und Bremerhaven begeistern zu
2203 können.

2204

2205 24.3 Digitalisierung und Internationalisierung werden insbesondere die Forschung und Lehre an unseren Hochschulen verändern
2206 und den notwendigen Veränderungsprozess studiengangübergreifend prägen. Es wird darauf ankommen, sich im überregiona-
2207 len Vergleich ‚an die Spitze der Bewegung‘ zu stellen und die Möglichkeiten der Kooperation untereinander, aber auch überre-
2208 gional zum gegenseitigen Nutzen zu intensivieren. Die Digitalisierung wird die Möglichkeiten der klassischen Präsenzlehre um
2209 virtuelle Hochschulen und Lehrveranstaltungen oder auch einen ‚digitalen Campus‘ erweitern, das ‚E-Learning‘ z.B. im
2210 Rahmen der hochschulischen Weiterbildung auf eine neue Grundlage stellen, die Hochschul- und Prüfungsverwaltung effektiver
2211 machen und die Möglichkeiten zu internationalen, auch mehrsprachigen Studienangeboten eröffnen. Gemischte Formen der
2212 Lehre (‚Blended Learning‘) können sicherstellen, dass die Chancen und Möglichkeiten unterschiedlicher Lernebenen miteinan-
2213 der kombiniert werden und sich gegenseitig ergänzen. Darüber hinaus versprechen wir uns davon einen noch effektiveren
2214 Wissenschaftsaustausch und eine schnellere Verfügbarkeit von Medien. Wir wollen die Digitalisierung in der Hochschulland-
2215 schaft zu einem Leuchtturmprojekt für Bremen und Bremerhaven werden lassen.

2216

2217 24.4 Vom Wissenschaftstransfer, z.B. durch den Technologiepark an der Universität Bremen, hat unsere Stadt nicht zuletzt durch
2218 vielfältige und qualifizierte Arbeitsplätze profitiert. Die Wertschöpfung von Entwicklung, Produktion und über den Handel zum
2219 Verbrauch wird umso effektiver, je mehr es uns gelingt dieses in und um Bremen und Bremerhaven herum zu bündeln. Wir
2220 wertschätzen diesen wirtschaftlich wichtigen Beitrag der (öffentlichen) Hochschulen ebenso wie den regionalpolitisch unver-
2221 zichtbaren Beitrag der Jacobs-University für Bremen-Nord. Hier wollen wir die regionale Ansiedlung von kooperierenden
2222 Unternehmen weiter intensivieren. Die Zusammenarbeit der Hochschulen in Bremen, unabhängig von der Trägerschaft, wollen

2223 wir untereinander, aber auch in Richtung Wirtschaft, Handel und Handwerk weiter intensivieren. Wir versprechen uns davon
2224 nicht nur eine höhere Durchlässigkeit zwischen Beruf, Ausbildung und Studium oder auch verbesserte Zusammenarbeit bei
2225 Promotionen. Nach dem Grundsatz ‚Nicht jede Hochschule muss jeden Studiengang anbieten‘ wird dieses und eine Initiative zur
2226 verstärkten länderübergreifenden Kooperation auch zu einem noch effektiveren Ressourceneinsatz beitragen.

2227

2228 24.5 Die Qualität von Wissenschaft hängt maßgeblich von der Kompetenz des wissenschaftlichen Personals und der Fähigkeit ab,
2229 qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden und/oder anzuziehen. Dazu bedarf es guter Rahmenbedingungen
2230 in ganz unterschiedlichen Bereichen. Wir werden

2231 24.5.1 die Versorgungsquote mit für Studentinnen und Studenten bezahlbaren Wohnheimplätzen an einem langfristigen
2232 Bedarf ausrichten,

2233 24.5.2 die notwendige Sanierung der Hochschulen mit einer weiteren Verbesserung der ‚Campus-Atmosphäre‘ und der
2234 regionalen Versorgung verbinden, und

2235 24.5.3 die Verhältnisse von im Wissenschaftsbereich Beschäftigten, insbesondere im Mittelbau, mit dem Ziel verbessern,
2236 mehr Transparenz und Verlässlichkeit durch mehr Dauerbeschäftigung zu erreichen.

2237

2238 24.6 Studienplätze in Bremen und Bremerhaven müssen grundsätzlich für jede und jeden zugänglich sein, der die notwendigen Ein-
2239 gangsqualifikationen mitbringt. Allgemeine Studiengebühren während des Erststudiums in der Regelzeit lehnen wir ab. Wir
2240 unterstützen aber Angebote in der hochschulischen Weiterbildung, die einen Beitrag zur Kostendeckung leisten und wir wollen
2241 es den Hochschulen freistellen, von Nicht-EU-Ausländern Studienbeiträge in angemessener und für die Beteiligten zumutbarer
2242 Höhe zu fordern. Hochschulen leben vom Austausch und Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden. Im rot-grünen Verbot von
2243 Anwesenheitspflichten bei Vorlesungen und Seminaren sehen wir daher eine Fehlinterpretation studentischer Freiheit und
2244 werden das Hochschulgesetz wieder ändern.

2245

2246 25. SPORT

2247

2248 25.1 Sport ist für uns in vielfältiger Hinsicht unverzichtbarer Bestandteil von Gesellschaft, Ehrenamt, Gesundheit, Freizeit,
2249 Wettkampf und Bildung. In seiner ganzen Vielfalt und Breite, in seiner tiefen Verwurzelung in allen Bereichen der Gesellschaft,
2250 in der ganzen Bandbreite von Profession bis Freizeitspaß und insbesondere in seiner generationenübergreifenden Reichweite
2251 ist es die größte ‚Bürgerinitiative Bremens‘. Von immer größerer Bedeutung ist der Sport, dessen ‚Sprache‘ interkulturell
2252 verstanden wird, für Integration und Inklusion. Sport ist für uns Gemeinschaft, Wettbewerb und Fairness und damit nicht
2253 nur eine geistige und körperliche Betätigung für Spaß und Gesundheit, sondern Vorbild beim Vorleben von Werten und von ge-
2254 sellschaftlich-sozialem Zusammenhalt. Für uns ist es eine vorwiegend staatliche Verantwortung, durch geeignete, förderliche
2255 und moderne Bedingungen dem Sport, dem Ehrenamt und der Nachwuchsförderung, insbesondere durch angemessene Sport-
2256 stätten, einen unterstützenden Rahmen zu geben und zu erhalten. Mangelhafte Vorausschau und unzureichende Investitionen
2257 haben auch hier dazu geführt, dass von der Substanz gelebt wurde. Wir werden zeitnah für beide Städte ein konkretes und mit
2258 Schulen und Sport abgestimmtes Sanierungsprogramm vorlegen, aus dem für alle Sporthallen und Sportanlagen, mit einem
2259 durch einen Zeit-Maßnahmenkatalog und einer Finanzierung unterlegtes ganzheitliches Sanierungsprogramm hervorgeht.

2260

2261 25.2 Breiten- und Spitzensport, Schul- und Vereinssport sind für uns keine Gegensätze, sondern Teile eines Ganzen, das ins-
2262 besondere in der Nachwuchs- und Talentsichtung und -förderung eine gemeinsame Aufgabe hat. Um dieses, auch gesell-
2263 schaftliche Anliegen, noch wirkungsvoller zu gestalten, wollen wir

2264 25.2.1 mit einem ‚Haus der jungen Athleten‘ vorzugsweise am Standort Ronzelenstrasse ein Sportinternat gründen,

2265 25.2.2 Sportvereinen noch besser und intensiver in den Ganztagschulbetrieb integrieren, und

2266 25.2.3 am Ziel von drei Stunden Sportunterricht pro Woche, insbesondere in den Ganztagschulen, halten wir fest.

2267
2268 25.3 Sport fördert auch die Begegnung von Menschen. Dazu wollen wir neue und originelle Formen der sportlichen Betätigung
2269 vordenken, ermöglichen oder ausweiten wie z.B. durch den Bau attraktiver und moderner Bewegungsinselfn an der Weser oder
2270 auch eines schwimmenden Schwimmbades in der Weser.

2271
2272 25.4 Schwimmen zu können ist nicht nur ein in vielfältiger Weise gesundheitsförderlicher Sport, der von Jung und Alt betrie-
2273 ben werden kann, sondern schwimmen zu können ist auch eine wichtige Frage der persönlichen Sicherheit. Wir halten da-
2274 ran fest: Jedes Kind, gleich welchen Geschlechts oder gleich welcher kulturell-religiösen Herkunft, muss am Ende der Grund-
2275 schulzeit auf dem Niveau des ‚Bronze-Abzeichens‘ schwimmen können. Aus diesem Grunde ist das rot-grüne Bäderkonzept ein
2276 völlig falsches Signal. Bremen braucht attraktive, zeitgemäße und bedarfsgerechte Bäder, die gleichermaßen für Freizeit
2277 und Spaß, für den Schwimmunterricht und für Sport und Wettkampf geeignete Bedingungen bereitstellen. Wir werden das Bä-
2278 derkonzept entsprechend anpassen und Möglichkeiten prüfen, wie auch auf diesem Feld eine bessere Zusammenarbeit mit
2279 dem niedersächsischen Umland möglich ist.

2280
2281 25.5 Organisierter Sport ist ohne Ehrenamt und ohne die Vereine nicht denkbar. Wir wollen ihre unverzichtbare Arbeit, die alle
2282 Bereiche und Gruppen der Gesellschaft berührt und erreicht, für die Zukunft sichern und insbesondere ihre Bemühungen zur
2283 Gewinnung von sportlichem Nachwuchs, aber auch von Nachwuchs in Funktionen, unterstützen. Wir werden gemeinsam mit
2284 dem Sport an Maßnahmen arbeiten, wie bürokratische Hindernisse, z.B. durch die europäische Datenschutzverordnung oder
2285 bei der Beantragung von staatlichen Zuschüssen und Förderungen, beseitigt oder zumindest reduziert werden können. Wir
2286 wollen, dass Ehrenamt Spaß macht und mehr noch als bisher auch zur (nachweisbaren) persönlichen Weiterqualifizierung
2287 beiträgt. Im sportlichen Ehrenamt sind die Übungsleiter ein Rückgrat der Vereine und ihres Angebotes. Wir wollen eine rei-
2288 bungslosere und zeitnahe Auszahlung der Übungsleiterpauschale sowie eine Zuschusserhöhung auf drei Euro in Bremen, ange-
2289 passt an Bremerhaven, sowie eine regelmäßige Anpassung der steuerrechtlichen Freibeträge.

2290

2291 26. BUNDESWEHR

2292
2293 Die Bundeswehr ist mit ihren Standorten in Bremen (Landeskommando Bremen) und Bremerhaven (Marineopera-
2294 tionsschule) ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur. Obwohl sie insbesondere Aufgaben im internationalen
2295 Rahmen hat, bleibt ihre Präsenz ‚in der Fläche‘ unverzichtbar. Die Landeskommandos der Bundeswehr sind nicht nur wich-
2296 tige Ansprechpartner vor Ort, sondern in der Zusammenarbeit mit den originär zuständigen Ländern auch entscheidende
2297 Verantwortungsträger z.B. in der Katastrophenbekämpfung und -vorsorge. Wir wertschätzen diese Arbeit, die nicht zuletzt
2298 auf dem Engagement ehrenamtlich tätiger Reservistinnen und Reservisten beruht. Als auch nach außen und in der Welt
2299 sichtbarer Ausdruck der Verbundenheit, werden wir uns für eine Namenspatenschaft Bremens oder Bremerhavens für ein
2300 Schiff der Bundesmarine einsetzen.

2301

2302 27. VERBRAUCHERSCHUTZ

2303
2304 27.1 Staat und Politik können Verbraucherinnen und Verbrauchern die Verantwortung für ihre Konsumentscheidungen nicht ab-
2305 nehmen. Gleichwohl leisten Verbraucherzentralen nicht nur durch Information, Beratung und ggf. rechtliche Unterstützung ei-
2306 nen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Verbraucher. Mit einer Lenkung des Verbraucherinteresses hin zu einem Konsum
2307 mehr unter den Aspekten von Gesundheit und Fairness, leistet der Verbraucherschutz auch einen Beitrag hin zu mehr Nachhal-
2308 tigkeit und Transparenz im Spannungsfeld von Produktion, Handel und Endverbrauch. Gleichzeitig leisten Gewerbeaufsicht

2309 und Lebensmittelüberwachung ihrerseits unverzichtbare Beiträge zum Verbraucherschutz. Diese Einrichtungen wollen wir,
2310 z.B. durch eine bedarfsgerechte Anpassung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale, stärken.

2311

2312 27.2 Verbraucherschutz ist in erster Linie Aufklärung und Prävention. Ein wichtiges Feld ist der Nahrungs- und Lebensmittelbe-
2313 reich, der für eine förderliche Entwicklung der Gesundheit und der Lebensqualität besonders wichtig ist. Für uns ist dabei zeit-
2314 gemäße Verbraucherberatung im persönlichen Gespräch oder am Telefon, insbesondere aber in einer offensiven Präsenz in
2315 Online-Medien von Bedeutung. Wir wollen deshalb hier einen Schwerpunkt im Verbraucherschutz und in der gesundheitlichen
2316 Prävention setzen und dazu

2317 27.2.1 Verbraucherbildung und Grundsätze guter Ernährung in den Inhalten der Lehramtsausbildung breiteren Raum
2318 geben,

2319 27.2.2 die offensive Nutzung regionaler Lebensmittel fördern und diese in öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen,
2320 Kitas oder Krankenhäusern verstärkt einsetzen,

2321 27.2.3 darauf hinwirken, die Transparenz und Verständlichkeit von Lebensmittelkennzeichnungen weiter zu fördern,

2322 27.2.4 gute Ernährung und Wertschätzung für gesunde Lebensmittel und ihrer Produktion insbesondere in Kitas und
2323 Schulen mehr und lebenspraktischer als bisher, z.B. durch gemeinsames Kochen oder die Pflege eines Schulgar-
2324 tens, vermitteln, und

2325 27.2.5 den sog. DGE-Qualitätsstandard als Mindeststandard in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Gemein-
2326 schaftskantinen in Bremen einführen.

2327

2328 27.3 Der Verbraucherschutz wird als Datenschutz durch die Digitalisierung in Bremen auch vor veränderten Herausforderungen
2329 stehen. Die Akzeptanz der Digitalisierung wird nicht zuletzt davon abhängen, wie glaubwürdig wir es gewährleisten, dass
2330 der einzelne ‚Herr‘ über seine Daten und deren Gebrauch sowie deren Weitergabe bleibt oder wird. In diesem Bedürfnis nach
2331 Schutz der eigenen Daten haben Verbraucher und Unternehmen ein gemeinsames Interesse. Dazu wird es moderner Netzwer-
2332 ke zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen geben müssen, die effektiver als bisher Verstößen gegen die IT-
2333 Sicherheit oder auch der zunehmenden Wirtschafts- und Cyberkriminalität entgegenwirken. Zur nachhaltigen Vertrau-
2334 enssicherung und um die Hemmschwelle für Datenmissbrauch deutlich zu erhöhen, werden wir uns auf Landes- und Bundes-
2335 ebene für eine Verschärfung und Durchsetzung von Sanktionen und Strafen einsetzen. Wir wollen darüber hinaus als funda-
2336 mentalen Grundsatz sicherstellen und durchsetzen: Jeder hat ein Recht darauf zu erfahren, wo und welche Daten über sie oder
2337 ihn gespeichert, verarbeitet oder weitergegeben wurden. Darüber hinaus muss jeder einen Anspruch darauf haben, dass diese
2338 Daten gelöscht werden, soweit kein Einverständnis gegeben wurde und (öffentliche) Interessen demgegenüber nicht überwie-
2339 gen.

2340

2341 27.4 Die Implementierung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) erfordert die Anlegung, Pflege und systematische
2342 Auswertung von großen Datenbeständen (Big Data). Wir werden die dazu notwendige Infrastruktur schaffen, gleichzeitig
2343 aber auch die bestehende Gesetzeslage hinsichtlich klarer Regelungen bzgl. Datenschutzes, Transparenz, Nutzungsrechten
2344 und Strafbarkeit von Missbrauch an diese neuen Erfordernisse anpassen.

2345

2346 28. LANDWIRTSCHAFT

2347

2348 28.1 Auch für Bremen spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Insbesondere an der Peripherie, etwa in Oberneuland, Strom
2349 oder im Blockland, hat sie nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht eine hohe Bedeutung. Sie stiftet maßgeblich Identität, auch
2350 durch die Bewahrung einer charakteristischen Kulturlandschaft, insbesondere in diesen Teilen unserer Stadt, übernimmt einen
2351 Teil örtlicher Nahversorgung. Sie trägt durch die Bewirtschaftung von Flächen maßgeblich zu einer natürlichen Nutzung, Pflege
2352 und Erhaltung bei. Wichtig ist aber, dass der Beitrag zur nachhaltigen Produktion gesunder Lebensmittel als wesentlicher

2353 Bestandteil der Daseinsvorsorge mehr als bisher wertgeschätzt wird. Wir verstehen ortsnah hergestellte Lebensmittel als Bei-
2354 trag zur Vermeidung von großen Lieferentfernungen und somit als Beitrag zum Umweltschutz. Wir wollen kein gegeneinander
2355 ausspielen von sog. biologischer und sog. konventioneller Landwirtschaft, sondern Vielfalt als Kennzeichen landwirtschaftlicher
2356 Produktion. Wir werden unseren bundes- und unseren europapolitischen Einfluss geltend machen, um die finanzielle Lebens-
2357 fähigkeit unserer Höfe zu stärken, auch um das landwirtschaftliche Gewerbe für zukünftige Generationen attraktiv zu hal-
2358 ten. Dazu gehört, die gesamte Breite des landwirtschaftlichen Erwerbs, auch die Viehhaltung, zu erhalten und besser als bisher
2359 zu fördern. Die Einführung einer ‚Weideprämie‘ zur gleichzeitig artgerechten wie wirtschaftlichen Haltung von Rindern ist dazu
2360 ein Beispiel.

2361
2362 **28.2** Urbanität und Stadtentwicklung dürfen die Entwicklung unserer Landwirtschaft nicht immer mehr einschränken. Wir
2363 werden gemeinsam mit den Betroffenen prüfen, welche geltenden Regelungen im Landschaftsprogramm und im Flächennut-
2364 zungsplan hierbei schaden und sie ggf. zurücknehmen. In der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen und in der Ausgestal-
2365 tung von Richtlinien zur Bewirtschaftung wollen wir eng mit dem umgebenden Niedersachsen zusammenarbeiten. Wir sind zu-
2366 dem der Auffassung, dass ökonomisch wichtige Landwirtschaftsflächen nicht mehr zu Ausgleichsflächen erklärt werden sollen.
2367 Stattdessen sollen bestehende Ausgleichsflächen aufgewertet werden.

2368
2369 **28.3** Wir wollen die Bedeutung der Landwirtschaft im Bewusstsein der Bevölkerung erhalten und stärken. Wir wollen dazu die
2370 Zusammenarbeit mit den Schulen intensivieren und interessierte regionale landwirtschaftliche Betriebe als außerschulische
2371 Lernorte nutzen. Wir werden die wichtige Rolle der Höfe mit Pferdehaltung für die Freizeitgestaltung und den Sport herausstel-
2372 len. Und wir wollen die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe für den Verkauf von selbst erzeugten Produkten er-
2373 leichtern, und werden uns dazu für eine entsprechende Änderung des Gaststättengesetzes auf der Bundesebene einsetzen.

2374

2375 **29. JUGEND**

2376

2377 **29.1** Wir werden den Satz ‚Kinder und Jugend sind unsere Zukunft‘ mit Leben füllen. Wir wollen das Erziehungsrecht der El-
2378 tern stärken, und, wo nötig, daran erinnern, dass dieses Recht auch eine Verpflichtung ist. Es konkretisiert sich in einem wert-
2379 schätzenden Umgang, in einer angemessenen gesundheitlichen Vorsorge, in einer auch Bewegung und sozialen Kontakt ge-
2380 währleistenden Freizeitgestaltung, in einem die individuelle Entwicklung förderlichen Wohnumfeld und in einer Ermöglichung
2381 des Kita- und Schulbesuches. Die öffentliche Hand gewährt hierzu unterstützend z.B. Kindergeld, auf dessen Erhöhung wir ei-
2382 nerseits hinwirken wollen, dessen missbräuchlicher Zahlung wir andererseits stärker als bisher entgegengetreten werden. Zur Ein-
2383 forderung von Verantwortung und zur Schonung öffentlicher Kassen gehört auch, konsequenter als bisher die finanziellen Un-
2384 terhaltungspflichten insbesondere nach Trennung von Ehepartnern durchzusetzen und verauslagte Beträge zurückzufordern.

2385
2386 **29.2** Auch die öffentlichen Pflichten zur Unterstützung unserer Kinder und Jugendlichen wollen wir stärker annehmen und
2387 erfüllen. Wir werden z.B.

2388 **29.2.1** die Mittel für die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit auskömmlich gestalten, und

2389 **29.2.2** die Pflege und Attraktivität von Spielflächen und Jugendfreizeiteinrichtungen zeitgemäß gewährleisten. Dazu
2390 wollen wir z.B. auch die Jugendskaterbahn an einem in der Stadt gut erreichbaren Ort erhalten.

2391

2392 **29.3** Aber auch die Verantwortung und Beteiligung von Jugendlichen wollen wir stärken. Ein Mittel dazu ist die Ehrenamtskarte,
2393 die wir insbesondere für Jugendliche attraktiver machen wollen. Ein weiteres Feld ist die Erweiterung der Rechte der Jugend-
2394 beiräte, die wir je zur Hälfte durch die Stadtteilbeiräte und durch direkt wählbare Kandidaten bei den Juniorwahlen besetzen
2395 wollen.

2396

- 2397 29.4 Gelingende Erziehung bedarf jedoch immer häufiger der intensiveren Unterstützung. Dazu werden wir
2398 29.4.1 die Jugendämter angemessen ausstatten und entsprechend veränderter Bedarfe organisieren. Vordringlich ist
2399 dabei, die Zahl der vor Ort tätigen sog. ‚Case-Manager‘ so zu bemessen, dass sie nicht mehr als 30 ‚Fälle‘ zu be-
2400 treuen haben,
2401 29.4.2 den Kinderpsychologischen Dienst (KIPSY) bedarfsgerecht so auszustatten, dass jederzeit eine notwendige Inter-
2402 vention sichergestellt ist,
2403 29.4.3 die Vernetzung mit den im Bereich der Schulen geschaffenen pädagogischen Unterstützungseinrichtungen (Regi-
2404 onale Beratungs- und Unterstützungszentren und Zentren für unterstützende Pädagogik, kurz ‚ReBuZ‘, bzw.
2405 ‚ZuP‘) zu verbessern, und
2406 29.4.4 Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien unter der Verantwortung der Senatorin für Kinder und Bil-
2407 dung zusammenführen mit dem Ziel, Unterstützung aus einer Hand zu gewährleisten und Antragsbearbeitungen
2408 z.B. für das Elterngeld o.ä. in einer Zuständigkeit bündeln.

2409

2410 30. SENIOREN

2411

2412 30.1 Soziale Gerechtigkeit ist im Besonderen Generationengerechtigkeit. Gegenwärtige und zukünftige Generationen profitieren
2413 nicht zuletzt von den Leistungen, die in der Vergangenheit erbracht wurden und auf die aufgebaut werden kann. Konsens und
2414 Stabilität in der Gesellschaft hängen maßgeblich davon ab, auch unterschiedliche Interessen zwischen Generationen auszuglei-
2415 chen. Wir sehen hierin eine soziale und politische Aufgabe in der Zukunft mit zunehmender Bedeutung. Tendenzen von Al-
2416 tersarmut sind für uns eine Aufforderung zum politischen Handeln, insbesondere die präventiven Mittel der individuellen und
2417 gemeinschaftlichen Altersvorsorge auf den Prüfstand zu stellen. In eine diesbezüglich beginnende Diskussion, insbesondere auf
2418 Bundesebene, werden wir uns aktiv einbringen.

2419

2420 30.2 Der technologische und gesellschaftliche Wandel hat eine immer höhere Geschwindigkeit aufgenommen und wird durch die
2421 Digitalisierung einen weiteren Schub erhalten. Gerade die Felder der Kommunikation und der Mobilität werden betroffen
2422 sein. Felder, auf die ältere Menschen im Besonderen angewiesen sind. Felder aber auch, deren rasante Veränderungen nicht
2423 immer automatisch zur Erlebenswelt älterer Menschen gehören. Bei der Nutzung neuer Möglichkeiten und Chancen ist nach un-
2424 serer Auffassung deshalb auch darauf zu achten, dass es keine Gewinner und Verlierer des Wandels gibt und dass aus techno-
2425 logischen Veränderungen keine neuen Generationenungerechtigkeiten entstehen. Wir werden deshalb bei allen Entwicklungen,
2426 z.B. in der Kommunikation gegenüber den Behörden, zu gewährleisten haben, dass die Interessen der älteren Generation auch
2427 hier gewahrt bleiben. Wir werden darüber hinaus Projekte auf den Weg bringen, die die Chancen der Digitalisierung für die
2428 besonderen Bedürfnisse der älteren Generation nutzbar machen und die geeignet sind, Sicherheit, Lebensqualität und Un-
2429 abhängigigkeit im Alter zu fördern. Der Auf- und Ausbau entsprechender Weiterbildungsangebote für ältere Menschen muss da-
2430 bei ein fester Bestandteil sein.

2431

2432 30.3 Ältere Menschen brauchen ein sicheres Umfeld. Sie brauchen ihn im öffentlichen Raum zur Wahrung ihrer Mobilität und
2433 Unabhängigkeit, sie brauchen ihn aber insbesondere vor Kriminalität, Ausbeutung und respektlosem Verhalten. Straftaten ge-
2434 gen ältere Menschen sind nicht nur verwerflich, sie sind auch besonders sozialschädlich. Straftaten gegen Seniorinnen und Se-
2435 nioren, z.B. im Bereich des Betruges, werden wir mit speziellen polizeilichen Mitteln und Kräften entgegenwirken.

2436

2437 30.4 Es muss das Ziel sein, älteren Menschen soweit und solange wie möglich ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches
2438 Leben zu erhalten. Dieses gilt in der vertrauten privaten Umgebung, es gilt aber auch für die Einrichtungen, in denen ältere
2439 Menschen gemeinschaftlich wohnen. Wir wollen die Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer in Pflegeeinrichtungen stär-
2440 ken und zu diesem Zweck den übergreifenden Austausch durch eine ständige Konferenz stärken. In allen Fragen, die ältere

2441 Menschen in diesem Sinne besonders betreffen, ist für uns die Seniorenvertretung ein wichtiger Träger von Kompetenz und
2442 ein unverzichtbarer Ansprechpartner.

2443

2444 30.5 Die Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen werden nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Wirtschaft
2445 immer wichtiger. Erfahrungsverlust im öffentlichen Dienst, aber auch in der Wirtschaft, wollen wir durch ausgewogene Alters-
2446 strukturen und geeignete Übergänge entgegenwirken. Gleichzeitig bereichern Erfahrungen und Engagements älterer Menschen
2447 das Leben jüngerer Menschen (und auch umgekehrt). Wenn Lebensentwürfe zunehmend individuell werden, muss für uns auch
2448 die Möglichkeit einer selbstbestimmten Flexibilisierung der Altersgrenze bestehen. Das schließt, bei Vorliegen der finanziellen
2449 Voraussetzungen, ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ebenso ein, wie ein freiwilliges Verbleiben im Beruf auf
2450 Wunsch des Beschäftigten. Hierzu werden wir uns, ggf. auf Bundesebene, an einer entsprechenden Weiterentwicklung der ge-
2451 setzlichen Regularien aktiv beteiligen.

2452

2453 30.6 In einer älter werdenden Gesellschaft müssen Menschen in einem fortgeschrittenen Alter, die in unseren Stadtgesellschaften
2454 einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachen, auch aus Respekt vor ihrer Lebensleistung, mehr als bisher in
2455 den politischen Fokus gerückt werden. Unser Ziel ist es, ihnen so lange und so weit wie möglich ein Leben in Zufriedenheit, Si-
2456 cherheit und Unabhängigkeit in der gewohnten räumlichen und sozialen Umgebung zu ermöglichen. Unsere beiden Städte
2457 müssen sich daher mehr als bisher auf die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen einstellen. Auch hier bedarf es eines ver-
2458 netzten Ansatzes in einem spätestens bis 2022 zu aktualisierenden Seniorenplan, der u.a.

2459 30.6.1 in der Städteplanung mehr als bisher für ältere Menschen geeigneten Wohnraum z.B. in Form von altersgerech-
2460 ten Wohnungen vorsieht,

2461 30.6.2 die Möglichkeiten insbesondere der ambulanten Pflege und ausreichender Plätze der Kurzzeitpflege in der ge-
2462 samten Fläche unserer Städte sicherstellt, und

2463 30.6.3 den Bedarf an Raum und Personal in Seniorenresidenzen und Einrichtungen der stationären Pflege bedarfsge-
2464 recht und für alle bezahlbar weiterentwickelt.

2465

2466 31. INTEGRATION

2467

2468 31.1 Die Integration von zugewanderten Menschen ist gegenwärtig und auch zukünftig eine der zentralen Herausforderungen
2469 für unsere Gesellschaft. Sie gelingt einerseits nur im Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft. Und sie gelingt ander-
2470 seits nur, wenn dem Angebot für ein Leben in Bremen oder Bremerhaven auch die tätige Bereitschaft der Betroffenen gegen-
2471 übersteht, dieses Angebot anzunehmen. Wir freuen uns auf eine kulturelle Bereicherung, die aber nur für alle gelingt, wenn
2472 wir Parallelgesellschaften und Abschottung verhindern. Integration geschieht nicht einfach, sie ist eine Aktivität auf Gegen-
2473 seitigkeit. Nicht zur Disposition stehende Ausgangspunkte für Integration sind unsere grundgesetzliche Rechtsordnung auf der
2474 Basis christlich-aufklärerischer Werte, politische und religiöse Toleranz und die Gleichheit von Mann und Frau.

2475

2476 31.2 Unser zentrales Anliegen ist die schnellstmögliche Vorlage eines Integrationsgesetzes. Hierin wollen wir Menschen mit Blei-
2477 berechtsperspektive ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft eröffnen. Wesentliche Grundlagen dafür sind u.a. das Integra-
2478 tionsgesetz des Bundes und ein Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene, für das wir uns einsetzen. In unserem Integrationsge-
2479 setz wollen wir,

2480 31.2.1 die Instrumente der Sprachförderung, Berufsausbildung, Anerkennung vorhandener Qualifikationen und anderer
2481 Fördermaßnahmen zusammenfassen, verstetigen und weiterentwickeln,

2482 31.2.2 für jede Zuwanderin und jeden Zuwanderer ein Verfahren für eine gemeinsame Vereinbarung beschreiben, das
2483 einen individuellen und verbindlichen Weg in ein Leben in unsere Gesellschaft und in die Erwerbswelt aufzeigt,

2484 31.2.3 insbesondere Fachkräften einen schnelleren und unbürokratischeren Weg in die Berufswelt aufzeigen, und

2485 31.2.4 die Zuständigkeiten für diesen Bereich bündeln, für die Betroffenen transparenter gestalten und Beratung mehr-
2486 sprachig sicherstellen.

2487
2488 31.3 Unerlässliche Voraussetzung für die Integration insbesondere in das Berufsleben ist das möglichst zügige Erlernen der
2489 deutschen Sprache. Sprachliche Förderung wollen wir so gestalten, dass sie grundsätzlich mindestens das Erreichen des Ni-
2490 veaus B2 vorsieht. Neben den bestehenden Fördermaßnahmen in Kitas und Schulen werden wir für minderjährige Flüchtlinge
2491 ein angepasstes Hilffsystem im Rahmen der Jugendhilfe entwickeln. Dafür ist eine verbindliche, nachprüfbare und rechtssi-
2492 chere Altersfeststellung unerlässlich, die sich im Zweifelsfall auf medizinische Methoden und nicht auf die Angaben der Be-
2493 troffenen verlässt. Sprachliche Förderung wollen wir, angepasst an die Zielgruppe, immer auch zur Vermittlung unserer Werte,
2494 unserer politischen Ordnung und zur Information über unsere Systeme in Ausbildung und Beruf nutzen. Und wir fügen deutlich
2495 hinzu: Integration funktioniert nur auf der Grundlage gemeinsamer Kommunikation. Vollverschleierung empfinden wir
2496 als Verweigerung von Kommunikation und werden sie in öffentlichen Einrichtungen nicht dulden.

2497
2498 31.4 Wir stehen für mehr Eindeutigkeit in der Zuwanderungspolitik. So willkommen uns Menschen mit Integrationswillen
2499 und Bleiberechtperspektive sind, so gerne wir für Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf der Grundlage der Flücht-
2500 lingskonvention und des Grundgesetzes sorgen, so entschieden sind wir für eine konsequente Rückführung von Menschen
2501 ohne Bleiberechtperspektive. Wir unterstützen alle Maßnahmen, z.B. durch eine Bündelung der Kompetenzen beim Bund,
2502 die die zugrundeliegenden Verfahren übersichtlicher und schneller machen, denn langandauernde Verfahren sind das Gegen-
2503 teil von Humanität. Wir brauchen dazu straffe und schnellere rechtliche Verfahren, eine durchweg amtsärztliche Zuständigkeit
2504 bei gesundheitlichen Begutachtungen und eine gesonderte Einrichtung, die die Abschiebung von Gefährdern und Straftätern
2505 prioritär betreibt. Wir werden alle Bemühungen unterstützen, auf nationaler, und insbesondere auf europäischer Ebene zu
2506 harmonisierten rechtlichen Bedingungen und Verfahren zu kommen.

2507

2508 32. GLEICHSTELLUNG

2509

2510 32.1 Der Anspruch des Grundgesetzes, Frauen und Männer gleich zu stellen, ist noch immer nicht gesellschaftliche Wirklichkeit.
2511 Nach wie vor sind Frauen insbesondere in Führungsfunktionen unterrepräsentiert, häufig schlechter bezahlt und in der Förde-
2512 rung und im wirtschaftlich-sozialen Aufstieg unterrepräsentiert. Gesetzliche Regelungen, wie z.B. das Entgelttransparenz-
2513 Gesetz, sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, die allein aber nicht ausreichen. Wir werden nachdrücklich darauf hin-
2514 wirken, dass Arbeit gleicher Qualität und gleichen Umfangs unabhängig vom Geschlecht gleich bezahlt wird. Dazu ge-
2515 hört auch, frauendominierte Berufe aufzuwerten und Maßnahmen zu ergreifen, die Frauen ermutigen und fördern, in noch
2516 typischen Männerberufen Fuß zu fassen (und umgekehrt). Darüber hinaus müssen die Arbeitsbedingungen einschließlich der
2517 Bezahlung in frauentypischen Berufen, wie z.B. in der Pflege, verbessert und attraktiver gestaltet werden. Wo staatli-
2518 che Steuerungsmaßnahmen und Appelle nicht ausreichen, muss die Einführung von Quoten geprüft und auf gesetzlicher
2519 Grundlage realisiert werden.

2520

2521 32.2 Für uns ist wichtig, dass Frauen und Männer die Chance *und* die Wahl haben, sich sowohl familiär als auch beruflich so zu
2522 entwickeln, wie sie es wünschen. Beruf und Ausbildung auf der einen und Kindererziehung oder familiäre Aufgaben, wie z.B.
2523 die Pflege von Angehörigen, auf der anderen Seite dürfen nicht länger als nur schwierig vereinbare Alternativen denkbar sein.
2524 Die Förderung der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für uns deshalb ein zentrales Anliegen und stellt für uns
2525 einen wichtigen Teil von Gleichstellungspolitik dar. Dazu werden wir einen Anspruch auf durchgängige und verbindliche Be-
2526 treuung ab dem dritten Lebensjahr der Kinder in Kita und (Ganztags-) Schule flächendeckend ab 2020 aufwachsend sicherstel-
2527 len. Berufliche und familiäre Engagements müssen, für Frauen und Männer gleichermaßen, auch nebeneinander möglich sein.
2528 Wir werden deshalb im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft darauf hinwirken, dass die Familienrolle, auch für Alleinerzie-

2529 hende, besser als bisher mit möglichst flexibel gestalteten Arbeitsbedingungen und einem verbesserten Angebot bei der Be-
2530 treuung von Kindern und Pflegebedürftigen vereinbar ist.

2531

2532 32.3 Frauen (und Kinder) haben einen besonderen Anspruch auf Schutz vor Gewalt, ganz gleich ob diese im familiären Rahmen
2533 vom Partner ausgeht oder in öffentlichen (Angst-) Räumen stattfindet. Dazu müssen die hier tätigen Einrichtungen, die Ange-
2534 bote der Beratung oder Prävention, und im Bedarfsfall auch des Schutzes gewähren, in ihrem Bestand gesichert werden. Ein
2535 konkretes Beispiel dafür können Sitzplätze für Frauen in Bahnen und Bussen in der Nähe der Fahrerin oder des Fahrers sein.
2536 Zum Schutz der Rechte von Frauen zählen für uns aber insbesondere die ausnahmslose sexuelle Selbstbestimmung und
2537 die Freiheit der sexuellen Orientierung im Rahmen der Rechtsordnung. Die zunehmende kulturelle und religiöse Vielfalt
2538 kann und darf dieses nicht einschränken.

2539

2540 33. TIERSCHUTZ

2541

2542 33.1 Tiere als Mitgeschöpfe haben für uns eigene Rechte. Ihr Schutz ist Teil unserer Verantwortung für Natur und Umwelt. Für
2543 viele Bremer und Bremerinnen ist das Halten von Tieren ein Teil ihres Lebens, sei es als Wegbegleiter oder auch im Rahmen
2544 der landwirtschaftlichen Nutzung. Sie vor vermeidbarem Leid zu bewahren und wo immer auf eine artgerechte Haltung hinzu-
2545 wirken, empfinden wir als Kernaufgaben zeitgemäßen staatlichen Tierschutzes. Die ‚Verwertung‘ von Tieren im Interesse des
2546 Menschen muss immer kritisch und angemessen gegen die Eigenrechte der Tiere abgewogen werden. Zum Schutz der Tiere
2547 können wir auf die ehrenamtliche Arbeit in den Tierheimen nicht verzichten. Deren Wirken zum Wohle häufig vernachlässig-
2548 ter oder sogar gequälter Tiere werden wir auch zukünftig nachdrücklich unterstützen. Die Inobhutnahme, z.B. von Fundtie-
2549 ren, ist eine staatliche Aufgabe und Pflicht, die ganz maßgeblich durch das Tierheim und seine Mitarbeiter wahrgenommen
2550 wird. Auch deshalb werden wir für eine auskömmliche Finanzierung des Tierheims sorgen.

2551

2552 33.2 Wer Tiere hält, übernimmt Pflichten. Viel zu häufig werden Tiere aufgegriffen, die entlaufen oder aber auch ausgesetzt
2553 wurden. Um Tiere schneller einem Halter zuordnen zu können, setzen wir uns für eine allgemeine Kennzeichnungs- und Re-
2554 gistrierungspflicht für Hunde und Katzen im Lande Bremen ein.

2555

2556 34. BUND UND EUROPA

2557

2558 34.1 Die 16 Bundesländer Deutschlands bilden den ‚Bund‘ und sind damit zentrale Subjekte unseres staatlichen Aufbaus. Das
2559 Land Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden ist ein eigenständiger und selbstbewusster Teil dieser Verantwortungsgemeinschaft und wird dieses bleiben. Der Föderalismus mit seiner ausgewogenen Verteilung von Kompetenzen und Zuständigkeiten muss ein bestimmendes Merkmal unseres grundgesetzlich geregelten Staatsaufbaues bleiben, in dem wir auch zukünftig unsere eigenständige Rolle wahrnehmen werden. Es ist politischer Konsens zwischen den maßgeblichen politischen Kräften, dass unsere politische und grundgesetzlich geregelte Selbständigkeit nicht zur Disposition steht. Auch aus diesem Blickwinkel bleibt es eine Aufgabe von besonderer Bedeutung, die Abhängigkeit von anderen, insbesondere in finanzieller Hinsicht, weiter zu reduzieren. Wir werden schon deshalb weiterhin in den Organen und in den Gremien des Bundes und der Länder aktiv vertreten bleiben und uns in sachgerechter Abwägung unserer eigenen und der Interessen der bundesstaatlichen Gemeinschaft einbringen.

2568

2569 34.2 Wir empfinden es insofern als Chance, als Bundesland Ebenen übergreifend vernetzt und aktiv sein zu können. Entwicklun-
2570 gen, etwa in der Sicherheit oder im Umweltschutz, machen vor keinen Grenzen halt. Die föderale Struktur wollen wir, da wo

2571 notwendig, so weiterentwickeln, dass eine bestmögliche Aufgabenerfüllung gewährleistet und unser bundestaatlicher Aufbau
2572 eine Stärke bleibt. Da wo notwendig und sinnvoll, auch in den Kernbereichen unserer eigenen Zuständigkeit, der Inneren Si-
2573 cherheit und der Bildung, sind wir zu einer kritischen Bestandsaufnahme bereit. Wenn notwendig, werden wir zusätzliche
2574 Verantwortung übernehmen, oder, wenn im Konsens beschlossen, gemeinschaftlich Verantwortung abgeben oder neu verteilen.
2575

2576 34.3 Ausdruck unserer eigenständigen Interessenwahrnehmung sind unserer Vertretungen in Berlin beim ‚Bund‘ und für die
2577 europäische Ebene in Brüssel. Diese werden wir erhalten und so ausstatten, dass unsere eigenständige Handlungsfähigkeit in
2578 diesen Bereichen dauerhaft gesichert ist. Um auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen, insbesondere in mi-
2579 nisteriellen Bereichen, praktische Einblicke in die bundesstaatliche Mehrdimensionalität zu geben, wollen wir die Möglichkeiten
2580 des Austausches und der Hospitation in unseren Vertretungen erweitern.
2581

2582 34.4 Selbständigkeit und Verantwortung gehören für uns zusammen. Ausdruck dieser auch überregionalen und internationalen
2583 Verantwortung war nicht zuletzt auch die Beteiligung von Bremer Polizisten an UN-Missionen in unterschiedlichen Regionen
2584 oder auch die Bremische Beteiligung an Projekten zur Entwicklungszusammenarbeit. So wie sich die Folgen der Migration
2585 durch verstärkte Zuwanderung in Bremen und Bremerhaven ganz konkret auswirken, wollen wir unseren Teil der Verantwor-
2586 tung zur Bewältigung und zur Ursachenbekämpfung dieser mit menschlichem Leid verbundenen Krisen leisten. Es ist in unse-
2587 rem Interesse, die Entwicklungszusammenarbeit Bremens mit Projekten in Afrika zu bündeln. Wir sind darüber hinaus be-
2588 reit, zur Grenzsicherung Europas im Rahmen von ‚Frontex‘ einen aktiven Beitrag auch durch Personal zu leisten, wenn die-
2589 ses seitens des Bundes gewünscht wird.

2590

2591 35. EHRENAMT, BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND STIFTUNGEN

2592

2593 35.1 Für uns ist ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, Stiftungen, Interessenverbänden, Politik und
2594 Kirchengemeinden nicht nur in der Sache unverzichtbar, sondern auch Ausdruck von Vielfalt und Verantwortung des ‚Ein-
2595 zelnen für die Gemeinschaft‘ und der ‚Gemeinschaft für den Einzelnen‘. Unsere Gesellschaft wäre ohne dieses Engagement
2596 nicht nur handlungsunfähig, sie wäre auch ärmer. Ärmer an Offenheit, ärmer an gelebter Mitmenschlichkeit und ärmer an
2597 Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Beteiligung. Ganz gleich ob es um die Betreuung oder Förderung von Menschen, das En-
2598 gagement für eine lebenswerte Umwelt, die Bewahrung von Brauchtum und Tradition oder auch die Unterstützung von Kreati-
2599 vität, Kunst und Kultur geht. Wir werden ehrenamtliches Engagement als ein Kennzeichen hanseatischen Selbstbewusstseins
2600 und Bürgersinns nach Kräften unterstützen und sichtbar wertschätzen. Dazu werden wir als äußeres Zeichen einen ‚Tag des
2601 Ehrenamtes‘ schaffen, der nicht nur die Bedeutung des Engagements in der Öffentlichkeit würdigt, sondern auch dem Nach-
2602 wuchs die Möglichkeit des Kennen- und Schätzenlernens gibt. Besondere Verdienste und Projekte wollen wir in einem jährli-
2603 chen Senatsempfang vorstellen und ehren.
2604

2605 35.2 Für uns ist ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement Ausdruck von Zivilcourage und Respekt vor dem Nächsten.
2606 Es wirkt gesellschaftlichen Tendenzen des Egoismus, der Vereinzelung oder der Ausgrenzung vor. Ehrenamtliche Arbeit ist für
2607 uns auch aktive Prävention gegen Hass, Diskriminierung und politisch-religiöse Radikalisierung. Ehrenamt und bürgerschaft-
2608 liches Engagement hat dabei viel zu häufig wenig förderliche oder gar hinderliche Rahmenbedingungen. Diese werden wir ge-
2609 meinsam mit den Beteiligten auf den Prüfstand stellen und, ggf. auch auf Bundesebene, darauf hinwirken, dass sie möglichst
2610 einfach und rechtssicher handhabbar werden.
2611

2612 35.3 Ein besonderes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement sind die gerade in den Hansestädten, so auch bei uns, so breit und
2613 leistungsfähig aufgestellten Stiftungen. Wir wollen dazu

- 2614 35.3.1 die Rechte der Stifterinnen und Stifter stärken, die Transparenz im Stiftungswesen steigern, auf bundeseinheitliche Rahmenbedingungen hinwirken und ehrenamtliche Organmitglieder in Zeiten niedriger Erträge besser als
2615 bisher absichern, sowie
2616
2617 35.3.2 die Zusammenarbeit zwischen dem Stiftungshaus Bremen und der staatlichen Aufsichtsbehörde verbessern.
2618
2619 35.4 Ehrenamt muss sich sichtbar ‚lohnen‘. Dazu sind nach unserer Auffassung nicht in erster Linie monetäre Anreize geeignet,
2620 die das Wesen des Ehrenamtes ein Stück aushöhlen würden. Wir werden aber darauf hinwirken, dass finanzielle Aufwendungen
2621 so gut es geht erstattet, bürokratische Hindernisse beseitigt sowie Qualifikationen durch systematisierte Weiterbildung erwor-
2622 ben oder vertieft werden können und Erfahrungen regelmäßig zeugnisähnlich dokumentiert werden.

2623

2624 36. PETITION

2625

2626 Das Petitionsrecht ist ein wichtiges Beteiligungsrecht des Bürgers, um gerechtfertigte eigene Angelegenheiten und In-
2627 teressen mit Hilfe des Parlaments in die öffentliche Beratung und zur Entscheidung zu bringen. Es ist ein wesentlicher Teil
2628 demokratischer Mitgestaltung und Teil der Verbundenheit der Bürger mit ihren Parlamenten. Wir wollen dieses bewährte
2629 und unverzichtbare Recht stärken und insbesondere die Online-Möglichkeiten der Petition bürgerfreundlicher gestal-
2630 ten. Einschränkungen des Petitionsrechtes, wie von Rot-Grün beschlossen, werden wir zurücknehmen.

2631

2632 37. MEDIEN

2633

2634 37.1 Medien, ob gedruckt, elektronisch oder online, sind ein wesentlicher Bestandteil der (öffentlichen) Kommunikation und
2635 Information. Freie und unabhängige Medien, wie wir sie wollen, sind darüber hinaus unverzichtbar für die Kontrolle und kriti-
2636 sche Begleitung von Politik und staatlichem Handeln. Die Menschen in unseren Städten werden dabei immer mehr von media-
2637 len Konsumenten zu Akteuren in einer zunehmend von virtuellen und elektronischen Medien bestimmten Welt. Dieses setzt
2638 Medienkompetenz und ggf. auch die Möglichkeit zu kritischer Distanz voraus. Diese zu erhalten und entsprechend des
2639 Fortschrittes zu verändern, ist für uns ein zentrales Anliegen des lebenslangen Lernens und muss sich in den Schulen, Weiter-
2640 bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz umsetzen.

2641

2642 37.2 Die Verfügbarkeit leistungsfähiger digitaler Datenübertragung, als öffentliche Infrastruktur, muss so selbstverständlich
2643 werden wie die Straßenbeleuchtung. Sie muss flächendeckend und zuverlässig verfügbar sein, und wo notwendig, auch den
2644 (erhöhten) Anforderungen von Wirtschaft und Wissenschaft genügen.

2645

2646 37.3 Missbrauch von Möglichkeiten digitaler Medien beugt man nicht durch Abwesenheit und Abstinenz in elektronischen Medien
2647 und Netzwerken vor. Im Gegenteil führt eine staatliche Beteiligung, auch unserer Kommunen, zur Erkennung von Schwächen
2648 im Datenschutz oder zur Aufdeckung von Missbrauchsmaschen. Wir treten für eine Präsenz Bremens und Bremerhavens in
2649 den sozialen Netzwerken und modernen Kommunikationsplattformen ein.

2650

2651 37.4 Neue Medien relativieren nicht die Bedeutung von ‚klassischen‘ Medien. Die Realität werden zukünftig vielmehr Mischfor-
2652 men sein. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem unverzichtbaren Auftrag zur medialen Grundversorgung
2653 auf hohem Niveau, und hier insbesondere Radio-Bremen, nicht nur erhalten, sondern zum Teil und Akteur der sich abzeich-
2654 nenden Entwicklungen machen. Wir werden den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ggf. entsprechend erweitern und
2655 ein Angebot, das neue Wege und Formen öffentlicher Information eröffnet, unterstützen.

2656
2657

38. GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN

2658
2659
2660
2661
2662
2663
2664
2665
2666
2667

38.1 Die christlichen Kirchen, die jüdische Gemeinde, die islamischen Glaubensgemeinschaften und andere anerkannte Religionsgemeinschaften sind für uns zentrale Träger gesellschaftlicher Verantwortung. Ihre Beiträge zur geistigen und geistlichen Orientierung, die soziale Heimat, die sie für viele Menschen bilden, ihr caritatives Engagement und ihre auch kritische Stimme in die Politik hinein, sind für uns unverzichtbarer Bestandteil einer menschlichen, lebendigen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Mit ihrem tätigen Engagement, insbesondere zugunsten der Schwächeren, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven. Wir brauchen dieses Wirken in der Mitte der Gesellschaft mehr denn je, denn Staat und Politik brauchen starke Partner zur Verteidigung von Gerechtigkeit, Offenheit und wertebezogenem Konsens. Wir werden den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften, die sich diesen gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen, pflegen und, wo möglich, ausbauen.

2668
2669
2670
2671
2672
2673

38.2 Wir sehen mit Sorge, dass Religionsgemeinschaften nicht selten durch Hass und Intoleranz angefeindet und auch bedroht werden. Dass die jüdische Gemeinde dauerhaft bewacht werden muss, ist ebenso unvermeidlich wie unerträglich. Wir werden uns gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften allen Tendenzen von antisemitistischem Denken und Handeln, aber auch anderen Formen religiöser Diskriminierung und Beeinträchtigung mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Wir werden, ggf. auch mit den Mitteln des Rechtsstaats, verhindern, dass Religion Gegenstand oder Ausgangspunkt von Hass oder Gewalt wird.